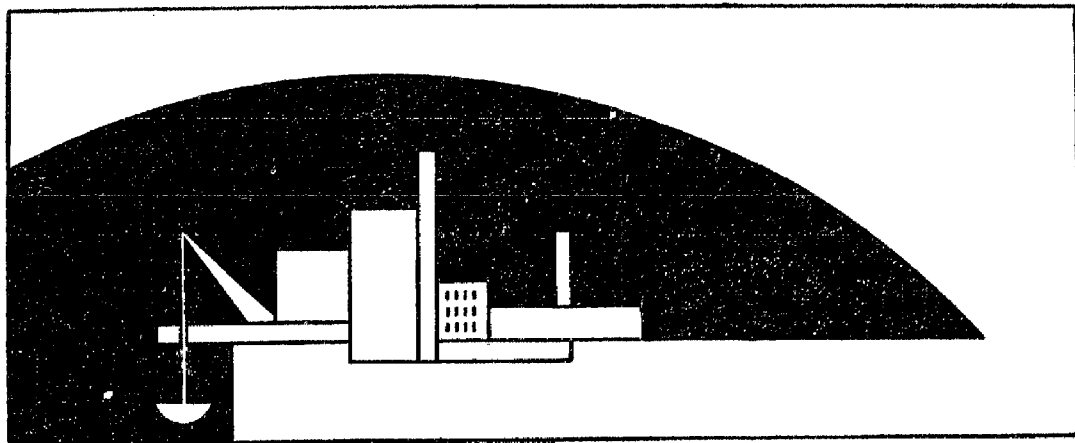




6. August 1928

RUDOLF WISELL • ARBEITSPOLITIK

UE mehr sich im Lauf der Entwicklung die Sozialpolitik von der reinen Fürsorge entfernte, desto mehr näherte sie sich ihrer Nachbarin auf der andern Seite, der Wirtschaftspolitik, desto stärker dehnte sich ihr Einfluß auch auf die Güterproduktion aus. Gewiß liegt auch heute noch die wichtigste sozialpolitische Aufgabe darin die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeiterschaft respektive zugunsten der Wirtschaftsschwachen, der Minderbemittelten zu beeinflussen, also vor allem den Anteil der Arbeiter am Ertrag der Wirtschaft zu steigern. In dem Bestreben aber nicht nur eine relative sondern auch eine absolute Besserung der Lebensverhältnisse der breiten Massen herbeizuführen hat sich die Sozialpolitik in wachsendem Maß noch einem andern Ziel zugewandt: der Steigerung dieses Ertrags selbst.

Mittelbar hatte sie dieses Ziel schon früher weitgehend erreicht, indem sie nur ihre ursprüngliche Verteilungsaufgabe erfüllte. Leider ist man sich dessen nicht immer genügend bewußt, und daher erscheint es mir notwendig von neuem auf die engen Beziehungen hinzuweisen, die zwischen der Besserung der Arbeitsbedingungen und der Lebenshaltung auf der einen, der Arbeitsleistung respektive dem Produktionsergebnis auf der andern Seite bestehen. Ein solcher Hinweis ist um so wichtiger, als heute vielfach diese Zusammenhänge nicht mehr so unmittelbar und so leicht ersichtlich sind wie etwa vor 60 oder 70 Jahren. Damals waren die Arbeitszeiten noch so lang, die Löhne noch so niedrig, daß Verkürzungen der Arbeitszeit oder Besserungen der Lebenshaltung sich deutlicher in dem einzelnen Leistungsergebnis bemerkbar machen konnten. Inzwischen sind die Wirkungen mehr mittelbar und weniger augenfällig geworden. Die Arbeitszeiten sind niedriger, die Lebenshaltung hat sich gehoben. Überdies hat die steigende Mechanisierung des Produktionsprozesses dazu geführt, daß der einzelne Arbeiter weniger als früher imstande ist seinerseits das Produktionsergebnis ausschlaggebend zu beeinflussen. Der Gang der Maschine wird zwar zunächst in gewissem Umfang auf die Leistungsfähigkeit des bedienenden Arbeiters abgestellt, bleibt aber im weitem Fortgang des Prozesses meist unverändert, ganz gleich, ob die Leistungsfähigkeit mit dem einmal eingeschlagenen Tempo Schritt hält. Die Folge ist vielfach ein übermäßig schneller Verschleiß der menschlichen Arbeitskraft. Dem kann durch entsprechende Gestaltung von Arbeits-

zeit und Arbeitslohn bis zu einem gewissen Grad entgegengewirkt werden. Ruhe und Erholung, ausreichende Lebenshaltung bringen wenigstens teilweise einen Ersatz der Kräfte. Entsprechend den Wandlungen in den Produktionsmethoden besteht die Wirkung der Lohn- und Arbeitszeitpolitik also heute vielleicht weniger als früher darin, daß sie auch die einzelne Arbeitsleistung sichtbar steigert, als darin, daß sie die Leistungsfähigkeit überhaupt beeinflußt, Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit länger erhält, Krankheiten verhindert, körperlicher und geistiger Schädigung entgegenwirkt. Diese Erfolge lassen sich weniger leicht feststellen, sind aber nicht minder wichtig. Ihre wirtschaftspolitische Bedeutung ist kaum geringer als ihre sozialpolitische.

Derartige mittelbare Beziehungen zur Arbeitsleistung bestehen auf fast allen Gebieten der Sozialpolitik. Ich möchte hier nur eines herausgreifen, weil es besonders umstritten und gerade für diese Zusammenhänge sehr charakteristisch ist: die Wohnungspolitik. Noch immer ist die Auffassung in weiten Kreisen verbreitet, daß der Wohnungsbau keine "produktive" Kapitalsanlage sei. Sollte wirklich eine Anlage unproduktiv sein, die in besonderem Maß dazu beiträgt das wichtigste Produktionsmittel, die menschliche Arbeitskraft, in ihrer Wirksamkeit zu steigern? Ich will auf den vielerörterten Begriff der Produktivität hier nicht näher eingehen. Aber eines scheint mir doch zweifelsfrei zu sein: Die Produktivität des Wohnungsbaus ist in vollem Umfang überall da gegeben, wo der Mangel an Wohnungen so groß ist, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitenden dadurch beeinträchtigt wird. So aber liegen die Dinge zurzeit bei uns. Die Reichswohnungszählung vom Mai 1927 hat gezeigt, daß in Deutschland mindestens $\frac{1}{2}$ Millionen Haushaltungen und Familien keine eigene Wohnung besitzen. Leider wissen wir noch nicht genau, wie dicht die Wohnräume im einzelnen belegt sind. Aber es spricht doch schon eine ziemlich deutliche Sprache, wenn festgestellt werden mußte, daß von den Wohnungen mit 1 Raum (einschließlich Küche) jede 20. auch noch mit Untermietern besetzt ist, von den Wohnungen mit 2 Räumen jede 11., von denen mit 3 Räumen jede 6. Bei einer großen Anzahl von 1- und 2räumigen Wohnungen (immer einschließlich Küche) besteht dieser Untermieter gar in einer ganzen Familie. Daß solche Verhältnisse von tiefgreifender Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes sind, bedarf keiner Erläuterung.

Aber, wie ich bereits eingangs hervorhob, die Sozialpolitik begnügt sich in zunehmendem Maß nicht mehr damit nur in dieser mittelbaren Weise auf das Produktionsergebnis einzuwirken. Mehr und mehr hat sie auch die Aufgabe einer unmittelbaren Produktionsförderung in Angriff genommen, eine Aufgabe, in der sie sich von der Wirtschaftspolitik eigentlich nur in den Mitteln unterscheidet, die sie dabei anwendet. Die Wirtschaftspolitik faßt das Problem der Produktivitätssteigerung in erster Linie bei den sachlichen Produktionsfaktoren, wie Maschinen und Werkzeugen, an, bei dem also, was wir als technische Rationalisierung zu bezeichnen pflegen. Die Sozialpolitik geht von der Leistungssteigerung des persönlichen Produktionsfaktors, der menschlichen Arbeitskraft, aus. So bemüht sie sich mit Hilfe wissenschaftlicher Forschung (Arbeitspsychologie, Arbeitsphysiologie) die Eignung des einzelnen Menschen für bestimmte Berufe oder Teilarbeiten festzustellen und die Ergebnisse durch Berufs- und Arbeitsberatung der Praxis nutzbar zu machen. So fördert sie Ermüdungsstudien und versucht die Handhabung von Maschinen und Werkzeugen derart zu gestalten, daß der höchste Nutzeffekt dabei

erzielt wird. Unter dem gleichen Gesichtspunkt hat sie sich eingehend beispielsweise mit der Frage beschäftigt, welche Bedeutung den verschiedenen Lohnmethoden für die Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung zukommt, oder in welcher Weise Veränderungen der Arbeitszeit auf das Produktionsergebnis einwirken. Leistungssteigernde Maßnahmen, die aus derartigen Forschungen hervorgehen, kann die Sozialpolitik im allgemeinen mit der ausdrücklichen Unterstützung der Arbeiterschaft durchführen.

Das ist nicht immer so gewesen. Wie die wirtschaftliche Bedeutung einer sozialen Verteilungspolitik von der Unternehmerschaft vielfach auch heute noch nicht in vollem Umfang gewürdigt wird, so hat auf der andern Seite auch die Arbeiterschaft lange Zeit nicht genügend erkannt, welche Rolle eine richtige *Produktionspolitik* für die gesamte Lage der breiten Massen spielt. Hier haben sich die Auffassungen in den letzten Jahrzehnten nicht unerheblich gewandelt. Charakteristisch dafür ist beispielsweise die Stellung der Arbeiterschaft zur Akkordarbeit oder zum Taylorsystem. Ursprünglich bestand beiden gegenüber eine tiefe Feindschaft. Wie liegen nun die Dinge heute? Der alte Spruch "Akkordarbeit ist Mordarbeit" hat kaum eine Bedeutung mehr. Die Ablehnung der Taylormethoden ist einer grundsätzlichen Zustimmung zur Rationalisierung gewichen, freilich verbunden mit dem unbedingten Verlangen, daß der Arbeiterschaft ein Anteil an den Ergebnissen gewährt werden müsse. An die Stelle einer Gegnerschaft gegen Rationalisierung überhaupt trat die Forderung nach Steigerung der Löhne oder Verringerung der Preise entsprechend den Erfolgen der Produktionsverbesserung.

Diese Forderung ist, als sie bei uns nach Abschluß der großen Krise von 1925-1926 akut wurde, auch bei der Unternehmerschaft im allgemeinen grundsätzlich anerkannt worden. Ich habe bereits vor 5 Monaten hier darauf hingewiesen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrer prinzipiellen Einstellung manchmal gar nicht so weit von einander entfernt waren¹. Die Unterschiede traten jedoch bei der Frage des Ausmaßes der Lohnerhöhungen und ihres Zeitpunkts scharf und vielfach unüberwindbar zutage. Ferner wurzelten die Differenzen zwischen den beiden Parteien in einer verschiedenen Einschätzung von innerem Markt und Export, von eigener Kapitalbildung und Wirkung der Auslandsanleihen. Die Auffassungen standen sich aber auch in diesen Punkten in der Theorie eigentlich nicht diametral gegenüber. Es handelte sich nur um Gradunterschiede. Freilich ist das für die Praxis das allein Ausschlaggebende, und alle theoretische Annäherung nützt sehr wenig, solange man in der "Maßfrage" so stark von einander abweicht, wie das bisher der Fall war. Ich bin auch für die Zukunft in dieser Beziehung keineswegs optimistisch. Die Aufgabe, die der Lohnpolitik in der Abwägung der Argumente von beiden Seiten zufällt, wird künftig nicht leichter zu lösen sein als bisher. Diese Abwägung kann, das muß man einmal ganz klar aussprechen, nicht mit den Mitteln der Tatsachenforschung, mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen allein vollzogen werden. Selbstverständlich ist es dringend erforderlich alles zu tun, um die Unterlagen für die Beurteilung der jeweiligen Situation so umfassend wie möglich zu gestalten. Aber die Volkswirtschaft ist ein viel zu verschlungenes Gebilde, als daß die Ergebnisse einer noch so exakt ausgeführten Spezialuntersuchung ohne weiteres immer schon die rich-

1) Siehe Wisell Wirtschaft und Wirtschaftskämpfe, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 195 und folgende.

tige Wirtschafts- oder sozialpolitische Entscheidung bedeuten. So wenig der Politiker derartige wissenschaftliche Arbeiten entbehren kann, so nötig ist ihm doch auf der andern Seite jenes Fingerspitzengefühl, jene selbständige Entscheidungskraft, die ihn eben zum Politiker macht. Sie muß ihm schließlich auch auf dem Gebiet der Arbeitspolitik den Weg weisen, der zwischen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten das richtige Verhältnis findet.

MAX COHEN · ZUR NEUEN DEUTSCHEN REGIERUNG

MAN wird nicht sagen können, daß die kurze Sitzungsperiode, die der Reichstag nach der Neubildung des Kabinetts abgehalten hat, besonders inhaltreich gewesen sei. Alles, was geschah, war ein wenig unzulänglich und schlecht vorbereitet. Das lag vielleicht daran, daß man unmittelbar nach den Wahlen und all den vielen in dieser Zeit gemachten Versprechungen wenigstens etwas tun mußte. Sachlich ist das, was in steuerlicher Beziehung und auch sonst geschehen ist, wenn man von der Amnestie absieht, recht spärlich. Hoffen wir, daß im November, wenn der Reichstag zu seiner nächsten Sitzungsperiode zusammentritt, nicht wieder so primitiv sondern in allem, was man tut, auf Grund wohlüberlegter, zusammenhängender Pläne vorgegangen wird.

Wenn es sich auch erst im November zeigen wird, ob und wie das neugebildete Kabinett bleiben kann, so ist die stille Arbeit, die inzwischen vor sich geht, doch von Bedeutung für die Bildung einer stabilen Grundlage, die allein der Regierung einen Bestand zu geben vermag. Es kann sich natürlich nur um eine Koalitionsregierung handeln, von den Parteien getragen, die die wirklich produktiven Kräfte der Nation politisch umfassen. Die Regierung selbst aber muß das schaffende Organ solcher Konzentration sein. Gewiß ist es das Parlament, das über die Vorschläge der Regierung erst noch zu bestimmen hat, und natürlich liegt das Letzte bei ihm. Aber es wäre die allerverfehlteste Methode, wollte man sich wieder darauf einlassen, wie es in der Anfangsphase der Regierungsneubildung geschehen (und mißglückt) ist, daß man alle wichtigen Fragen zuerst einmal mit den Fraktionen bespricht, um so einen gemeinsamen Wunschzettel herauszubekommen, der für eine positive Arbeit einfach unbrauchbar ist. Die Regierung muß von bestimmten Gedanken geleitet sein, deren Gestaltung eben ihre Aufgabe ist. Wenn sie dann ihre auf klarer Erkenntnis der Situation ruhenden Beschlüsse den Reichstagsfraktionen vorlegt, werden diese schon, so direkt vor das Positive gestellt, sich notgedrungen aus der Atmosphäre der Wahlversprechungen in die der Notwendigkeiten sachlicher Arbeit versetzen.

Für die zukünftige Politik der neuen Reichsregierung wird in der *Innenpolitik* eine Reichs- und Verwaltungsreform mit einer Neugliederung des Reichs die Frage sein, zu deren Lösung sie sich nach besten Kräften bemühen muß. Neugliederung des Reichs und die Reform der Verwaltung bedingen einander; sie werden am besten vorwärts zu bringen sein, wenn man, wie das auf manchen Gebieten bereits geschehen ist, immer mehr wichtige Aufgaben auf das Reich überträgt. Es handelt sich hier, wie die Dinge 10 Jahre nach einer versäumten Initiative liegen, zurzeit nicht um die Proklamation von Prinzipien oder die Aufstellung von Systemen sondern um eine Einzelarbeit, die

Glied an Glied durchgreift und nicht sowohl legislativer als administrativer Art ist; wobei die Verwaltung freilich nicht im althergebrachten Sinn als Hütung des Bestehenden sondern als ständige Erweiterung ihres eigenen Kreises, als Vorstoß in das Neuland des Schaffens zu verstehen ist. In diesem Sinn ist das Reichsministerium des Innern noch kein Fertiges sondern erst ein Werdendes. In sein Ressort fällt auch die Reform des verderblichen Listenwahlsystems, das schon viel zu lange besteht und, wie wenig anderes, zur zunehmenden Gleichgültigkeit am politischen Geschehen und zur Ausmerzung der schöpferischen Elemente aus dem Parlament beigetragen hat. Hier kann nicht schnell genug Wandel geschaffen werden. Das Volk muß, wenn auch gegen den Beharrungswillen der Parteifunktionäre, sein Wahlrecht wiederbekommen. Es muß seine Vertreter selber bestimmen können. Das Grundprinzip der proportionalen Verteilung der Mandate nach Maßgabe der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen, das im Listenwahlrecht zu seiner eigenen Karikatur geworden ist, muß ehrlich zur Geltung kommen, aber so, daß auch eine direkte Bestimmung des zu Wählenden durch den Wähler verbürgt wird. Wie man diese Synthese in der Praxis durchführen kann, ist in den Sozialistischen Monatsheften seit langem gezeigt worden.

Das schwierigste Kapitel für die neue Reichsregierung ist die *Wirtschaftspolitik*, weil sich hier vornehmlich die Parteien von alten Bindungen freimachen müssen, wenn sie überhaupt zusammenarbeiten wollen. Gerade auch an die Sozialdemokratie werden da nicht geringe Anforderungen gestellt. Sie wird ihren Konsumentenstandpunkt, den sie, dem eigentlichen Wesen des Sozialismus freilich zuwider, vom Liberalismus übernommen und mehr oder weniger festgehalten hatte, nun endgültig aufgeben und eine wirkliche Produktionspolitik, die mit dem Schutz und der Förderung der einzelnen Gewerbe zugleich auch den Schutz der in ihnen Arbeitenden bedeutet, verfolgen müssen. In der Industrie geschieht dies unter dem Einfluß der Gewerkschaften und namentlich als ganz natürliche Folge des Tarifvertragswesens schon seit langem, wenn freilich auch hier immer wieder Einbrüche von "radikaler" Seite erfolgen. Schwierig wird, nach der langen Agitationspraxis der Partei, die Sache erst, wenn man das Gebiet der Landwirtschaft betritt. Die Industrieentwicklung in Übersee, der vermutlich in steigendem Maß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse jener Länder zur Verfügung gestellt werden müssen, sagt deutlich genug, wie wichtig es für Deutschland ist seine landwirtschaftliche Grundlage zu erhalten und zu vergrößern. Es scheint, als ob diese Erkenntnis allmählich Allgemeingut sämtlicher Parteien würde. Daß auch die Sozialdemokratie sich in ihrer Auffassung der Agrarproduktion entscheidend gewandelt hat, zeigt am besten die Annahme des Agrarprogramms, um das seit 3 Jahrzehnten gestritten wurde. Aber natürlich bedeutet dies erst einen Anfang. In einer wichtigen agrarischen Frage hat unsere Partei freilich bereits gründlich umgelernt: Wenn man sich erinnert, wie in den neunziger Jahren der Antrag Kanitz als Ausgeburat eines Brotwucherergehirns von der Partei in Grund und Boden verurteilt wurde, wird man die ganze Bedeutung dessen, was sich inzwischen in unserer Erkenntnis vollzogen hat, begreifen, nun, da man sieht, wie der Grundgedanke eben dieses Antrags Kanitz, das Prinzip einer Stabilisierung der Preise für die Agrarprodukte und einer geregelten Wirtschaft, heute zur programmatischen Forderung der deutschen Sozialdemokratie geworden ist, nachdem er freilich bereits vor etwa 2 Jahrzehnten von Jean Jaurès im französischen

Sozialismus vertreten worden war. In der Frage der Agrarzölle, die so lange notwendig bleiben als der Agrarschutz nicht in jener umfassenden Weise geregelt ist, hat unsere Partei sich freilich noch nicht so recht zu einer neuen Auffassung getraut. Immerhin wird das altliberale Freihandelsdogma in ihr nicht mehr so laut wie in früheren Jahren verkündet. Und man ist jedenfalls bereit sich mit bestehenden Notwendigkeiten abzufinden.

Daß im allgemeinen der Landwirtschaft gegenüber ein neuer Geist die Sozialdemokratie beseelt, zeigte das, was der Reichskanzler Hermann Müller über die Notwendigkeit des Schutzes der Landwirtschaft gesagt hat, mit immerhin genügender Deutlichkeit. Und man wird auch wohl auf der Rechten das Bewußtsein haben, daß es sich bei der Verkündung dieses Punktes des Regierungsprogramms nicht um bloße Worte oder parlamentarische Stimmenfängerei handelte. Die Durchführung dieses Programms wird, wie Carl Severing hier in den Sozialistischen Monatsheften vor 3 Wochen ausführte, »den Nachweis führen, daß es auch der Sozialdemokratischen Partei, und gerade ihr, auf eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und auf eine Verbesserung der materiellen Lage der landwirtschaftlichen Produzenten ankommt«. Diesen Worten Severings ist auch gleich eine erste Tat gefolgt. Am 27. Juli beschloß das Reichskabinett auf Antrag Severings zur Behebung von Unwetterschäden in der Landwirtschaft 5 Millionen Mark sofort zur Verfügung zu stellen, wofür dann später vom Reichstag Indemnität verlangt werden wird: gewiß keine große, aber eine symptomatische Aktion.

Auch das, was der Reichskanzler Müller über die allgemeine Handels- und Zollpolitik gesagt hat, klang wesentlich anders als man es früher von sozialdemokratischer Seite zu hören gewohnt war. Gegen eine Herabsetzung der autonomen Zölle, wie sie der Reichswirtschaftsrat für manche Positionen vorgeschlagen hat, läßt sich auch nichts einwenden sondern nur dagegen, daß die autonome Herabsetzung der Zölle als handelspolitisches Prinzip bei uns eingeführt werden soll. Die Herabsetzung der Zölle (es ist erfreulich, daß Hermann Müller es in seiner weiteren Rede ausdrücklich betonte) muß auf Gegenseitigkeit beruhen, dann kann und wird sie zu einer Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Nationen führen. So wird der Vereinigte Europäische Kontinent als einheitliches Wirtschaftsgebiet vorbereitet, nicht aber durch die Proklamierung des allgemeinen Freihandels, der ja jeden Zollverein und damit jede Arbeitsgemeinschaft unmöglich macht.

Wenn wir die Haltung der neuen Regierung auf diesen Gebieten besonders begrüßen, so geschieht es deshalb, weil wir von der Notwendigkeit einer Koalitionspolitik unter führender Beteiligung der Sozialdemokratie durchdrungen sind, aber auch dem Abgeordneten Heinrich von Sybel darin beipflichten müssen, daß, wie er im Organ des Reichslandbunds am 7. Juli ausführte, »die Lösung der allseits als bedeutungsvoll bezeichneten deutschen Agrarfrage auch über den Erfolg der Gesamtpolitik der neuen Reichsregierung entscheiden« wird. Man kann in Deutschland heute ohne die Arbeiter keine Politik mehr machen. Und darum müssen ihre Vertreter sich mehr noch als bisher von dogmatischen Formulierungen lösen.

Vielleicht dauert es dann auch gar nicht lange, daß man in der Sozialdemokratie sich auch in einer andern Frage wandelt: in der der berufsständischen Vertretung, die fälschlich als veraltet angesehen wird, die aber in Wirklichkeit ein neues revolutionäres Prinzip darstellt. Das, was einmal war, soll

freilich nicht wiederkommen. Aber eine wirklich schöpferische Demokratie kann sich mit einem leer werdenden Parlamentarismus auf die Dauer auch nicht begnügen. Der Volksvertretung des allgemeinen Wahlrechts muß eine Kammer der Arbeit an die Seite treten. Erst durch solche Synthese wird man dem Wesen des Volkes als eines schaffenden Organismus gerecht. In dieser Frage ist man auf der Rechten, freilich aus einem andern Weltanschauungskreis heraus, doch in Wahrheit erheblich einsichtiger und darum auch weiter vorgeschritten. Man braucht hier bloß daran zu denken, wie sich der Präsident des Reichslandbunds Karl Hepp vor einigen Jahren auf der Tagung dieses Bundes über eine berufsständische Kammer geäußert hat. Recht bemerkenswert war auch, was der Führer der Deutschen Volkspartei Ernst Scholz im Reichstag am 4. Juli über die Möglichkeit einer sachlichen Zusammenarbeit der Deutschnationalen Volkspartei mit der Sozialdemokratie sagte. Er war davon ausgegangen, daß in der Regierungserklärung die Frage der deutschen Reparationsleistungen nicht im Zusammenhang mit dem Problem der interalliierten Schulden behandelt worden sei, und hatte die Deutschnationalen darauf hingewiesen, daß sie bei einer solchen Frage unmöglich in der Opposition verharren könnten. Er fuhr dann fort: Es ist an die Deutschnationalen eigentlich die Frage zu richten, »warum sie nicht auch einmal an ihr eigenes Herz pochen und sich fragen, ob sie nicht, ich gebrauche diesen Ausdruck mit vollem Bewußtsein, ihrer ganzen politischen Struktur nach, mindestens ebenso geeignet wären wie beispielsweise die Deutsche Volkspartei mit der Sozialdemokratischen Partei eine Koalition oder ein ähnliches Verhältnis einzugehen ... Auf wirtschaftlichem Gebiet, meine verehrten Herren Deutschnationalen, stehen Sie meiner Kenntnis nach, Ihrer Zusammensetzung entsprechend, sozialistischen Ideen eigentlich erheblich näher als wir. Ich glaube deshalb, daß die Idee mindestens einer Verbindung auch mit Ihnen auf dem Boden dieser nationalwirtschaftlichen Verteidigung gar nicht so abwegig ist wie es vielleicht im ersten Augenblick klingen mag.« Mag der Abgeordnete Scholz es vielleicht anders, mag er es polemisch, warnend oder ironisch gemeint haben, in der Sache selbst steckt ein Kern des Richtigen, insofern, als es sich hier im Letzten um die gemeinsame Ablehnung des Laissez-faire-Prinzips handelt.

Die Wirtschaftspolitik wird die eigentliche Substanz der Arbeit der neuen Legislaturperiode bilden. Diese wird, wenn wirklich eine Konzentration der produktiven Kräfte zum Zweck eines Neubaus der deutschen Wirtschaft zustande kommt, der Regierung jenes Fundament geben, dessen sie zur Führung einer *Außenpolitik* bedarf, die mehr ist als ein Hindurchlavieren durch unbequeme Situationen, die selber vielmehr ein positives Ziel hat: den europäischen Zusammenschluß, der ebenso eine wirtschaftliche wie eine politische Aufgabe ist. Die deutsch-französische Kooperation, die erste und unumgängliche Voraussetzung dieses neuen Europas, ist nur möglich, wenn unsere Außenpolitik überhaupt in der Lage ist einen stetigen Kurs einzuhalten und sich von Beeinflussungen durch dritte Mächte freizumachen. Bis jetzt sind die Besprechungen von Thoiry noch ohne direkte Folgen geblieben, denn die dort angebahnte Verständigung ist durch britische Einmischung immer noch nicht weiter gediehen. Fast könnte es so aussehen, als ob man sich von den Gedanken von Thoiry bei uns nicht nur vorübergehend abgewandt hätte. Und doch sind wir davon überzeugt, daß der Weg unbedingt dorthin führen muß, weil es eine andere Lebensnotwendigkeit, wenigstens für ein

selbständiges Deutschland, das nicht ein angelsächsisches Protektorat sein will, nicht gibt. Wir wissen aber auch, daß es in der Hauptsache an Deutschland liegt, daß dem Thoirykollegium praktische Konsequenzen folgen. Wie so oft, soll es auch jetzt wieder nachdrücklich gesagt werden, daß es keine für die europäischen Völker fruchtbare Politik geben kann, ohne daß zwischen Deutschland und Frankreich eine wahre Verständigung zustande kommt. Die Ansätze zu dieser Verständigung sind durchaus gegeben. Sie werden aber nicht etwa gefördert, wenn ein Teil der deutschen Presse in gewisser Monotonie eine Revision des Dawesplans verlangt, der doch nur im Zusammenhang mit einer Regelung der interalliierten Schulden anders gestaltet werden könnte. Hoffentlich wird der Reichskanzler im November auch hierüber sprechen; gehört er doch zu denen, die die Bedeutung eines engen deutsch-französischen Zusammenarbeitens kennen.

Was die Regierung bis zum Zusammentritt des Reichstags im November tut, zeigt ihre Richtung an. Und diese ist jetzt das Wichtigste. Es muß die Tendenz der neu geplanten Zusammenarbeit klar erkennbar sein. Zu einem Werk, das als zwingend empfunden wird, werden sich die Parteien schon zusammenfinden, die einer bloßen Regierungskonstellation sonst zum Zweck ihrer Parteiagitation parlamentarische Schwierigkeiten zu bereiten Lust hätten.

LUDWIG QUESEL • EUROPA UND DER ANSCHLUSS ÖSTERREICHS AN DEUTSCHLAND



IN den letzten Wochen war die deutsche Außenpolitik von der Anschlußbewegung in Österreich und den Verhandlungen der europäischen Mächte in Amerika über die Annahme und Unterzeichnung des Kelloggsschen Pakts zur Ächtung des Kriegs beherrscht. Beide Probleme sind in gewissem Sinn gelöst worden. Für den Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland gilt dies freilich nur so weit, als Klarheit darüber geschaffen worden ist, daß die Anschlußfrage eine kontinentaleuropäische Angelegenheit ist und nur als solche behandelt werden darf. Die Vorgänge bei dem Wiener Sängerfest sind geeignet jenen deutschen Politikern, die immer noch nicht begriffen haben, daß der erstrebte Anschluß nur möglich ist nach einer Einigung des europäischen Kontinents im Sinn des Genfer Protokolls die Erkenntnis einzuprägen, daß eine Union Österreichs mit Deutschland die Errichtung eines, wenn auch nur losen, kontinentalen Staatenbunds zur Voraussetzung hat. Es ist daher zweckmäßig die Ereignisse in Wien, die zur Überraschung vieler Anschlußpolitiker einen so heftigen Widerspruch im Ausland hervorriefen, Revue passieren zu lassen.

Zunächst sei gesagt, daß das Zusammentreffen der Mitglieder von Liedertafeln und Gesangsvereinen, auch dann, wenn deren Zahl in die Hunderttausende geht, kein Ereignis ist, das die Aufmerksamkeit des Außenpolitikers auf sich ziehen mußte. Erst die Verbindung des Wiener Sängerfests mit Kundgebungen für den Anschluß Österreichs an Deutschland hat diese musikalische Veranstaltung zu einem außenpolitischen Ereignis gemacht.

Die Wiener Arbeiterzeitung ließ schon am 20. Juni erkennen, daß große Anschlußdemonstrationen bei dem Deutschen Sängerbundesfest zu Ehren Franz Schuberts geplant waren. Aber das führende Organ der österreichischen Sozialdemokratie rückte von der Veranstaltung doch merklich ab.

Es wies auf deren bürgerlichen, ja kleinbürgerlichen Charakter hin und zog zwischen der Anschlußbewegung der Sängerbundkreise und der der Sozialdemokratischen Partei einen Trennungsstrich, indem es die Union Österreichs mit Deutschland erst für die Zeit als möglich erklärte, in der der Sozialismus die imperialistischen Regierungen zu Fall gebracht haben würde: »Freilich, so nützlich und notwendig dieses Singen und Sagen ist: mit ihm allein ist es noch nicht getan. Die deutsche Einheit kann und soll nicht werden aus neuem Krieg. Sie kann ohne neuen Krieg nur werden, wenn der Aufstieg des Sozialismus in den großen Ländern Europas die imperialistischen Regierungen fällt, deren Einspruch der friedlichen Verwirklichung des Anschlusses entgegensteht. Die Revolution von 1918 hat ein Hindernis der deutschen Einheit beseitigt, indem sie die Dynastien, die das deutsche Volk zerrissen haben, weggefeigt hat. Erst der Sieg der Demokratie in Italien, erst der Vormarsch des Sozialismus in Frankreich wird das andere Hindernis beseitigen: den Einspruch des fremden Imperialismus, der dem Anschluß im Wege ist. Diese Erkenntnis unterscheidet uns von aller kleinbürgerlichen Anschlußbegeisterung, die, im Ziel mit uns einig, den Weg zum Ziel nicht sieht und nicht sehen kann.«

Auf einen wesentlich andern Ton waren jedoch die Anschlußreden gestimmt, die man in Wien von sozialdemokratischer Seite zu hören bekam. Paul Löbe erklärte in seiner Rede, dieser Tag sei »zur größten Anschlußkundgebung geworden, die die Welt je gesehen«, um sich dann polemisch gegen die Außenminister zweier österreichischer Nachfolgestaaten zu wenden, denen gegenüber er die Anschlußidee nach dem Bericht des offiziösen Wolffschen Bureaus mit folgenden Argumenten vertrat:

»Weil wir ein Volk sind und eine Nation, wollen wir *auch ein Staat sein*. Kann man auf die Dauer einem 70-Millionen-Volk verbieten, was jedem andern Volk erlaubt wird? Ebensowenig wie die italienische Einigung oder die Einheit der jugoslawischen Völker verhindert werden konnten, noch viel weniger wird man verhindern können, daß das deutsche Volk sich das Selbstbestimmungsrecht erringt. Herr Benesch und Herr Marinkowitsch, wenn Sie dem deutschen Volk das Recht bestreiten, dann sagen wir Ihnen: Sie vernichten damit die Magna Charta Ihrer eigenen nationalen Entstehung.«

Zu diesen Worten Löbes, die nichts davon erkennen lassen, daß er die Anschlußfrage als ein gesamteuropäisches Problem erfaßt, ist zu bemerken, daß in parlamentarisch regierten Ländern Parlamentspräsidenten, wenn sie im Ausland zu außenpolitischen Fragen das Wort ergreifen, die Meinung des Auswärtigen Amtes ihres Landes wiederzugeben pflegen. Im Rahmen jener Veranstaltung, bei der das Erscheinen der Sänger vom Rhein und von der Saar von alldeutschen Gruppen mit der Wacht am Rhein und dem Straßburglied begrüßt wurde, mußte Löbes Polemik gegen die Außenminister zweier Nachbarländer Österreichs wie eine Kundgebung der Wilhelmstraße wirken. Daher wurde seine Rede allgemein in Europa als eine wohl vorbereitete Anschlußoffensive Deutschlands empfunden, und man darf sich nicht wundern, daß Paris 2 Tage lang unter dem Eindruck stand, Löbe sei nach Wien gefahren, um unabhängig von Europa die Union Österreichs mit Deutschland in die Wege zu leiten und die Welt mit einem *fait accompli* zu überraschen.

Die Antwort, die Löbe von der europäischen Presse erhielt, war, da jeder unterrichtete Außenpolitiker weiß, daß ein Angriff auf die nach einem 4jährigen europäischen Krieg geschaffene Neuordnung Europas wieder zu einem europäischen Krieg führen kann, allgemein auf den Ton ernster Warnung gestimmt. Besondere Beachtung verdient hier der Leitartikel des Temps vom 26. Juli 1928. Daß das offiziöse Organ des Quai d'Orsay Löbe als Friedensstörer behandelt und ihn in dieser Eigenschaft an die Seite Graf

Westarps stellt, ist gewiß ein Unrecht, da jeder, der Löbe kennt, weiß, daß er ein aufrichtiger und überzeugter Pazifist ist. Trotzdem ist es wichtig allen denen, die glauben sollten, jetzt sei der geeignete Moment gekommen eine Anschlußoffensive großen Stils nach englischen Suggestionen zu unternehmen, die Warnung vor Augen zu halten, die der Temps in seinem Artikel an Deutschland, an die Adresse Paul Löbes, richtete:

»Es ist wahr: Man kann behaupten, daß Löbe nur für seine Person (en son nom personnel) spricht und nur sich engagiert, aber man darf dennoch nicht vergessen, daß er Präsident des Reichstags und einer der bekanntesten (les plus écoutés) Führer der Sozialdemokratie ist, einer Partei, deren Einfluß zurzeit absolut überwiegend innerhalb (au sein) der Reichsregierung ist... Was man im Augenblick im Sinn behalten muß, das ist der entschlossene (bien arrêtée) Wille der Pangermanisten bewußt die verantwortlichen Regierungen von Deutschland und Österreich in der Anschlußfrage zu kompromittieren. In dieser Beziehung wird der sozialistische Führer Löbe heute für die allgemeine Politik des von Hermann Müller geführten demokratischen Kabinetts Deutschlands ebenso störend (génant) wie Graf Westarp, der nationalistische Führer, für die allgemeine Politik des von Marx geführten konservativen Kabinetts störend war.«

Wesentlich milder, in der Sache aber immer noch sehr scharf, war auch die Kritik, die der Temps an dem österreichischen Ministerpräsidenten übte:

»Wenn Hochwürden Seipel, der ein realistischer Geist ist, sich immer in kluger Weise gehütet hat Stellung zugunsten der Anschlußformel zu nehmen, weil er ganz genau (parfaitement) weiß, daß sie nicht gut ohne neue europäische Krise endigen kann, so muß man doch bekennen, daß er niemals bewußt und gewollt in wirksamer Weise gegen die Strömung der Meinung reagiert hat, die die Pangermanisten sich bemühen in seinem Land zu schaffen. Genötigt mit Hilfe der deutschen Parteien zu regieren, hat der Kanzler so viel Sorge darauf verwendet diese zu schonen, daß er schließlich von ihnen überflügelt worden ist. Man weiß, mit welcher Bitterkeit vor einigen Tagen seine Haltung kritisiert worden ist, als er sich bemühte normale Beziehungen mit Italien herzustellen, indem er das Desinteressement Österreichs an den Südtiroler Affären bemerkbar machte. Man ist so weit gegangen ihm die bewußte Opferung der deutschen Minderheit an der obern Etsch vorzuwerfen. Der Druck, den die Anschlußanhänger jetzt auf ihn auszuüben versuchen, in der Hoffnung die Frage des Anschlusses Österreichs an das Reich offen gestellt zu sehen, wird ihm gewisse delikate Verhandlungen mit den an der Erhaltung des territorialen Status quo in Europa interessierten Mächten nicht erleichtern.«

Beachtet zu werden verdient weiter, daß der Quai d'Orsay sehr entschieden der Auffassung mancher demokratischen Blätter entgegentritt, als ob die Einheitsfront der Siegerstaaten gegen den Anschluß nicht mehr bestehe:

»Die Wiener Zeitungen zögern selbst nicht zu behaupten, daß die Meinung in gewissen alliierten Ländern sich total verändert habe und nicht mehr ohne Einschränkung gegen die Vereinigung Österreichs mit Deutschland sei. Das ist ein einfaches Argument der Polemik... das nur diejenigen täuschen kann, die die pangermanistische Leidenschaft verwirrt. Die Regierungen der alliierten Länder... haben alle in gleicher Weise das nämliche Bewußtsein der Notwendigkeit die tiefgehende Störung zu vermeiden, die sich für die allgemeine Situation aus irgendeiner Modifikation des territorialen Status quo in Zentraleuropa ergäbe. Weder für den Anschluß noch für die Revision des Vertrags von Trianon soll man in Wien und in Budapest auf irgendeine sträfliche Gefälligkeit rechnen.«

Es muß festgestellt werden, daß die Verurteilung der sogenannten Anschlußoffensive in Prag, Belgrad und Bukarest vielfach noch schärfer ausfiel als in Paris. Es steht auch fest, daß Löbes Rede in Wien nicht nur von den offiziösen sondern auch von den linken Blättern als eine pangermanistische Kundgebung aufgefaßt und verurteilt worden ist. Charakteristisch dafür war der Kommentar des Oeuvre, der erklärte, daß er mit Deutschland wäre, wenn es sich darum handelte ein geeinigteres Europa zu schaffen, aber gegen Deutschland Stellung nehmen müsse, wenn es sich darum handle ein größeres

Deutschland zustandezubringen. Es waren also nicht nur diejenigen Blätter, die in der deutschen Presse gerne als nationalistische Hetzpresse bezeichnet werden, die in den Wiener Anschlußreden das Vorspiel zu einer gewaltsamen Neuordnung Europas sahen, sondern auch Organe der Linksparteien, die man in Deutschland bisher, und dies mit voller Berechtigung, als ausgesprochen deutschfreundlich angesehen hat und ansehen kann.

Es ist erfreulich, daß die sozialdemokratische Parteileitung, nachdem das Echo der Wiener Anschlußreden im Ausland vorlag, die Gefahr sofort erkannte und den Schaden, den das Außerachtlassen Europas in Wien hervorgerufen hatte, nach Möglichkeit zu reparieren bestrebt war. Für die Neigung Frankreichs möglichst keinen Zwist aufkommen zu lassen ist es charakteristisch, daß der Passus des Breitscheidschen Artikels, der sich mit den Anschlußkundgebungen in Wien beschäftigte, bereitwillig von der ganzen Pariser Presse wiedergegeben wurde. Er sei hier angeführt:

»Gesänge und Reden sind noch keine politischen Handlungen. Jeder weiß, daß wir noch recht weit von dem staatlichen Zusammenschluß des Deutschen Reiches und Deutsch Österreichs entfernt sind, und daß es sich dabei nicht nur um eine Sache des Willens der beiden Völker sondern um ein gesamteuropäisches Problem handelt. Es ist töricht, wenn aus einer solchen Demonstration Schlüsse auf das Wiedererstarken des Alldeutstums oder des deutschen Imperialismus gezogen werden — Löbe als Imperialist ist eine fast belustigende Vorstellung.«

Die Betonung, daß die Sozialdemokratie in dem Anschluß Österreichs an Deutschland ein »gesamteuropäisches« Problem sieht, das heißt, daß der Anschluß nur mit Zustimmung Europas vollzogen werden soll, hat überall im Ausland einen ausgezeichneten Eindruck gemacht und die Erregung über die Wiener Reden und Gesänge stark gemildert. Auch die Bemerkung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, es sei zu bedauern und aufs entschiedenste zurückzuweisen, daß unter den vielen Hunderttausenden, die in Wien als aktive Sänger oder als passive Zuschauer zusammenkamen, einige Gruppen die Taktlosigkeit begingen die Wacht am Rhein oder gar das Straßburglied zu singen, hat im Ausland beruhigend gewirkt.



ANN nun auch angenommen werden, daß die Mißverständnisse, die durch die Verquickung der großen Sängerparade in Wien mit der Anschlußbewegung hervorgerufen worden sind, nunmehr als beseitigt angesehen werden können, ist es doch notwendig über die Sache selbst, über das Streben das deutsche Österreich mit Deutschland zu vereinigen, ein ruhiges und ernstes Wort zu sagen.

Die Sozialistischen Monatshefte waren die ersten, die gleich beim Ausgang des Weltkriegs die Forderung des Anschlusses Deutsch Österreichs an Deutschland erhoben. Sie taten es noch vor dem Novemberzusammenbruch, indem sie die Einberufung einer gesamtdeutschen Konstituante verlangten, zu der auch Österreich wählen sollte, so daß damit der Anschluß sich von selber vollzogen hätte und beim Abschluß des Friedens schon auf Grund des Selbstbestimmungsrechts einfach vollzogen gewesen wäre. Damals schreckten die offiziellen Gewalten Deutschlands davor zurück, weil ihnen die Zustimmung Englands und Amerikas zu diesem Schritt zweifelhaft schien. Dazu kamen noch allerhand Parteibedenken, die dazu beitrugen den Anschluß Österreichs an Deutschland den Leitern der deutschen Politik als gefährlich erscheinen zu lassen. Die Sozialdemokratischen Parteien fürchteten, daß der Anschluß den Klerikalismus zu stark machen würde. Die deutschen Gewerkschaften sahen vielfach in Österreich ein wirtschaftlich

total lebensunfähiges Land, dessen Vereinigung mit Deutschland die Zahl der Arbeitslosen ins Unerträgliche steigern würde. Das waren die Gründe, weshalb man bei uns unmittelbar nach dem Zusammenbruch von dem Anschluß nichts hören und nichts wissen wollte. Das blieb so auch noch eine Reihe von Jahren, bis sich schließlich herausstellte, daß die finanzielle Gesundung in Österreich früher eintrat als in Deutschland. Einzig und allein in den Sozialistischen Monatsheften wurde in all jenen Jahren immer wieder und wieder der Anschluß Österreichs an Deutschland als Forderung des Selbstbestimmungsrechts begründet, ohne daß dieses Verlangen jedoch ein hörbares Echo gefunden hätte. Erst nach dem Ruhrkrieg und der Beendigung der Inflation begann man überhaupt an den Anschluß Österreichs zu denken, vielfach jedoch lediglich in dem Sinn, um ein neues Agitationsobjekt gegen die Friedensverträge zu gewinnen. In der Vereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschlands eine Angelegenheit des europäischen Kontinents zu erkennen hat man sich bei uns, in allen Lagern, lange genug gesträubt.

Es muß daher gerade jetzt betont werden, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland eine vollzogene Tatsache sein wird, wenn Deutschland sich wirklich zu einer rein kontinentaleuropäischen Politik entschließt. Der österreichisch-deutsche Zusammenschluß ist ein Teil der großen europäischen Frage der kontinentalen Einigung. Da die französische Außenpolitik im eigenen nationalen Interesse auf diese Einigung konsequent hinarbeitet, kann sich der Anschluß daher auch nicht gegen Frankreich vollziehen, sondern er muß in engster Verständigung mit Frankreich vorbereitet werden. Der Weg zum Anschluß führt nach Paris; nur dort können seine Grundlagen gelegt werden. Es ist auch nicht richtig, daß in Paris irgendein "imperialistisches" Interesse vorhanden ist den Anschluß Österreichs an Deutschland im Rahmen einer kontinentalen Vereinigung zu verhindern. Gegen ein Großdeutschland unter britischer Führung ist ganz Frankreich, ein Großdeutschland dagegen, das sich willig dem neuen Europa, das durch den Zusammenbruch der 3 Kaiserreiche entstanden ist, einordnet, wird überhaupt auf dem Kontinent auf keinen Gegner stoßen. Einem mit Frankreich verbündeten Deutschland kann Paris die Einverleibung Österreichs ruhig zugestehen, während es dies einem Deutschland, das unter angelsächsischem Einfluß steht und jeweils als Degen Englands benutzt werden könnte, stets verweigern wird. Löbes Rede in Wien bei der Sängerkundgebung zugunsten der Vereinigung war ganz gewiß sehr gut gemeint und sollte selbstverständlich alles andere als eine Bedrohung des europäischen Friedens sein. Daß sie dennoch so große Erregung hervorrief, lag daran, daß der Redner es, natürlich absichtslos, unterließ die Bereitwilligkeit zu betonen ein größeres Deutschland dem neuen Europa als friedenssicherndes Glied einzufügen.

Überhaupt muß gesagt werden, daß der Anschluß eine Sache der Politik, nicht der Demonstration ist. Wer nicht zur europäischen Friedenssicherung im Sinn des Genfer Protokolls und damit gegen Englands Balance-of-power-Politik steht, wird mit der Anschlußpropaganda nicht nur nichts erreichen sondern im Gegenteil nur europäische Beunruhigung hervorrufen. Das muß gerade von uns als Vertretern des Anschlußgedankens betont werden, denen es mit der Vereinigung ernst ist, und die nicht innenpolitischen Lorbeer von dieser Sache haben wollen.



WALTHER KOCH • DIE FRAGE DES DEUTSCHEN EINHEITSSTAATS IN HISTORISCH-POLITISCHER BELEUCHTUNG



INE der wichtigsten politischen Aufgaben, die der neuen Reichsregierung ungelöst von ihrer Vorgängerin vermacht worden ist, stellt die Frage des Einheitsstaats dar. Immer mehr hat sich im Lauf der letzten Zeit die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es so wie bisher einfach nicht mehr weitergehen kann. Der deutsche Partikularismus hat sich als so unproduktiv und damit die Entwicklung Gesamtdeutschlands hemmend erwiesen, daß man in allen Lagern die Notwendigkeit einer Neugestaltung anerkennt, über deren Tendenz man sich freilich noch gar nicht klar und erst recht nicht einig ist. Was geschehen soll, ist umstritten; daß etwas geschehen muß, ist unbestritten.

Schon der Zwang der wirtschaftlichen Produktivität und der finanziellen Verpflichtungen drängt Deutschland zu einer Rationalisierung seiner Verwaltung, die aufs engste mit der grundlegenden Verfassungsfrage des Verhältnisses von Reich und Ländern zu einander zusammenhängt. Es ist so nicht verwunderlich, daß gerade die wirtschaftlichen Organisationen mehr und mehr aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen auf eine Lösung der unhaltbaren Reichszersplitterung drängen. Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Magdeburg forderte am 23. September 1927 dringend eine unmittelbare Verbindung der Städte zum Reich und warf damit gegen den Widerstand der Vertreter der Bayrischen und der Deutschnationalen Volkspartei die Einheitsstaatsfrage auf. Aber selbst bis weit in die Kreise der Rechten hinein dringt die Erkenntnis, daß eine wirtschaftliche Gesundung ohne eine Regelung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Reichssinn nicht möglich ist. So beschäftigte sich die Führertagung des Reichslandbunds am 7. November 1927 eingehend mit der Frage einer Rationalisierung des Verhältnisses von Reich und Ländern¹. Dabei betonte der Oberregierungsrat Adametz mit Recht: »Wenn wir jetzt nicht bald selbst Ordnung im eigenen Haus machen, droht die Finanzkontrolle des Auslandes, die in der Praxis mit dem letzten Schritt des Reparationsagenten, wenn auch vorläufig noch vorsichtig, begonnen hat.« Will nationalistische Agitation diese einfache Selbstverständlichkeit nicht sehen, so muß man um so mehr auf die Stimmen wirtschaftlicher Vernunft auch im Lager der Rechten hinweisen. Alle sentimentalen Erwägungen, wie etwa die Frage des deutschnationalen Abgeordneten Friedrich Everling: »Warum will man die Anhänglichkeit an den Heimatstaat unter den kalten Gesichtspunkt der Rationalisierung stellen?«, helfen nichts gegenüber der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Zumal der Heimatgedanke nicht mit der deutschen Kleinstaaterei identisch ist sondern in seiner tiefern Berechtigung mindestens ebenso gut in einem großen, aber dezentralisierten Einheitsstaat zur Geltung kommen kann. Gegenüber der Frage der Produktivität der Landwirtschaft, die vom Reichslandbund mit Recht als zentral angesehen wird, verschlug auch der Hinweis des deutschnationalen Abgeordneten Martin Spahn auf die Schwierigkeiten nichts, die man dem Reichsminister des Innern Walter von Keudell, der sich von Anfang an zum bundesstaatlichen Charakter des Reichs bekannt hatte, bereite.

¹) Siehe Reichslandbund vom 12. November 1927; Die Reichslandbundführertagung.

Allerdings war eine solche, den Partikularismus der süddeutschen Länderregierungen von vornherein rechtfertigende Stellungnahme des verantwortlichen Reichsministers eine Ungeheuerlichkeit. Die von der Reichsregierung für den 16. und 17. Januar 1928 einberufene Länderkonferenz konnte daher nur eine schwere Enttäuschung der großen Erwartungen bringen, wie sie der Staatssekretär in der Reichskanzlei Hermann Pünder in einem programmatischen Neujahrsartikel mit folgenden Worten ausgedrückt hatte: »Das Datum vom 16. und 17. Januar 1928 wird sich vermutlich später einmal als das äußere Zeichen des Beginns einer neuen Periode deutschen staatlichen Lebens in den Geschichtswerken über die deutsche Nachkriegszeit finden, vielleicht sogar in den Schulbüchern.«² Die Länderkonferenz stand noch ganz im Zeichen der alten Regierung. Nun, ein halbes Jahr später, ist diese verschwunden. Und der neue Reichsminister des Innern, Genosse Carl Severing, wird dafür sorgen, daß die neue Reichsregierung die Initiative zur organischen Weiterbildung der Reichseinheit in die Hand nimmt.

Ausschlaggebend wird es aber sein, ob der Wille zum Einheitsstaat im Volk selbst so stark und zäh sein wird, daß auch alle partikularistischen Widerstände dadurch schließlich überwunden werden. Eine große Volksbewegung für die Reichseinheit, die sich vor allem auch in Süddeutschland auswirken würde, müßte dem guten Willen der Reichsregierung zum Sieg verhelfen. So kommt es nicht nur auf die Stellungnahme der großen Wirtschaftsverbände an, die bereits eindeutig im Sinn des Einheitsstaats erfolgt ist, sondern auch auf die lebendige Anteilnahme aller Deutschen an dieser Schicksalsfrage unseres Volkes. Um deswillen ist es notwendig diese Frage des Einheitsstaats, die in letzter Zeit schon so oft und zum Teil recht gründlich in Schriften und Aufsätzen behandelt worden ist, jedem Deutschen in ihrer ganzen Bedeutung zum Bewußtsein zu bringen. Vor allem gilt es auch die Schlagworte des Partikularismus, der gern mit "historischen" Begründungen gegen die Reichseinheit zu operieren sucht, zu untersuchen, die wirkliche historische Situation klar herauszustellen, damit falsch verstandene geschichtliche Vergangenheit nicht die notwendige historische Tat der Gegenwart lähme.

DER deutsche Partikularismus, der sich zu Unrecht Föderalismus nennt, beruft sich mit Vorliebe auf die historisch verwurzelten Stammeseigentümlichkeiten, die im deutschen Volk seit jeher bestanden hätten und beständen, und auf denen der bundesstaatliche Charakter des Deutschen Reichs beruhe. Was ist an dieser Behauptung richtig? Fragen wir die Geschichte.

In der Tat hat es einmal eine Zeit gegeben, in der das Erbe Karls des Großen im Osten in die 5 Stämme der Franken, Schwaben, Bayern, Sachsen und Lothringer auseinanderzufallen drohte. Doch mit den heutigen deutschen Ländern haben diese alten Stammesherzogtümer nicht mehr viel zu tun. Höchstens in Bayern hat sich ein Rest alten Stammesbewußtseins erhalten und schon immer allen Einordnungsversuchen in das große Ganze Schwierigkeiten bereitet. Aber was heute das Land Bayern umfaßt, ist ja nur im Süden, in Ober- und Niederbayern, wirklich bayrisch, während der ganze Norden rein fränkischer Herkunft ist, und gar die bayrische Rheinpfalz wirklich nichts von Gemeinschaft mit ihrem alten bayrischen Volksstamm hat. Die heutige Zusammensetzung Bayerns ist eine rein dynastische Bildung, die

2) Siehe Pünder Reich und Länder, in der Germania vom 1. Januar 1928.

ganz anderen Gründen als stammlicher Eigenart ihr Dasein verdankt. Auch Schwaben ist keineswegs identisch mit dem heutigen Land Württemberg. Große Teile des schwäbischen Stamms sind politisch zu Bayern gekommen und bilden hier den Bezirk Schwaben mit Augsburg als Mittelpunkt. Andererseits sind die nördlichen Gebiete Württembergs von einer Bevölkerung fränkischer Abstammung besiedelt. Und gar das Land Sachsen hat mit dem sächsischen Volksstamm, der in Westfalen und Hannover seine Sitze hatte, nichts als den Namen gemeinsam. Niedersächsische Volksart hat sich deswegen nicht weniger scharf in Nordwestdeutschland erhalten, auch wenn der Volksstamm keinen eigenen Staat mehr bildet sondern größtenteils politisch zu Preußen gehört. Die politische Zugehörigkeit des Rheinlands zu Preußen hat die rheinische Art nicht im mindesten geändert.

Auch in Frankreich bestehen, trotz dem zentralisierten Einheitsstaat, große Unterschiede in der Volksart zwischen dem Süden und dem Norden. Wie kommt es nun, daß Frankreich trotz seiner stammlichen Mannigfaltigkeit schon früh zu einem Einheitsstaat geworden ist, während Deutschland sich immer mehr zersplitterte? Hieran sind nun keineswegs geheimnisvolle Verschiedenheiten der Volksseele schuld, sondern ganz bestimmte historische Gegebenheiten. Das Deutsche Reich erlebte einen nicht mehr aufzuhaltenden Zersetzungsprozeß durch das mittelalterliche Lehnswesen, besonders durch den in Deutschland herrschenden Leihzwang, das heißt durch die Verpflichtung des Königs ein erledigtes Lehen wieder neu zu verleihen. Hingegen setzte sich in Frankreich das Heimfallsrecht im Lehnswesen durch, kraft dessen das Königtum der Capetinger in der Lage war in stetigem Wachstum ledig gewordene Lehen unter bestimmten Voraussetzungen wieder einzuziehen³. In Deutschland mußte sich der Herrscher jede Vasallenpflicht, etwa bei Römerzügen, durch große Zugeständnisse an die partikularen Gewalten erkaufen, während das französische Königtum seine Kräfte auf sein eigenes Land konzentrieren und dadurch steigend seine Macht im Innern erhöhen konnte. Der deutsche Partikularismus verdankt seine Existenz dem Zerfall des Reichs, der seinerseits durch die italienische Kaiserpolitik der deutschen Herrscher bedingt war. Schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts, zu den Zeiten des Deutschland völlig fremden sizilischen Kaisers Friedrich II, ist das Aufkommen des neuen Reichsfürstenstands sichtbar: in dem Vertrag mit den geistlichen Fürsten /1220/ und in dem Statut für die weltlichen Fürsten /1232/, die jetzt schon Landesherren genannt werden. Dieser neue Reichsfürstenstand beruht nun keineswegs mehr auf der alten stammlichen Gliederung des Ostfränkischen Reichs sondern setzt sich aus einer immer unabsehbarer werdenden Fülle von kleinen und großen, geistlichen und weltlichen Lehnsträgern, Ministerialen und Geistlichen zusammen, die ihr Amt in einen reichsunmittelbaren Besitz umzuwandeln verstanden hatten. Aus diesen Besitztümern, die ursprünglich nur eine naturalwirtschaftliche Entschädigung des Beamten des Reichs für seine Dienste darstellten, erwuchs dann die neue Macht des Territorialfürstentums. Diese Territorien sind die Vorfahren der späteren Bundesstaaten, die also lediglich der Schwäche des Reichs und nicht einer besondern germanischen Eigenart oder stammlicher Überlieferung ihr Dasein verdanken. Geschichtlich wurden einige dieser Territorialstaaten in der Neuzeit die Träger zukünftiger Entwicklung. Das Territorialfürsten-

3) Siehe darüber *Hintze Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution* /Stuttgart 1928/: ein überaus aufschlußreiches Buch, das noch gesondert behandelt werden muß.

tum verstand es seinerseits der weitem Feudalisierung des Ämterwesens in seinen Grenzen Einhalt zu gebieten und durch Schaffung eines modernen Berufsbeamtentums, eines eigenen Heers und eigener Finanzen die Grundlage zu staatlicher Selbständigkeit zu legen. Die Stände, die sich im Reich gegenüber dem Kaisertum als Reichsfürstenstand, an seiner Spitze das Kurfürstenkollegium, durchgesetzt hatten, wurden in den Territorien von den absolutistischen Landesherrn zurückgedrängt, wie das am konsequentesten in der Ausbildung des brandenburgisch-preußischen Militär- und Beamtenstaats geschehen ist. Alle Versuche das Reich, sei es vom Kaiser sei es von den Reichsständen aus, zu erneuern, schlugen fehl; so die Reichsreform des Kaisers Maximilian am Ende des 15. Jahrhunderts, die einen gemeinen Pfennig für das Reich zu erheben, einen allgemeinen Landfrieden zu gebieten und dazu das Reich in 10 Reichskreise neu zu gliedern versuchte. Auch die Tendenzen die Justiz in dem von den Ständen geschaffenen Reichskammergericht, das zuletzt in das kleine Lahnstädtchen Wetzlar verschlagen wurde, wie in dem Kaiserlichen Reichshofrat in Wien zu zentralisieren konnten sich nicht durchsetzen. Die Reformation setzte den Landesherrn nach dem Prinzip "Cujus regio, ejus religio" selbst zum Herrn über die Seelen seiner Untertanen ein. In dem die Glaubenskämpfe abschließenden Frieden von Münster und Osnabrück /1648/ erlangten die deutschen Fürsten auch ihre völkerrechtliche Souveränität nach außen, die sie dann ja auch durch viele Bündnisse mit dem Ausland gegen das Reich oft genug ausgeübt haben. Die Auflösung des alten Reichs im Jahr 1806 und seine Ersetzung durch den von Napoléon begründeten Rheinbund: das alles war nur die letzte Konsequenz dieses jahrhundertelangen Zerfallsprozesses.

Erst dieser Napoléonischen Reichsreform, die die meisten geistlichen wie weltlichen Territorien in dem Reichsdeputationshauptschluß verschwinden ließ und einige wenige leistungsfähigere Mittelstaaten in West- und Süddeutschland schuf, verdanken Länder wie Bayern, Württemberg, Baden und Hessen im wesentlichen ihre heutige Gestalt; eine Tatsache, der das heutige antifranzösische Gehaben des süddeutschen Partikularismus nicht ganz entspricht. Diese zu ihrer Zeit wohlthätigen Zusammenlegungen unzählig kleiner Splitterstaaten wollen sich nun heute auf ihre uralte ererbte Stammeseigentümlichkeit berufen. Hätte Napoléon damals noch gründlicher durchgegriffen, so wäre die deutsche politische Entwicklung der Folgezeit von mancher Schwierigkeit entlastet gewesen. So müssen wir uns noch heute mit den finanziellen Sorgen einiger Splitterländchen herumschlagen. Die Hoffnung eines wahren Patrioten, wie es Freiherr vom Stein war, auf ein einiges, starkes und freies Deutsches Reich wurde nach dem sogenannten Befreiungskrieg schmählich enttäuscht. Stein war es, der die Ausbildung der Einzelstaaten im Reichsgebiet als ein Unrecht am Reich bezeichnete. Die engere politische Zusammenfassung Deutschlands wurde vor allem durch die bayrischen und württembergischen Könige hintertrieben, die nichts von ihren neuerworbenen königlichen Vorrechten preisgeben wollten. So kam nur der lose Staatenbund von 39 souveränen Gliedern, der Deutsche Bund, zustande. Vor allem auf wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet wirkte sich die staatliche Zersplitterung unheilvoll aus. Zollschranken erschwerten den Verkehr der Waren innerhalb des Reichsgebiets, vielerlei Münze, Maße und Gewichte schufen ihm immer weitere Hindernisse, und in jedem Gebiet wurde ein anderes Recht gesprochen. So war es, wie heute, vor allem die wirtschaftliche Notwendigkeit, die zur Vereinheitlichung des deutschen Staatsgebiets drängte.

Trotz allen dynastischen und populären Widerständen hat die wirtschaftliche Vernunft doch in der Begründung des Deutschen Zollvereins im Jahr 1834 gesiegt und dem staatlichen Zusammenschluß den Boden bereitet. Der Prophet der wirtschaftlichen Einigung Deutschlands war der Württemberger Friedrich List; wie denn gerade aus Württemberg im Gegensatz zu seiner partikularistischen Regierung immer wieder entschiedene Vertreter des Reichsgedankens gekommen sind. Aber die treibende Kraft war das vom Osten bis zum Westen sich weit hinziehende Preußen, das aus Selbsterhaltungsinstinkt nicht anders als unitarisch handeln konnte, und dem sich die von ihm umklammerten norddeutschen Kleinstaaten anschließen mußten. Preußen erwies sich, wenn auch ohne deutsches Bewußtsein, als das eigentliche Rückgrat der deutschen Einheit, da es historisch weit über das partikularistische Sonderinteresse eines Territorialfürstentums zu einer an allen Grenzen Deutschlands interessierten Macht hinausgewachsen war. Freilich, an diesem preußischen Staatsbewußtsein nicht zum wenigsten scheiterte der Versuch der Paulskirche im Jahr 1848-1849 die deutsche Einheit unter preußischer Führung vom Volk aus herzustellen. Das Bismarcksche Deutsche Reich von 1871 hat man mit Recht als ein verlängertes Preußen bezeichnet. Trotz allen Reservatrechten der süddeutschen Staaten und ungeachtet des bundesstaatlichen Charakters des neuen Kaiserreichs hat in Wirklichkeit die preußische Hegemonie wie eine eiserne Klammer das Reich Bismarckscher Gestaltung zusammengehalten.

Mit dem Sturz der Monarchie mußte diese preußische Hegemonie fortfallen. Es entstand die noch heute ungelöste Frage des Verhältnisses von Reich und Preußen zu einander aufs neue. Während heute gern von partikularistischer Seite, wie in der bayrischen Denkschrift, die Rückkehr zum Bismarckschen Bundesstaat gepredigt wird, stellt ein rechtsorientierter Historiker wie Johannes Haller in seinem auf der Führertagung des Reichslandbundes am 8. November 1927 gehaltenen Vortrag⁴ fest, daß Bismarck selbst mehr und mehr den Weg des Einheitsstaats beschritten hätte. »Das Reichspferd zieht stärker als das Staatspferd«, erklärte Bismarck schon 1878 im preußischen Abgeordnetenhaus. Haller betont mit Recht, daß eine Rückkehr zum Bismarckschen Bundesstaat ohne die nicht wiederherstellbare preußische Vorherrschaft die Bismarcksche Reichsidee in ihr Gegenteil, in eine völlige Vorherrschaft des Partikularismus, verkehren müßte. Bedauerlich ist, daß parteipolitischer Fanatismus den sonst so klarblickenden Historiker zu Schmähungen auf das heutige Preußen Brauns, Severings und Beckers hinreißt. Gerade das Wirken der Braun und Severing in Preußen hat aber die Festigung des neuen Deutschen Reichs und seiner republikanischen Verfassung entscheidend herbeigeführt und muß vom historisch-politischen Standpunkt aus als politische Tat schließlich auch zur Kräftigung des Reichs anerkannt werden. Die Schwierigkeit des Nebeneinanderbestehens des Reichs und eines starken Preußens, das etwa drei Fünftel des gesamten Reichsgebiets umfaßt, soll damit keineswegs verkannt werden. Selbst der preußische Ministerpräsident Otto Braun erkennt an, daß das Nebeneinander des Großstaats Preußen und des Reichs mit den beiden Regierungen auf die Dauer unhaltbar sei; er hält es aber für notwendig Preußen mit seinen 40 Millionen unversehrt zu erhalten, denn es müsse und werde schließlich doch den Kern des zu schaffenden deutschen Einheitsstaats bilden⁵.

4) Siehe Haller *Bundesstaat oder Einheitsstaat?* /Tübingen 1928/.

5) Siehe Braun *Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?* /Berlin 1927/.

NOCH vor dem Novemberzusammenbruch wurde in den Sozialistischen Monatsheften die Einberufung einer »aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden konstituierenden Nationalversammlung« verlangt, die »der deutschen Nation ihre staatliche Einheit zu geben, die Grenzen des Reichs zu bestimmen und so eine wirkliche deutsche Demokratie zu schaffen« hätte. Diese Konstituante sollte das deutsche Selbstbestimmungsrecht durchführen, von selber diejenigen ausschneiden, die nicht zu Deutschland gehören wollten (Elsaß-Lothringen), und diejenigen einbeziehen, die sich Deutschland anschließen wollten (Österreich). Diese Betätigung des Selbstbestimmungsrechts hätte auch von vornherein das richtige freundnachbarliche Verhältnis zu Frankreich geschaffen, um das nun seit mehr als einem Jahrzehnt erst noch gerungen wird. Und es wäre die großdeutsche Einheit von selber verwirklicht worden. Leider wagte man es damals nicht der hier ausgesprochenen Aufforderung zu folgen. Nur die Vossische Zeitung hat damals, woran das interessante Gedenkbuch zum 50jährigen Bestehen des Hauses Ullstein jetzt erinnert, als »die einzige große deutsche Tageszeitung in jenen Wochen vor dem Umschwung und das erste publizistische Organ nach den Sozialistischen Monatsheften«, diesen großen nationalen Einheitsgedanken mit vertreten⁶. Die Zusammenbruchsregierung der Volksbeauftragten, die im November 1918 die Leitung Deutschlands in die Hand nehmen mußte, war damals zu sehr von wirtschaftlichen Sorgen und Ängsten erfüllt, zudem durch den innern Kampf der beiden rivalisierenden Sozialdemokratischen Parteien und die Behauptung beider gegen die Spartakisten, die spätere Kommunistische Partei, in Anspruch genommen, so daß für eine solche Initiative keine Energie mehr blieb. So wurde die Neugliederung des Reichs, die in den ersten Umwälzungswochen ohne weiteres hätte durchgeführt werden können, nicht vorgenommen. Man begnügte sich vielmehr damit allen deutschen Bundesstaaten die monarchischen Spitzen wegzunehmen, sie im übrigen zu lassen wie sie waren und nur mit sozialdemokratischen Ministerien zu besetzen, die schon nach kurzer Amtszeit sich unvermerkt auf den partikularistisch konservativen Besitzstandspunkt stellten. Das heute noch zu erstrebende Ziel: der Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung oder, wie man ihn besser und richtiger nennen sollte: der Regionalstaat, scheiterte also zunächst an dem Fortwirken der dynastischen Souveränitätstradition in den neuen Freistaaten. Von den hier in den Sozialistischen Monatsheften erhobenen Forderungen wurde dann in der Weimarer Reichsverfassung einzig die eine verwirklicht: daß man für die einzelnen Glieder des Reichs an Stelle der Bezeichnung Staat die Bezeichnung Land setzte. Das war aber auch alles. Man ließ zwar auch noch in einem Artikel die Möglichkeit einer spätern Umgestaltung offen, schob aber die Initiative den Ländern zu, womit der Einheitsstaatgedanke ideell seines deutschen Charakters entkleidet und praktisch beiseite gelegt wurde.

Im Umsturzjahr 1918 ist man also zur Herstellung der staatlichen Einheit nicht gelangt. Es war eben, wie Max Quarck hier vor 9 Jahren ausführte, ein Fehler, daß 1918 die preußischen Ministerien wieder eingerichtet wurden, statt mit Reichsämtern vereinigt zu werden⁷. So entsprach das Fort-

6) Siehe Osborn Die Vossische Zeitung seit 1904, in der Jubiläumsschrift 50 Jahre Ullstein 1877 bis 1927 /Berlin 1928/ Seite 260.

7) Siehe Quarck Revolution und Reichsgliederung, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 74 und folgende.

leben des preußischen Staatsgedankens dem Betonen der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Heinrich Peus erklärte damals, daß Anhalt nicht in Preußen, wohl aber in Deutschland, etwa im engern Anschluß an einen Selbstverwaltungsbezirk mit Magdeburg als Mittelpunkt, aufzugehen bereit wäre⁸. In Preußen drängte sich, gleich nach dem Zusammenbruch von 1918, derartig die Notwendigkeit auf über alle Einzelstaatlichkeit hinaus ein neues Reich zur Rettung Deutschlands zu schaffen, daß damals selbst der konservative Ostpreuße von Batocki die Forderung unterstützte, ja mit Energie vertrat: Preußen zu zerlegen, um dadurch die Einheit des Reichs unter Homogenität der Reichsteile herzustellen. Das alles ist damals versäumt worden. Aber die Logik der Entwicklung, die sich in der Not des Reichs manifestierte, hat nun doch wieder dazu geführt, daß man jetzt, am Ende des ersten Nachkriegsjahrzehnts, da steht, wo man an seinem Anfang gestanden hatte. Der regionalisierte Einheitsstaat muß kommen. Es fragt sich nur, wie er sinn gemäß zu verwirklichen ist. Zu diesem Zweck müssen die verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten geprüft und gewertet werden. Einig ist man sich wohl darüber, daß wir uns heute nicht mehr mit dem unentschiedenen Kompromiß der Verfassung von Weimar begnügen können, der doch nur durch ein Nachgeben der Tendenzen zum Einheitsstaat gegenüber dem einzelstaatlichen Partikularismus zustande gekommen war. Um alles Übrige geht aber auch heute noch der Wirrwarr der Meinungen.

Ein sehr bequemer, aber angesichts der finanziellen Lage völlig unhaltbarer Gedanke ist der des frühern Reichskanzlers Wilhelm Marx, daß keine Änderung der jetzigen Zustände einem Land gegenüber vorgenommen werden könne, solange dort der feste Wille zur Eigenstaatlichkeit bestehe. Darüber kann das Deutsche Reich völlig in die Brüche gehen. Es ist anzunehmen, daß die neue Reichsregierung eine ganz andere Initiative für die Erneuerung des Reichs entfalten wird. Der süddeutsche Partikularismus, der sich durch das Vordringen der Reichsverwaltung auf finanziellem und wirtschaftspolitischem Gebiet bedroht fühlt, fordert eine Rückwärtsrevidierung der Weimarer Verfassung zum Bismarckschen Bundesstaat, vor allem eine Stärkung der Rechte des Reichsrats, der wieder die eigentliche Gesetzgebung des Reichs wie der frühere Bundesrat wesentlich bestimmen soll, ferner eine genaue Umschreibung der Länderkompetenzen. Diese in der bayrischen Denkschrift vom Jahr 1926 niedergelegten Forderungen des Partikularismus gehen weit über den bundesstaatlichen Charakter des Reichs hinaus, weil ohne Preußens Vorherrschaft das Reich in einen Zustand lockern Zusammenhalts zurücksinken müßte, der doch sehr bedenklich an den Deutschen Bund von Anno 1815 erinnern würde. In Wirklichkeit war die Souveränität der Bundesstaaten im alten Reich sehr beschränkt, trotz allen Spielereien mit Hoheitsrechten und Hoheitsabzeichen. Die wahre Souveränität lag doch, wie schon Heinrich von Treitschke es sah, bei der Zentralgewalt des Bundes⁹. Der staatsrechtliche Streit um die Eigenstaatlichkeit der Bundesstaaten und deren Nachfolger, der heutigen Länder, ist müßig gegenüber dem Schwergewicht der Tatsachen. Eine gewisse Selbständigkeit konnte Bismarck aber den Bundesstaaten ruhig überlassen, weil die reale Macht eben bei Preußen lag. Der König von Preußen war zugleich Deutscher Kaiser, der preußische Ministerpräsident Reichskanzler (eine vorübergehende personale Trennung

⁸) Siehe Peus Zum Aufbau des Reichs, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 436 und folgende.

⁹) Siehe von Treitschke Politik II /Leipzig 1898/ Seite 326.

der Ämter änderte faktisch daran nichts), die preußische Heeresverfassung war im ganzen Reich maßgebend. Dazu kam, daß Bismarck durch die Ausdehnung der indirekten Steuern und Zölle die finanziellen Grundlagen des Reichs gegenüber den Einzelstaaten immer mehr zu erweitern suchte. Faktisch hatten die vielen einzelstaatlichen Gesandten und die süddeutschen Reservatrechte keine Bedeutung gegenüber dem unbedingten Übergewicht Preußens, das trotz der Beschränkung seiner Bundesratsstimmen vorhanden war. Diese Verklammerung von Reich und Preußen ist mit der neuen Verfassung fortgefallen. Darin liegt eine der wesentlichsten Schwierigkeiten der heutigen Situation. Die Verfassungsfrage konzentriert sich damit stark auf das besondere Problem des Verhältnisses vom Reich zu Preußen.

Hauptsächlich von rechts fordert man eine Wiederherstellung der alten Verkopplung, die sie sich durch eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und seine Identifizierung mit dem zu schaffenden preußischen Staatspräsidenten sowie eine Verschmelzung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten vorstellen. Das würde praktisch entweder eine Verpreußung des Reichs oder ein Aufgehen Preußens im Reich bedeuten. Beide Lösungen sind nicht denkbar, ohne daß gleichzeitig eine Änderung des Charakters der übrigen Länder und ihres Verhältnisses zum Reich einträte. Es liegen nun die verschiedensten Vorschläge vor den Dualismus Reich-Preußen zunächst ohne Rücksicht auf die anderen, besonders die süddeutschen Länder, zu beseitigen. Entweder will man durch Großpreußen zum Reich kommen. Man hofft dabei, daß sich die norddeutschen Kleinstaaten nach und nach Preußen anschließen, und daß diesem Beispiel dann später die mittel- und süddeutschen Länder analog der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich 1871 folgen werden. Dagegen ist zu sagen, daß man am Beispiel Hamburgs, aber auch Anhalts sehen kann, wie erbitterten Widerstand Länder einem Aufgehen in Preußen entgegensetzen, die an sich zu einem Aufgehen im Reich bereit wären. Die Verwaltung würde in Norddeutschland immer mehr zentralisiert, während der deutsche Süden noch mehr als bisher seine eigenen Wege ginge. Der preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff hat nun in einer sehr instruktiven Schrift nach einer eingehenden Darlegung des unhaltbaren Nebeneinanders von Preußen und dem Reich in der Verwaltung die Forderung eines Reichslands Norddeutschland erhoben¹⁰. Das bedeutete dann nicht ein Aufgehen Preußens ins Reich, wohl aber in das norddeutsche Reichsland, das seinerseits wieder in ziemlich selbständige Reichsprovinzen zerfiele. Es ständen dann etwa 12 norddeutsche Reichsprovinzen, die nicht mehr durch Preußen zusammengehalten wären, 3 süddeutschen Ländern gegenüber. Mit Recht befürchtet man, daß dadurch eine weitere Verschärfung der Mainlinie eintreten könnte. Eine wirkliche Reichsreform kann sich nicht auf Norddeutschland beschränken sondern muß den deutschen Süden gleichzeitig umfassen. Eine antipreußische Tendenz hat die Forderung des Ministerialrats im Reichsarbeitsministerium Erwin Ritter lediglich Preußen zum Reichsland umzuwandeln und dieses in Reichsprovinzen aufzulösen¹¹. Diese Lösung wurde ja auch seinerzeit von dem Urheber der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, als ein Weg zum Einheitsstaat angesehen, dann allerdings von ihm selbst wieder aufgegeben, wie das der preußische Ministerpräsident Otto

10) Siehe *Höpker-Aschoff* Deutscher Einheitsstaat, ein Beitrag zur Rationalisierung der Verwaltung /Berlin 1928/.

11) Siehe *Ritter* Freie Reichsländer /Köln 1927/.

Braun in seinem oben erwähnten Vortrag betont. In der Tat hat eine Zerschlagung Preußens nur dann Sinn, wenn gleichzeitig die übrigen Länder ihren eigenstaatlichen Charakter aufgeben und sich faktisch den Teilen Preußens angleichen wollten. Der Demokrat Erich Koch-Weser, ein eifriger Verfechter des Einheitsstaats, sagt deshalb mit Recht: »Solange noch souveräne Staaten in Deutschland bestehen, die sich den Anordnungen des Reiches widersetzen und ihre Macht politisch und finanziell ausnutzen können, wirkt der Bestand Preußens unitarisch und seine Auflösung zentrifugal.«¹² Das ist keine endgültige Lösung des Problems, aber im Augenblick wäre es verhängnisvoll die Hauptstütze der deutschen Einheit in Preußen zu verlieren, ohne für entsprechende Reichsstärkung zu sorgen. Als Endlösung kommt man natürlich um eine sinngemäße Zerlegung Preußens, um eine Verbindung seiner Teile mit den benachbarten nord- und mitteldeutschen Ländern nicht herum. Diesem Endziel kann sich aber Preußen vorderhand nur durch möglichst weitgehende Dezentralisierung seiner Verwaltung, das heißt den Ausbau seiner Provinzen zu möglichst leistungsfähigen Selbstverwaltungskörpern, nähern. Die preußische Verwaltungsreform muß jedenfalls immer auch unter dem Gesichtspunkt des Weges zum Einheitsstaat betrachtet werden. Wie weit es angebracht ist die preußischen Provinzen im Reichsrat selbständig stimmen zu lassen, ist eine Frage für sich. Jedenfalls hat dieser Punkt bei der Beratung des Reichsschulgesetzes zu großen Unzuträglichkeiten geführt.

Ohne weiteres könnte mancherlei zur Vereinheitlichung des Reichs durch vernünftige Neuregulierung der Gebietsgrenzen und durch Verschwinden der 197 Enklaven geschehen. Hier haben sich derart groteske Zustände entwickelt, daß man einfach nicht mehr begreift, wie eine solche Vergeudung in unserer ökonomisch rationalisierenden Zeit überhaupt noch möglich ist. Eine besonders lehrreiche Darstellung solcher Gebietssplitter findet sich in der von dem Landeshauptmann der Provinz Sachsen herausgegebenen Denkschrift Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit. Man braucht nur an größere Enklaven, wie Hohenzollern, Suhl, Wimpfen, Schmalkalden, Eutin oder Birkenfeld, zu denken, um zu begreifen, welche Unsumme von Mühe durch die weite Entfernung von den zuständigen Behörden den Einwohnern gemacht wird. Hohenzollern ist in behördlicher Beziehung allein in Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, Köln, Karlsruhe und Konstanz zuständig. Das ist jedenfalls das Gegenteil einer vernünftigen Verwaltungseinteilung.

Über die Beseitigung der Enklaven hinaus muß aber an ein Eingehen der Kleinstaaten mit einer Einwohnerzahl unter 1 Million gedacht werden. Das sind Anhalt, Braunschweig, Bremen, Lippe, Lüneburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Waldeck. Mit Waldeck ist ja nun glücklich ein Staatsvertrag zustande gekommen, wonach dieses Ländchen der preußischen Provinz Hessen-Nassau angeschlossen werden soll. Notwendig ist eine solche Verschmelzung vor allem aus finanziellen Gründen, da, je kleiner das Land ist, desto teurer seine Verwaltung, die meistens nur durch Zuschüsse des Reichs, das heißt der größeren Länder, erhalten werden kann. So hat die Hauptstadt Neustrelitz mit ihren 12 000 Einwohnern zwar jetzt wieder ihr abgebranntes Landestheater aufgebaut, aber natürlich wesentlich auf Kosten leistungstärkerer Länder wie Preußen. Daß ein solches Ländchen die für seine Eigenstaatlichkeit notwendigen finanziellen Opfer aus Eigenem bringt, ist eben heute einfach unmöglich.

12) Siehe Koch-Weser Einheitsstaat und Selbstverwaltung /Berlin 1928/ Seite 53.

Auch die mittleren Staaten müßten sich ja noch zusammenschließen, wenn wirklich leistungsfähige Körperschaften zustande kommen sollen. So schweben schon lange, bisher leider noch ergebnislos, Verhandlungen zwischen Baden und Württemberg. Vor kurzem wurde auch im Sächsischen Landtag von einer sich anbahnenden Verwaltungsgemeinschaft zwischen Sachsen und Thüringen Mitteilung gemacht, die freilich dann gleich den Widerspruch thüringischer Interessenten wachrief. So sehr freie Vereinbarungen zwischen einzelnen Ländern zu begrüßen sind, wird man doch nicht um eine Gesamtreglung vom Reich aus herumkommen. Die Frage Mitteldeutschland zum Beispiel kann weder einseitig von Thüringen-Sachsen noch von der preußischen Provinz Sachsen aus gelöst werden sondern erfordert eine Neugliederung des Reichs unter dem Gesichtswinkel einer Homogenität der Glieder.

Bis aber eine solche Gesamtlösung einmal möglich ist, muß ein Abbau der Eigenstaatlichkeit der Länder angestrebt werden. Die Länder müssen das auch äußerlich werden, was sie im Grund schon sind und allein sein können: möglichst leistungsfähige Selbstverwaltungskörper. Dazu wird es notwendig sein ihre kostspieligen Ministerien und Landtage in ihrer Selbstverwaltungsaufgabe entsprechende Selbstverwaltungsorgane umzuwandeln, also die unfruchtbare Parlamentsspielerei aufzuheben und die parlamentarischen Minister in auf Zeit zu wählende Beamte umzuwandeln. Die Tätigkeit dieser Länder hätte sich dann natürlich auf reine Selbstverwaltungsaufgaben zu beschränken, alle gemeinsamen Aufgaben des Reichs fielen dem Reich zu; besonders wäre zum Beispiel die Justizverwaltung zur Reichssache umzuwandeln. Die Ausführung der Reichsgesetze könnte dann unter Aufsicht des Reichs weitgehend auch von Landesbehörden erfolgen, um ein Überwuchern der Reichsverwaltung zu verhindern und eine kräftige regionale Selbstverwaltung auszubauen. Die genaue Kompetenzregulierung wäre eine besondere Frage der Verwaltungsreform. Hier handelt es sich zunächst darum, daß die Länder entsprechend das an Eigenstaatlichkeit verlieren müssen, was die preußischen Provinzen langsam an Selbstverwaltung gewinnen, daß so beide von entgegengesetzter Seite sich dem selben Endstadium nähern: gleiche Glieder eines künftigen regionalisierten Einheitsstaats zu sein. Es werden dann später noch Gebietsregulierungen notwendig sein, um wirklich leistungsfähige Selbstverwaltungsbezirke herzustellen. Nicht veraltete dynastische Überlieferungen, sondern moderne Wirtschafts- und Kulturgesichtspunkte müssen für den künftigen Aufbau des Deutschen Reichs maßgebend sein. Seine Neugliederung muß die größtmögliche Produktivität ermöglichen.

Dieser künftige Einheitsstaat darf und kann nicht zentralistisch sein, muß vielmehr weitgehend in Regionen dezentralisiert werden. Das Prinzip des Staatsaufbaus muß sein: Einheit in der Mannigfaltigkeit. Ein solcher Regionalismus wird sich auch mit den regionalistischen Tendenzen in unserm Nachbarland Frankreich¹³ zu einem regionalistischen Neuaufbau Europas am besten verbinden lassen. Hier kam es mir zunächst aber darauf an die Vorbedingung eines solchen Regionalismus klarzustellen: die Herstellung des deutschen Einheitsstaats. Diese Verfassungsfrage hängt freilich aufs engste mit der Verwaltungs- und der Wirtschaftsfrage zusammen, die in weiteren Aufsätzen hier noch behandelt werden sollen.

13) Siehe darüber *Hintze Staatseinheit und Regionalismus in Frankreich*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1927 I Seite 364 und folgende.

HERMANN THUROW · DER MENSCH IM AUFBAU DER GENOSSENSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFT



VON den einst führenden Wirtschaftstheoretikern und -reformern ist eine Reihe von Hypothesen auf uns gekommen, die uns den Zukunftsmenschen in ideologisch verklärtem Bild zeigen. Er wird in der geforderten neuen Gesellschaftsordnung diese oder jene materiellen Vorteile finden, dieser oder jener geistigen Güter teilhaftig werden. Immer wird er ein Äußeres und Inneres gewinnen. Sein kulturelles Erbe wird um so größer sein, je radikaler sich die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet. Die genossenschaftliche Propaganda hat auf Prognosen dieser Art, auf eine perspektivische Darstellung des Menschen und seiner Entwicklung nicht verzichtet. Was sie von den maßgebenden Wirtschafts- und Staatstheorien der Vergangenheit unterscheidet, ist der Umstand, daß sie das Individuum unmittelbarer zur Mitarbeit an der Aufrichtung der neuen ökonomischen Ordnung heranzieht, daß sie den Menschen die Kräfte üben läßt, mit denen er sich in die höhere Organisation hinaufheben soll, daß sie ihn durch das Mittel organisierter Selbsthilfe mitten in die große Umwandlung der Gesellschaft hineinstellt.

Die Wirtschaftssysteme früherer Zeiten, das Merkantilsystem, der Physiokratismus und der Liberalismus, hatten in dieser Beziehung an den einzelnen geringere Anforderungen gestellt. Es genügte, wenn er gewisse *mots d'ordre* übernahm, einem staatlichen Beglückungsplan oder einer deutlich markierten wirtschaftlichen Tendenz nicht widerstrebte. Man brauchte ihn für die Begründung eines neuen Regimes nur als Material, nicht als schöpferisch mitwirkende Kraft. Denn im wirtschaftswissenschaftlichen Denken des 17. und 18. Jahrhunderts, um vom 19., dem Jahrhundert des Manchestertums, nicht zu reden, überwog die Vorstellung vom selbsttätigen Aufbau der ökonomischen Welt. Das Gesetz des natürlichen Werdens beherrscht ebensowohl das soziale wie das kosmische Geschehen. So kommt es, daß die Physiokraten François Quesnay und Mercier de la Rivière für das Individuum keine andere Richtschnur des Handelns bereit halten als die: sich dem sichern Instinkt der eigenen Wünsche und Neigungen zu überlassen. Als einer der ersten Verkünder des hedonistischen Prinzips spricht Quesnay von der psychologischen Wage, die jeder Mensch in sich trage. Den größtmöglichen Genußzuwachs bei größtmöglicher Ausgabeverminderung erreichen stellt nach ihm Vollkommenheit des Wirtschaftslebens dar. Und de la Rivière betont schon im Sinn des im Physiokratismus keimenden liberalen Systems, daß unter der Herrschaft der Freiheit die Welt »von selbst laufe«, und daß es in summa nur gelte die Dinge in ihrem Lauf nicht aufzuhalten¹.

Der Glaube an eine natürliche Ordnung der Dinge brachte es mit sich, daß man für soziale und berufliche Bindungen der Menschen keinen Sinn hatte. Im Gegenteil, soweit gemeinsame Schutz- und Hilfsinstitutionen bestehen, werden sie beseitigt. In England fallen zwischen 1800 und 1814 alle der Unternehmerwillkür Schranken setzenden parlamentarischen Schutzbestimmungen. In Frankreich hatte die Revolution mit einer kühnen Geste das Zunftwesen schon früher abgetan. Was bedurfte es noch der Fürsorge des Gesetzgebers für die wirtschaftlich Schwachen, wenn doch nach einem um-

¹) Siehe *de la Rivière Oeuvres II* /Paris 1767/ Seite 617.

fassendern natürlichen Gesetz die Befriedigung des persönlichen Interesses zugleich die Wahrung des Allgemeininteresses bedeutete? Die Konjunkturperiode des Manchestertums war angebrochen. »Enrichissez-vous!« ruft François Pierre Guizot seinen Zeitgenossen zu. Eine Parole, die mit Beifall aufgenommen und der mit ungewöhnlichem Eifer nachgelebt wird.

Erst der Sozialismus begreift und wertet das Individuum als wirtschaftsbildenden Faktor. Im frühsozialistischen Reformplan erhält der Mensch eine Mission. Er wird in eine Assoziation, in ein System von Assoziationen eingeführt, deren sinnreicher Mechanismus die Aufrichtung einer neuen Gesellschaft ermöglicht. Der Glaube an ein Walten natürlicher Kräfte im sozialen Geschehen ist geschwunden. Der Glaube an die Kraft der Gemeinschaft erobert die Geister. An Stelle des isoliert handelnden Erwerbsmenschen tritt die kleine Horde, die industrielle Arbeitsarmee, das alle wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeit zusammenfassende Phalansterium. Wie unmittelbar wird in der sozietären Ordnung der Mensch in seinen sozialen Beziehungen, als Gruppenmensch, zum Schöpfer und Träger des wirtschaftlichen Lebens. Mit seinen Kenntnissen, Trieben und Leidenschaften, den guten wie den bösen, wird er in den Dienst der universellen Entwicklung gestellt. Es ist, als würden alle Saiten eines Instruments auf einmal angeschlagen. Kein Zweig der agricol-gewerblichen Güterproduktion und -verteilung, in dem er nicht eine Funktion auszuüben hätte; kein Aeropag, in dem er nicht, wenn auch nach einer gewissen abstufenden Methode, Sitz und Stimme besäße. Und wie im Fourierismus, so wird auch bei Robert Owen die nach einem bestimmten Muster zugeschnittene Wirtschaftsgemeinde zum Mittelpunkt einer immer weitere Kreise ziehenden kollektiven Tätigkeit. In den abstrakteren Theorien des libertären Sozialismus, der wesentlich von der Übersteigerung, der surenchère, des liberalen Freiheitskultus lebt, sieht sich das Individuum weniger unmittelbar mit dem Wirtschaftsleben verflochten. Es bleibt auch im Marxismus des Kommunistischen Manifests sozusagen in der Schwebe: Losgelöst von der wirtschaftlichen Scholle, die es im "utopischen" Sozialismus zu beackern begonnen hatte, wird es einem Ziel entgegengeführt, das jenseits der Zone direkter assoziativer Tätigkeit liegt. Die Akkumulation proletarischer Energieen zwecks gewaltsamer Expropriation der Expropriateure wird zum Kredo der neuen Propheten, wenn auch im Nachwort zum Manifest, durch die Aufforderung zur Bildung industrieller Armeen, dem in letzter Glorie strahlenden Sozialismus der Pioniere noch eine Verbeugung gemacht wird.

Der genossenschaftliche Reformgedanke, der sich geschichtlich in vielen Formen und Schattierungen offenbart, ist daher mit den Bestrebungen der ersten sozialistischen Schulen besonders eng verknüpft. Er verdankt ihnen, wie Charles Gide in einer seiner Vorlesungen an der Sorbonne des nähern ausführte, einen starken Impuls und gewisse glückliche Formulierungen, die bis heute nicht ihre Geltung verloren². Eine der ersten Forderungen jenes Pioniersozialismus war Spielraum für freie, von keiner Staatsgewalt gehinderte soziale Experimente. Von der gleichen Überzeugung inspiriert ist die kooperative Bewegung mächtig geworden. Zwang und bürokratische Reglementation haben sie niemals gefördert. Das bolschewistische Regime Rußlands, um nur an ein frappantes Beispiel aus der jüngsten Zeit zu erinnern, hat das zu seinem Schaden erfahren müssen. Die 1921 vollzogene

2) Siehe Gide *La coopération et les écoles socialistes* /Paris 1924/ Seite 10 und folgende.

Wiederrufung des 1917 erlassenen Dekrets, das die Genossenschaften des Landes verstaatlichte, war das Eingeständnis eines psychologischen Irrtums. Daß der Staat in Hinsicht auf rationelle Wirtschaftsführung seinen Bürgern kein Muster sein kann, hat schon Adam Smith bemerkt, als er sagte, daß jede Regierung selbst die größte Verschwendung treibe, und zwar aus dem sehr erklärlichen Grund, daß sie das Geld der anderen verbrauche, mit dem erfahrungsgemäß niemand so sparsam umgehe wie mit dem eigenen. Staatliche Bevormundung, Zwang, Willkür, aber auch Orthodoxie und Fanatismus im eigenen Lager sind Hemmnisse des genossenschaftlichen Fortschritts. Daß der Staat, wie es die deutschen Kathedersozialisten 1872 auf ihrem Eisenacher Kongreß verkündeten, ein »großes Moralinstitut zur Erziehung der Menschheit« werden wird, findet wohl heute immer weniger Glauben. Größere Schwierigkeiten als sie ihr durch die staatliche Gewalt bereitet werden erwachsen der kooperativen Bewegung jedoch in den meisten Ländern aus dem noch geringen Verständnis, das ihr auch aus den Arbeiterschichten selber entgegengebracht wird. Gewisse linksradikale Kreise wollen die Konsumvereine (die ländlichen und andere Genossenschaftsorganisationen liegen nicht in Reichweite ihrer Forderungen) nur zu Instrumenten des Klassenkampfes machen. Nun sind die Zerklüftungen in der Gesellschaft, ist der Antagonismus zwischen Unternehmer- und Proletarierklasse in der kooperativen Literatur zwar nie geleugnet worden. Doch die Genossenschaft, soll sich ihre Tätigkeit fruchtbar auswirken, muß die einander widerstrebenden Elemente auf einer gleichen Linie verbinden, muß auf einen Ausgleich der Lebensbedingungen hinwirken, der den Kapitalismus nicht beseitigt, wohl aber sein Aktionsfeld einengt. Ohne diese vermittelnde, politisch und religiös neutrale Aktion ist kein genossenschaftlicher Aufstieg möglich. Das beweist die Geschichte der letzten Jahrzehnte zur Genüge. Fortlaufend geht ein bedeutender Prozentsatz aller mit fröhlichen Hoffnungen gegründeten Genossenschaften durch politische Friktionen, aus Mangel an Toleranz und persönlicher Eignung der leitenden Personen frühzeitig zugrunde. Nach Beatrice Potter verschwanden in England von 1890 bis 1899 nicht weniger als 844 Konsumentenorganisationen von der Bildfläche³.

Unabhängigkeit und Selbständigkeit der genossenschaftlichen Bewegung bedeuten nicht Isolierung, Absonderung von anderen wirtschaftlichen oder beruflichen Organisationen. Die genossenschaftliche Produktion auf großer Stufenleiter setzt ein weitgehendes Einverständnis mit der organisierten Industriearbeiterschaft voraus. Diese hat es in der Hand die Umbildung der kapitalistischen in die kooperative Gütererzeugung zu beschleunigen oder zu hemmen. Was sie an Einsicht, Arbeitsintensität und gutem Willen für die genossenschaftliche Produktion aufzubringen vermag, das sichert dieser den entscheidenden Vorsprung vor der kapitalistischen Konkurrenz. Es bedarf in diesem Punkt einer Annäherung, die über das bloße Tarifvertragsverhältnis hinausgeht. Nicht eine Fusion der Organisationen, wie gesagt worden ist, sondern eine solche der Geister.

Ein altes sozialistisches Postulat ist die Abschaffung des Lohnsystems. Wird es im genossenschaftlichen Arbeitsprozeß beseitigt? Nicht im gebräuchlichen Sinn des Worts. Denn in der kooperativen Wirtschaft sind vom Lastträger bis zum Betriebsleiter hinauf alle arbeitsfähigen Glieder der Gesellschaft Lohnempfänger. Doch verliert das System in einer Ordnung, in der jeder

3) Siehe Potter *The Co-operative Movement in Great Britain* /London 1904/ Seite 250.

für jeden arbeitet, und keine parasitäre Menschenschicht mehr auf Kosten der andern dem Müßiggang frönt, durchaus seine ehemalige Bedeutung. Woran der Arbeiter als Produzent indessen ein wesentliches Interesse hat, das ist eine genossenschaftliche Entlohnungspraxis, die dem wirklichen Verdienst gerecht wird und die in der Privatindustrie bestehenden Extreme auf das geringste Maß zurückführt.

Da die kooperative Neubildung der Gesellschaft sich nicht von selbst vollzieht, muß der Sinn für sie geweckt und entwickelt werden. Aus dieser Notwendigkeit erklärt sich das in der Genossenschaftsbewegung stets wachsende Verständnis für erzieherische Einwirkung auf die Anhängerschaft. In eine einfache Formel gebracht, läßt sich die zu lösende Erziehungsaufgabe dahin definieren, daß es gilt die zur wirtschaftlichen und kulturellen Höherbildung führenden Kräfte im Menschen selber zu mobilisieren. Seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hat die genossenschaftliche Propaganda sich in dieser Richtung entfaltet. Namentlich die englische Konsumvereinsbewegung wird schon frühzeitig von einer kräftigen Strömung erzieherischer Agitation getragen, in der neben dem mehr freidenkerischen Owenismus ausgeprägt religiöse, bis auf das Quäkertum zurückreichende Einflüsse nachwirken. In den mitteleuropäischen Ländern erhält die genossenschaftliche Bewegung, namentlich in ihren Anfängen, einen starken Impuls von den schweizerischen Pädagogen und Wirtschaftspraktikern Johann Heinrich Pestalozzi und Philipp Emanuel von Fellenberg, deren Erziehungsmethoden in Heinrich Zschokkes Goldnacherdorf ihre dichterische Ausdeutung finden. Wenn die Weberpioniere von Rochdale, die als erste einen Bildungs- und Erziehungsfonds anlegen, sich die Redlichen nennen, so sollte damit der einfachen, aber im individualistischen Wirtschaftsregime verlorenen Wahrheit Ausdruck gegeben werden, daß persönliche Integrität die Voraussetzung jeder sozialen Fürsorgetätigkeit sein müsse. Diesen Gedanken entwickelnd bemerkt Karl Munding, der als Historiker den genossenschaftlichen Erziehungsbestrebungen mit besonderer Pietät nachgegangen ist, daß die höchste Kraft und die schöpferische Potenz der Genossenschaftsbewegung in der Persönlichkeit ihrer Träger liege. Munding verlangt eine Erziehung, weil die kooperative Arbeit »ohne gewisse Tugenden, als da sind Geduld, Verträglichkeit, gegenseitige Rücksichtnahme, Verzicht auf augenblickliche Vorteile zugunsten der Erringung größerer Zukunftsgüter, Glauben an Dinge, welche über dieses Leben hinausreichen . . ., niemals zum Ziele gelangt«⁴.

Die besten Erzieher haben die Erfahrung machen müssen, und die Genossenschafter bilden in dieser Beziehung keine Ausnahme, daß sich nicht alle Menschen in gleichem Grad veredelnden Einflüssen zugänglich zeigen, ja, daß in manchen Fällen der erzieherische Ertrag der auf sie verwendeten Mühen ein sehr minimaler ist. Henri Bergson unterscheidet 2 Menschentypen: den offenen und den verschlossenen, *l'homme ouvert et l'homme clos*. Werner Sombart spricht vom geborenen Genußmenschen und vom geborenen Pflichtmenschen, die er auch als *hinausgebende* und *hereinnehmende* Individuen bezeichnet. Diese Gegenüberstellung soll den Gegensatz zwischen den der Gemeinschaftsidee zugänglichen, für soziale Bindung geeigneten und den andersgearteten, unsozial und egozentrisch veranlagten Menschen betonen. Nehmen wir an, daß nur der offene oder beweglichere Mensch für die genossenschaftliche Erziehung in Frage komme, so bleibt die erzieherische Auf-

4) Siehe Munding *Pflichten und Rechte der Genossenschaftsangestellten* /Basel 1909/ Seite 51.

gabe der Bewegung noch ungeheuer. Denn auch in dieser, sagen wir: sozial bildungs- und opferfähigen, menschlichen Natur liegen Schätze der Energie und des guten Willens, der Sympathie und des solidarischen Empfindens, die in der bisherigen Kulturentwicklung nicht genügend verwertet wurden. »Nur in allmählicher, organisatorischer Umbildung«, sagt Robert Wilbrandt, »wird frei aufbauende Gemeinwirtschaft die ihr fehlenden Motive schöpfen können aus ungenutzten, vernachlässigten Tiefen der menschlichen Natur, aus Fähigkeiten des Intellekts, des Gemüts und des Charakters, die noch nicht ausgebildet worden sind.«⁵

Die genossenschaftliche Wirtschaftsreform bedeutet somit zugleich eine Menschenreform. Der Mensch aber wirkt mit seinen individuellen Eigenschaften auf die Gesellschaft zurück, der er seine eigenen Vorzüge aufprägt. »Ein vollkommener Mensch«, heißt es bei Novalis, »ist ein kleines Volk.« Die Ausstrahlung persönlicher Tugenden durchdringt den Gesamtorganismus, durchleuchtet und verjüngt ihn mit stiller, doch nachhaltig wirkender Kraft. Wenn darum auch in der künftigen Wirtschaftsordnung die Gemeinschaft mehr als das Individuum zur Geltung kommen, das Ganze stärker als der einzelne hervortreten wird, so bleibt dieser doch nach wie vor der eigentliche Initiant des Neuen. In Anwendung auf unsern Gegenstand heißt dies, daß die fernere Entwicklung und der Bestand der im Genossenschaftswesen sich anbahnenden Gemeinwirtschaft gerade auch von der Qualität ihrer Träger, das heißt von Menschen abhängt, deren geistiges Wesen schon ein Stück jener neuen Welt widerspiegelt, die an die Stelle der alten treten soll.

MAX SCHIPPEL · DAS WESEN DER KOLONIE UND DER KOLONIALEN WIRTSCHAFT

III

GERADEZU das vollendete Gegenstück zu der mehr formalpolitischen und formalrechtlichen Auffassung des Kolonialproblems, wie sie unseren Staatswissenschaften gegenwärtig noch eigen ist, bietet sich auf einer ganz andern Seite der Forschung dar. Und zwar bei unseren Kultur- und Wirtschaftsgeographen: in Deutschland etwa mit Alexander Supan und Alfred Hettner an der Spitze. Anstoßgebend wirkte dabei in erster Linie die schöpferische Kraft Friedrich Ratzels oder, wenn man die hier allmählich zur Entfaltung kommenden Gedankenkeime noch weiter rückwärts verfolgt, die universelle Meisterschaft Alexander von Humboldts, dem das sich auflösende spanische Kolonialreich den Stoff zu manchen seiner tiefsten Darlegungen bot.

Supan schenkte uns in seiner Territorialen Entwicklung der europäischen Kolonien, die 1906 erschien, ein Monumentalwerk deutschen Gelehrtenfleißes. Manch einer wird als Leser zunächst überrascht gewesen sein hier der Geschichte Nordamerikas, Argentinien, Brasiliens, Mexicos, lange nach der Erreichung ihrer Unabhängigkeit von England, Spanien oder Portugal, eine so breite Darstellung gewidmet zu sehen. Das letzte könnte daran liegen, daß der Verfasser mit der im engern Sinn kolonialen Periode die Darstellung nicht abbrechen wollte, daß auch nach der Abschüttlung der kolonialpolitischen Bevormundung seitens Europas die weiteren, vor allem die territori-

⁵) Siehe Wilbrandt Konsumgenossenschaften /Stuttgart 1922/ Seite 58.

alen Schicksale der einzelnen, zur Selbständigkeit herangereiften überseeischen Gemeinwesen gewissermaßen in einem Nachtrag und Anhang zu klarer Vorstellung gebracht werden sollten. Die Wiedergabe einiger der schlagendsten Stellen möge beweisen, daß der Supanschen Art der kulturgeographischen Wertung der beiden Amerika des 19. Jahrhunderts ein viel tieferer Zweck und Sinn zugrunde liegt. Bei Supan heißt es:

»Die Umwandlung Südbrasilens, Uruguays und Argentinens in Einwandererkolonien ist erst ein Ergebnis der Bewegung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ... Südamerika südlich vom Wendekreis kann heute schon als Einwandererkolonie betrachtet werden, wenn auch die Zahl der Weißen im Durchschnitt 60 % der Bevölkerung nicht übersteigen dürfte.«

Wenn diese Sätze in ihrer Isolierung noch Unsicherheit über ihre Reichweite bestehen lassen könnten (im Zusammenhang mit der ganzen Supanschen Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung tun sie es kaum), so lassen die Äußerungen über die Rolle der Vereinigten Staaten jeden Zweifel schwinden:

»Der erstaunliche Aufschwung der Union kommt vor allem in ihrer Bevölkerungsziffer zum Ausdruck. Sie ist eben wegen ihrer leichten Erreichbarkeit, wegen ihres gemäßigten Klimas und ihrer reichen natürlichen Hilfsquellen, auch nachdem sie politisch selbständig geworden war, für Europa das Kolonialland *κατ' ἐξοχήν* geblieben, das mehr Europäer aufgenommen hat als alle übrigen Kolonien zusammen.«

Die Stellung Alfred Hettners ist deshalb besonders lehrreich, weil sie den gleichen allgemeinen Standpunkt besonders gegenüber Rußland und seinem asiatischen Reich zur Anwendung bringt (übrigens selbst in dieser Einzelheit durchaus im Einklang mit Supan). Das Russische Reich bestehe zu einem guten Teil aus »Kolonien, in denen sich russische Siedlung, Wirtschaft oder wenigstens Herrschaft über niedriger stehende Völker ausgebreitet haben«:

»Allerdings rechnet man häufig das Russische Reich nicht zu den Kolonialreichen, weil seine Ausbreitung kontinental ist. Aber dieser Unterschied ist irrtümlich und führt vom richtigen Verständnis ab. Ob die Ausbreitung über See oder über Land erfolgt, hat mit dem Wesen der Kolonie nichts oder doch nur insofern etwas zu tun, als man bei einer Ausbreitung über Land keine scharfe Grenze ziehen kann, sondern Mutterland und Kolonie in einander verfließen ... Ostrußland mit seinen finnischen und tatarischen Völkerschaften ist auch heute noch ausgesprochenes Kolonialland. Sibirien kann nur als eine Siedlungskolonie verstanden werden, die etwa mit Canada zu vergleichen ist. Transkaukasien und Turkestan sind Herrschaftskolonien, wie etwa Indien oder Tunesien.«

»Sibirien«, drückt sich vielleicht noch drastischer Danckwortt, der Greifswalder Professor, in seinem für das Osteuropainstitut in Breslau geschriebenen Werk über Sibirien aus, »stellt das größte Kolonialland, im größten Erdteil gelegen, dar«. Und solche Stimmen ließen sich vielleicht vermehren, weit über den Kreis der Geographen hinaus.

Halten wir uns, um diese grundlegende, von den gewohnten Bahnen der Staatswissenschaften weit hinweg führende Auffassung der Geographen schärfer herauszuarbeiten und zugleich nationalökonomisch bewußt einheitlicher fortzubilden, heute an Amerika: das unabhängig-freistaatliche, nicht das alte britisch-koloniale Nordamerika. Der Parallelismus dieser nordamerikanischen Gebiets- und Wirtschaftsausweitung mit dem großen Entwicklungsverlauf in Canada, in Australien, in Neuseeland, selbst in Südafrika, also mit der allgemein als typisch anerkannten stufenweisen Höherentfaltung der Siedlungskolonisation, bricht für jeden ernsten, gleichviel ob geographischen oder nationalökonomischen, Beobachter vom ersten Augenblick an sinnfällig und schlagend hervor. Aber man vergißt dabei heute bereits zu leicht, daß diese nicht bloß typischen sondern für alle weitere europäisch-überseeische Sied-

lungskolonisation geradezu vorbildlich anstoßgebenden vereinsstaatlichen Wirtschaftsvorgänge samt und sonders erst in die nachbritische Zeit, überwiegend sogar erst in die Nachbürgerkriegszeit der Vereinigten Staaten fallen. Es sei nur kurz auf das folgende hingewiesen.

Kolonialpolitik beginnt fast regelmäßig als Auseinandersetzung mit den Erdteils- und Erdstrichsvorbesitzern, den Eingeborenen. War es in den Vereinigten Staaten anders? Während der amerikanischen Unabhängigkeitskämpfe gegen das britische Mutterland konnten die Irokesen, deren Sitze damals noch von New York bis weit hinein nach Pennsylvanien reichten, eine blutgeschriebene Rolle als Verbündete der Sache der englischen Könige spielen. Über das Schicksal der tiefer nach dem Innern westwärts vorgelagerten Indianerstämme waren durch den Ausgang des Revolutionskriegs die Würfel noch lange nicht gefallen; noch 12 Jahre nach dem Friedensschluß zwischen Amerika und Großbritannien führten sie auf eigene Faust einen aktiven Krieg fort: im Nordwesten zwischen Ohio und den Großen Seen, im Südwesten vom Tennessee ab, der nach dem maßgebenden Indianerstamm damals noch der Cherokee hieß. Diese, in verhältnismäßig kurzem Abstand von der Ostküste vorgelagerten Eingeborenentämme wurden während der Vorbereitung und der Zeit des Britisch-Amerikanischen Krieges von 1812 von England nochmals als Bundesgenossen benutzt; das weit in die Wildnis vorgeschobene Fort Dearborn, an der Stelle des heutigen Chicago, erlag bekanntlich in jenen Tagen einem indianischen Überfall und Gemetzel. Erst nach dem Ende der Napoléonischen Kriege und ihrer Auswirkung auf Amerika schob sich die Kette von strategischen Posten, die dem weiter rückwärts folgenden Pionierfarmertum den notdürftigsten Schutz gewähren sollte, vom Wabash nach dem Illinoisfluß und damit nach dem Gebiet des spätern Chicago vor. Erst 1825 wurden, wegen der etwa in der Richtung auf das heutige Chicago und auf Saint-Louis fortschreitenden Siedlungs- und Staatsbildung, die östlich des Mississippi befindlichen Indianer auf die westliche Seite in die Prärien verpflanzt, in denen, wie man damals noch von angesehener Seite hören konnte, Weißniederlassungen doch nie Erfolg haben könnten. Nur die wenigen militärischen Forts hoben sich aus diesem unheimlichen Westmeer von Jagdgründen und Einöden empor. Die erste große Überlandbahn, erst nach dem Bürgerkrieg, 1869, vollendet, rollte sofort wieder in größtem Maßstab die Indianerfrage auf. Mit der Geschichte des Baus der spätern Nördlichen Überlandbahn hängt das große Weißenmassaker im Jahr 1876 bei Fort Custer, also an den Ostausläufern des Felsengebirges in Montana, zusammen. Von Anbeginn an hockte somit die dunkle Sorge jeder Kolonialpolitik, die Eingeborenfrage, an den Zukunftspforten des unabhängigen Freistaats.

Die sich folgenden, immer tiefer nach dem Innern ausgreifenden international-politischen Grenzabsteckungen wiederholen in Amerika gleichfalls einen typischen Erweiterungsprozeß, wie er uns aus der Kolonialgeschichte fast aller Völker vertraut ist, nicht zum wenigsten aus der Verteilung Afrikas seit den achtziger Jahren. Der Friedensschluß von 1783 sah als westliche Binnengrenze den Mississippi vor. Was jenseits lag, die große Louisiana, blieb, bis zum Felsengebirge, wechselnd spanisch-französischer Besitz: fremder Kolonialbesitz. Jenseits des Felsengebirges machten nordwärts des spanischen, später mexicanischen Californiens England und, von Alaska, der Verlängerung der sibirischen Pelzjägerposten, aus, selbst Rußland Gebietsansprüche: koloniale Gebietsansprüche, geltend. Die Louisiana, fast gleich

groß wie das ganze Bundesgebiet nach der Unabhängigkeitserringung, erhielt man um ein Spottgeld in der Napoléonischen Zeit. Noch später, 1845, gewann man im Kampf mit dem von Spanien unabhängig gewordenen Mexico, Texas, größer als England, Frankreich und Belgien zusammen. Zuletzt Californien und das daran gen Norden sich anschließende, zunächst gegen England-Canada strittige heutige Staatsgebiet von Oregon und Washington: damit wiederum ein Gebiet von fast der gleichen Flächenausdehnung wie das ganze ursprüngliche amerikanische Bundesgebiet, das am Mississippi endete. Dies alles ist typisch kolonial, ist Heimfall unerschlossener oder wenig erschlossener, vorwiegend sogar noch ganz unbekannter Hinterländer an die lebensvollste der konkurrierenden Mächte des europäischen Zivilisationskreises. Oregon und Washington hätten sich, wie das benachbarte Britisch Columbien lehrt, von England-Canada aus in genau der wesensgleichen Weise bevölkert, besiedelt und wirtschaftlich-produktionell erschlossen wie unter amerikanischer Leitung. Nach den Begriffsbestimmungen unserer Staatswissenschaften hätten wir im ersten Fall von kolonialer Eingeborenen-, kolonialer Einwanderungs-, kolonialer Landvergebungs-, kolonialer Transportentwicklungspolitik sprechen müssen. Warum glaubt man einer einerseits wesensgleichen, andererseits von europäisch-autochthoner Wirtschafts- und Sozialentwicklung in gleicher Weise grund- und wesensverschiedenen amerikanischen Bevölkerungs- und Einwanderungs-, Landvergebungs- und Transportentwicklungspolitik die Kennzeichnung kolonial verweigern zu müssen, nein, überhaupt verweigern zu können? Bloß, weil die Beschlüsse und Anweisungen seit dem Revolutionskrieg in Washington und nicht mehr in London gefaßt wurden? Weil das an die neuweltliche atlantische Küste überpflanzte Stück Europa seit 1783 politisch selbständig geworden war?

Völkerrechtlich-politische Grenzabsteckung und Auseinandersetzung mit den Eingeborenen ist in allen kolonialen Erdstrichen jedoch nur die erste roh-umrissene Einleitung zur wirklichen Kolonisation, zur wirtschaftlichen Erschließung. Nicht anders im Fall Amerikas. Farmersiedlungen und Farmbetriebe reichten an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, während die politische Westgrenze bereits längs des Mississippi lief, kaum über den die Ostküste begleitenden Gebirgsstock der Alleghanies hinaus. Bis etwa 1820 ergoß sich die weitere Siedlung noch so gut wie ausschließlich nach dem mittlern und westlichen New York und nach dem heutigen Ohio, das zum anerkannten Staat erst 1802 aufrückte. Beim Zensus von 1820 finden wir die ersten spärlichen Siedlungen im südlichen Indiana und Illinois, im südöstlichen Missouri: in ganz Missouri kaum 67 000 Einwohner, in ganz Illinois 55 000, in ganz Michigan noch nicht 9000 Einwohner, in ganz Wisconsin erst 1848 knapp 31 000, so daß selbst nach den Großen Seen hinüber noch fast alles einer zukünftigen "Kolonisation" vorbehalten blieb. Im Zensus von 1860, als die völkerrechtlich-politische Westgrenze seit Jahren den Stillen Ozean erreicht hatte, tauchen die heute großen Präriestaaten erstmals auf: Nebraska mit noch nicht 29 000 und Kansas mit kaum über 107 000 Einwohnern. Weiter westwärts im Felsengebirgsgebiet stoßen wir auf die heutigen Staaten Wyoming, Idaho und Montana erstmals 1870 mit 9000, 15 000 und etwas über 20 000 Einwohnern, während nach dem Stillen Ozean zu Californien und Oregon immerhin, schon seit 1850, mit allerdings nur etwas über 92 000 und 13 000 Einwohnern, Washington seit 1860 mit etwas über 11 000 Einwohnern, bei der Volkszählung vertreten sind.

Dieses unaufhaltsame Vorschieben einer unmittelbar oder mittelbar altweltlich-europäischen Bevölkerung in neuweltliche Riesengebiete verkörpert sich jedoch, wiederum kennzeichnend für alle Siedlungskolonisation, nur anderwärts niemals auch nur entfernt eine solche Wucht und Ausdehnung entfaltend, in einer Bodenbesitzumwälzung von beispielloser Ausmaßen: in der Auflösung und Vernichtung des Landbesitzes der vom Atlantischen bis zum Stillen Meer vorgefundenen autochthonen Bevölkerung und in der fortschreitenden Landwiederübertragung auf eine allochthone Neubevölkerung europäischen Ursprungs. Aus der öffentlichen Domäne des Bundes, dem alten erdteilsweiten Indianerland, waren bis 1860, bis zum Anfang des Bürgerkrieges, 394 Millionen (englische) Acker in Neubesitz übergegangen, von 1860 bis 1914 sogar rund das Doppelte: über 757 Millionen Acker. Was dies heißen will, vor welchem einem umwälzendsten Ereignis der ganzen neuern Wirtschaftsgeschichte wir hiermit stehen, ergibt am besten der eine Vergleich: daß nach der deutschen Betriebsstatistik von 1907 das gesamte deutsche Ackerland (umgerechnet) nur 60,35 Millionen Acker (24,43 Millionen Hektar) betrug, die gesamte deutsche landwirtschaftliche Fläche, also mit Einschluß von Wiesen und Weiden, Gärten und Weinbergen, 78,63 Millionen Acker (31,83 Millionen Hektar).

Das zu einer solchen Landeigentumsüberwälzung ergänzend zugehörige, weitere Kennzeichen der Siedlungskolonisation bildet die *Einwanderung*. Hier wird der Ausschluß der Vereinigten Staaten vollends zu einer Unbegreiflichkeit; hier setzen denn auch Werke, wie das Supans, vor allem ein. Canada, Australien und Südafrika zusammengenommen, wie wollte sich ihr verhältnismäßig schwacher Europäerzufluß mit den urgewaltigen Wogen vergleichen, die im 19. Jahrhundert den Gestaden der Union zurollten, und die hier in den Anfangsjahrzehnten des großen überseeischen Freistaats, bei noch geringer Anziehungskraft der Industrie, in nahezu ungebrochener Stärke der Siedlungskolonisation in dem weiter und weiter hinausrückenden menschenleeren Westen dienten? Es gibt bis zur Gegenwart kein Einwanderungsproblem in Canada, in Australien, in Südafrika, das nicht kurz zuvor oder gleichzeitig die Vereinigten Staaten am eigenen Leib, meist viel nachdrücklicher, verspürt, dessen Lösung sie nicht, meist zeitlich früher, in ähnlicher Weise versucht hätten. Wie könnte es wissenschaftlichem Geist entsprechen wirtschaftlich und sozial so Gleichartiges auseinander zu reißen, nur weil in dem einen Fall der Vereinigten Staaten auf keine, wenn auch noch so schwache staats- und völkerrechtliche Überordnung und Mitverantwortlichkeit eines Mutterlands mehr hingewiesen werden konnte?

Es gibt jedoch für die kolonialwissenschaftliche Einordnung der Vereinigten Staaten noch einen andern, viel weniger beachteten und meines Erachtens noch viel schlagendern Parallelismus, der sich nicht mehr auf die Siedlungsondern auf die Tropenkolonisation bezieht. Der Süden der Vereinigten Staaten ruhte bis zum Bürgerkrieg auf Plantagengroßproduktion vermitteltst Negersklavenarbeit. Die unabhängig gewordenen Freistaaten setzten hier abermals nur, ausgebreiteter und wuchtiger, fort, was in den Freibrief- und Eigentümerkolonien jenseits der Mason- und Dironslinie ganz nach dem Zuschnitt der gewohnten Tropenkolonisation entstanden war. Tabak-, Zuckerrohr-, Reis- und Indigoanbau mochten wechseln; alle zusammen mochten mit der Zeit, dem Rohstoffhunger der emporschießenden europäischen Textilindustrien entsprechend, von der Baumwolle überholt werden; das

eigenartige Produktions- und Arbeitssystem, Plantagengroßbetrieb mittels Negersklavenarbeit, blieb. Dieses Produktionssystem hat die Wissenschaft, weil es unter modernen europäisch-mutterländischen Verhältnissen niemals mehr denkbar war, stets als eine typisch-koloniale Produktions- und Arbeitsverfassung für sich betrachtet und gewürdigt. Wurde nun Plantagenbetrieb und Negersklaverei in den amerikanischen Südstaaten plötzlich, wirtschaftlich-sozial gesehen, etwas ganz anderes als auf den westindischen Inseln oder in den Niederungen des Orinoco oder anderwärts, weil die Südstaaten seinerzeit hervorragend mitgewirkt hatten die Vormundschaft eines Mutterstaats jenseits des Ozeans abzuschütteln, weil sie nur noch die Oberherrschaft einer Union gleichberechtigter amerikanischer Bruderstaaten diesseits des Ozeans anerkannten? Die Negersklaverei ist von allen ihren Historikern, ihren Verfechtern wie Gegnern jeder Art und jeder Zeit, mit Vorliebe an der Hand der amerikanisch-südstaatlichen Erfahrungen geschildert, beschönigt oder gegeißelt worden, aber wahrlich nicht nur an der Hand der Erfahrungen bis zum Unabhängigkeitskrieg, an dessen Spitze politisch wie militärisch ein Virginier stand. Denn die steil aufsteigende Linie der Baumwollproduktion und damit der Negersklaverei begann erst mit der Erfindung der Entkörnungsmaschine (Gin), der notwendigen Ergänzung auf der amerikanischen Rohstoffseite zu dem Siegeslauf der Spinn- und Webmaschinen auf der Seite der europäischen *Fabrikation*. Im Jahresdurchschnitt von 1791 bis 1795 produzierte man in den Vereinigten Staaten 5,2 Millionen englische Pfund Baumwolle, 1856 bis 1860 dagegen über 1749 Millionen. Aber zugleich lesen wir am Anfang des Bürgerkrieges zwischen Norden und Süden bei Friedrich Kapp: »Im Jahre 1790 ward das ganze Sklaveneigentum in den Vereinigten Staaten auf 10 Millionen Dollars berechnet; im Jahre 1820 schätzte man es schon auf 1200 Millionen. Jetzt aber repräsentieren die Sklaven ein Kapital von wenigstens 4000 Millionen Dollars.«

Hier entfaltet sich demnach eine Arbeitsverfassung, die nur als tropisch-kolonial im Gegensatz zu allen gleichzeitigen europäischen Arbeitsverfassungen bezeichnet und verstanden werden kann, zu ihrem weitesten Umfang und zu ihrer tiefsten Wirkung. Will man wiederum die schließliche Auflösung dieses Systems verstehen, seine Überführung in Negerkleinfarmbetrieb, allerdings unter europäisch-geleiteter Anpassung an den Weltmarktsbedarf und zum Teil unter europäischer Auswucherung dieser farbigen Kleinfarmer, oder, um die übliche kolonialwirtschaftliche Ausdrucksweise anzuwenden: will man die tropisch-koloniale Produktion auf der Basis nicht mehr des Plantagengroßbetriebs sondern der Eingeborenenkultur kennen lernen, so tut man wiederum am besten sich auf die Erfahrungen der amerikanischen Südstaaten nach dem Bürgerkrieg und nach der Abschaffung der Sklaverei zu stützen. Hier gibt es, sollte man denken, kaum noch ein Ausweichen. Hier war, bis mindestens in die achtziger Jahre hinein, als die tropische Kolonisation ihren neuen großen Aufschwung in Afrika und Asien, in Australien und Ozeanien nahm, der wichtigste und abgerundetste Erdstrich tropischer Kolonisation auf dem ganzen Erdenrund vorhanden.

Was haben dann aber Kolonisation und koloniale Wirtschaft noch zu tun mit der Gründung und dem Dasein »auswärtiger Verwaltungsbezirke« eines womöglich »überseeischen« Staats, mit der »Unterwerfung« als »überseeische Provinz« eines europäischen Staats, mit verhältnismäßig verminderter Staatsrechtsstellung, mit irgendwelchem Gegensatz zu den politisch vollwertigen Landesteilen des Mutterlands? Es gab hier keinen übergeordneten, terri-

torial abgesonderten Staat, sondern nur die übergeordnete Staatsgewalt eines Bundes, dem die Staaten sowohl der nördlichen siedlungskolonialen Wirtschaftszone wie der südlichen tropisch-kolonialen Zone als gleichberechtigte Teilnehmer angehörten. Warum sollte eine solche Gestaltung der staats- und völkerrechtlichen Über- und Unterordnung sich nicht in den Rahmen der Kolonialwissenschaft einfügen lassen? Oder meint man gar, die Eingliederung beider Zweige der amerikanischen Kolonisation müsse daran scheitern, daß beide, ähnlich wie die russische Siedlungskolonisation Sibiriens und Tropenkolonisation Turkestans, überland und nicht, wie kurzfristig definitiv vorgeschrieben, übersee sich fortschreitend vollzogen? Am Ende sollen wir es noch als Gipfel feiner wissenschaftlicher Unterscheidung bewundern, wenn man die ersten, in Massen auftretenden Erschließer Californiens, soweit sie vorwiegend auf dem zeitlich viel kürzern und ungefährlicheren Seeweg (sei es um das Kap Horn, sei es mit kurzer Schiffsfahrtsunterbrechung über Panama) herbeiströmten, als "Kolonisatoren" anerkennt, während man die gleiche Benennung den "Emigranten" versagt, die sich, bis an die Zähne bewaffnet und militärisch organisiert, mit Frauen und Kindern durch die vorgelagerte unendliche Landwildnis des Innern hindurcharbeiteten, bedroht von Raubtieren, schweifenden Rothäuten und Büffelherden, von reißenden Strömen, steilen Gebirgshängen und tiefen Schluchten, zeitweise auch bedroht von dem feindlichen theokratischen Wüstenzwischenstaat der Mormonen, die nach Burenart weitfort in das Innere geflüchtet waren. Auch hier ergibt sich aus der Unmöglichkeit der unausweichlichen Folgerungen die Unzulässigkeit und Willkür der geltendgemachten begrifflichen Vorbedingungen.

BALTHASAR WEINGARTZ · EIN STREIFZUG DURCH DIE GEISTIGE ENTWICKLUNG DES ENGLISCHEN TRADEUNIONISMUS

ENGLANDS Tradeunionismus, der nach dem Zusammenbruch des Chartismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts im öffentlichen Leben des Landes festen Fuß zu fassen begann, hat seine Ideen nicht dem Kommunistischen Manifest entlehnt, obgleich dieses in London das Licht der Welt erblickte, sondern den liberalen Freiheitsideen der John Stuart Mill und Thomas Carlyle, den christlichen Sozialisten, den Dichtern wie Charles Dickens und anderen. Es bleibt eine ewig denkwürdige Erscheinung der geistigen Entwicklung Englands, daß die Schriften Marx' und Engels' bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, als sie schon lange den Sozialismus des Kontinents beherrschten, dort fast unbekannt blieben. Als die Internationale Arbeiterassoziation 1864 in London gegründet wurde, blieben die führenden Elemente der Trade Unions ihr fern. Das 1868 gegründete Londoner Gewerkschaftskartell, das Trades Council, lehnte sogar ausdrücklich einen Antrag ab die Verbindung mit den Arbeiterverbänden des Kontinents durch die Assoziation anzuknüpfen.

Wenn wir uns das Charakteristische der englischen Gewerkschaftsbewegung unserer Zeit klarmachen wollen, so müssen wir die gewerkschaftlichen Methoden der letzten 3 Jahrzehnte untersuchen, deren Wandlung vor allem in der Änderung der Stellung der Trade Unions zum Eingreifen des Staats, der Gesetzgebung, in die Wirtschaftskämpfe, deutlich in die Erscheinung tritt.

BEI einer Betrachtung der Art, wie die Trade Unions den Wirtschaftskampf führten, beginnt man am zweckmäßigsten mit der Rolle, die der Schlichtungsgedanke in England gespielt hat. Das erste Auftreten dieses Gedankens kann man in dem 1887 von der damaligen Regierung geschaffenen Conciliation Act erblicken. Die Gewerkschaftskongresse jener Zeit befaßten sich nie mit wirtschaftlichen Themen. Die Verfassung des Kongresses war auch zu lose, als daß er leitend hätte eingreifen können. Erst 1906 wurde zum erstenmal der Versuch gemacht auf ihm rein gewerkschaftliche Themen ernstlich zu behandeln. Ben Tillett, der 1889 während des großen Streiks der Londoner Werftarbeiter neben Tom Mann und John Burns die Ära des Neutradeunionismus einleitete und internationale Berühmtheit erlangte, war 1905 Vertreter der britischen Gewerkschaften zum Australischen Gewerkschaftskongreß. Er lernte dort das Zwangsschlichtungswesen näher kennen. Als er dann nach England zurückgekehrt war, entfaltete er dort eine großzügige Agitation für das australische Muster. Der Britische Gewerkschaftskongreß befaßte sich wiederholt mit dem Plan Ben Tilletts, lehnte aber stets das Zwangsschlichtungswesen ab. Es kam zu einem Richtungsstreit. Die großen Gewerkschaften der Kohlen-, Eisen- und Textilindustrien waren scharfe Gegner jedes mit dem Odium des Zwangs behafteten Schlichtungswesens, die kleinen hingegen erklärten sich rückhaltlos dafür. Unnötig zu betonen, daß es auch zu scharfen Auseinandersetzungen kam, wobei sich die kleinen Verbände über die Tyrannei der großen und mächtigen beklagten.

Im Drang der revolutionären Hochflut, die nach dem Krieg begann, schuf die Regierung Lloyd Georges den Industrial Court Act. Ursprünglich hatte man beabsichtigt das Zwangsschlichtungsverfahren in die Vorlage einzuschmuggeln. Die Vorlage enthielt Bestimmungen, auf Grund deren die Gewerkschaften für die Fälle, in denen ein gefällter Schiedsspruch nicht anerkannt wurde, haftbar gemacht werden sollten. Es gelang der scharfen Opposition der Gewerkschaften die Regierung zu bewegen diese ihre Absicht aufzugeben. So enthält das Gesetz keinerlei zwingende Kraft; es ist in das Ermessen der Parteien gestellt gefällte Sprüche anzunehmen oder abzulehnen. In den meisten Fällen werden jedoch die Entscheidungen der Courts anerkannt. Die Industrial Courts gleichen den deutschen Schlichtungsausschüssen. Der Vorsitzende muß nicht Richter, wohl aber laut Gesetz eine unabhängige Persönlichkeit sein; er ernennt die Beisitzer, zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer bestehend. Überall dort, wo es zu einer Einigung zwischen den Parteien nicht kommt, fällt er den Spruch. Das System der Verbindlichkeitserklärung ist unbekannt, was immer mehr als Mangel empfunden wird; es mehren sich die Stimmen für den Gedanken der allgemeinen Verbindlichkeit. Wo es den Parteien nicht gelingt sich zu einigen, kann der Arbeitsminister einen Untersuchungsgerichtshof (Court of Inquiry) anordnen, dem die Aufgabe zufällt einen Bericht über die Ursachen des Streiks auszuarbeiten und Einigungsvorschläge zu machen. Bekanntlich weigerte sich die Regierung während des Generalstreiks der Kohlenbergarbeiter 1926 irgendwelche Schritte in dieser Hinsicht einzuleiten. Doch wäre es verkehrt hierin eine einseitige Schuld der Regierung zu erblicken. Die Führung der Bergarbeiterbewegung während der Ereignisse von 1926 war alles andere als glücklich. Zur Zeit der parlamentarischen Beratung der Gewerkschaftsvorlage im Jahr 1927 versuchten konservative Abgeord-

nete das Schlichtungsverfahren gesetzlich festzulegen. Beabsichtigt war eine Bestimmung zu schaffen, wonach Streiks erst dann beginnen dürfen, wenn ein von der Regierung ernannter Court of Inquiry ein Urteil über die Ursachen des Konflikts abgegeben hat. Die Arbeiterpartei lehnte es aber ab zu einem solchen Vorgehen ihre Hand zu bieten, und nun weigerte sich auch die Regierung die Bemühungen der konservativen Abgeordneten zu fördern. Unter der Führung der Assoziation der Joint Industrial Councils fanden in letzter Zeit Besprechungen mit dem Generalrat der Gewerkschaften statt, und dieser erklärte sich bereit das Prinzip der allgemeinen Verbindlichkeit nach deutschem Muster anzuerkennen. Noch im Jahr 1923 hatte der Gewerkschaftskongreß es abgelehnt sich festzulegen. Ein im Jahr 1924 eingebrachter Initiativgesetzentwurf scheiterte am Widerstand der Trade Unions. Aber im Jahr 1925 nahm dann der Gewerkschaftskongreß die folgende Resolution mit 2 790 000 gegen 942 000 Stimmen an:

»Der Kongreß beauftragt den Generalrat die Regierung zu veranlassen einen Rechtsboden zu schaffen, wonach alle zentral abgeschlossenen Tarifverträge, die durch freie Vereinbarung geschaffen und von den Joint Industrial Councils oder ähnlichen Körperschaften anerkannt werden, für allgemeinverbindlich erklärt werden, im Sinn des Gesetzes für Lohnämter von 1909 bis 1918, damit die allgemeine Durchführung der Tarife gesichert ist.«

Durch diese Resolution ermuntert fanden dann die Besprechungen statt. Die Trade Unions müssen nunmehr einsehen und sehen anscheinend auch ein, daß man hinter der Entwicklung zurückbleibt, wenn man sich nicht dazu versteht ein geordnetes Arbeitsrecht zu schaffen. Daß man in Gewerkschaftskreisen den Ernst der Lage begreift, beweist eine programmatische Äußerung George Hicks', der auf dem letzten Gewerkschaftskongreß erklärte, daß die Gewerkschaften nunmehr bereit seien in Verbindung mit der Labour Party Bestrebungen auf Ausbau des Schlichtungswesens zu unterstützen.

1918 entstanden die Whitley Councils, so genannt, weil es sich hier um den Plan des frühern Vorsitzenden einer Kommission des Unterhauses J. H. Whitley handelt; offiziell heißen sie Joint Industrial Councils. Der Zweck dieser paritätischen Industrieräte ist es sich um die Verhältnisse in den einzelnen Industrien zu kümmern und mit Rat und Tat überall da einzuspringen, wo es gilt Mängel oder Klagen abzustellen. Am 1. Januar 1919 bestanden 20 solcher Industrieräte, 1924 bereits 74. Allerdings haben sich außer der Schiffbauindustrie auch die Gewerkschaften der großen Schlüsselindustrien bis jetzt geweigert zur Gründung von Whitley Councils ihre Hand zu reichen. Bei diesen Whitley Councils zeigt sich so recht deutlich die geistige Art des englischen Charakters. Die Tradition des common sense ist jedem Theoretisieren abhold. In der Regel baut sich in England die Theorie erst nach der praktischen Anwendung einer Sache auf, nicht umgekehrt, wie das in Deutschland der Fall ist. Im Fall der Whitley Councils wäre es zweifellos besser gewesen, wenn von vornherein eine klarumrissene theoretische Grundlage über die Aufgaben der Räte dagewesen wäre. Im Prinzip sollten die Councils dazu bestimmt sein die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Unternehmer in der Industrie zu wahren. Sie sollten die Ära des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Betrieb und darüber hinaus in der Industrie einleiten. Hier ist der Moment gekommen das deutsche Betriebsrätewesen mit den englischen Industrieräten zu vergleichen. Während der deutsche Betriebsrat an den eigenen Betrieb gebunden ist und »selbst bei den besten Absichten und der kühnsten Initiative

des Unternehmers vom Einzelbetriebe aus nur noch in geringem Maße die Möglichkeit bietet »an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken«¹, soll gerade dieses die Aufgabe der Industrial Councils sein. Es zeigt sich hier, daß auf beiden Seiten tiefeinschneidende Fehler vorliegen. Sind dem deutschen Betriebsrat die Flügel beschnitten, weil er über den engen Raum des Betriebs nicht hinaus kann und es ihm so unmöglich bleibt von der Betriebsdemokratie zur Wirtschaftsdemokratie zu kommen, so hat der englische Industrierat, wenigstens prinzipiell, wohl die Möglichkeit zur Wirtschaftsdemokratie zu kommen, ohne aber die Betriebsdemokratie durch die demokratische Kontrolle des Betriebs erreichen zu können. Bei den Industrial Councils handelt es sich nicht um Betriebsräte im engeren Sinn des Worts sondern um allgemeine, die ganze Industrie umfassende Räte, die auf die internen Angelegenheiten des einzelnen Betriebs keinen Einfluß haben. Sonderbarerweise entwickelten sich nun aber die Industrial Councils gar nicht im Sinn zentraler Wirtschaftsorganisationen. Sie versuchten nicht an der »gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken«, wie es im Artikel 165 der Verfassung des Deutschen Reichs heißt, sondern beschränkten ihre Tätigkeit auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter der Industrie.

So bildeten sich die Councils ganz und gar im Sinn des Industrial Court Act aus. Mehr noch: Durch das rapide Wachsen der Whitley Councils geriet der Industrial Court Act fast in Vergessenheit.



AS nun war die Aufgabe der Whitley Councils, für welche Zwecke wurden sie ins Leben gerufen? Diese Frage ist wohl innerhalb der Arbeiterbewegung nie gestellt worden. Ursprünglich waren ihnen, scheint es, 2 ganz verschiedenartige Aufgaben zugedacht. Da ist aber zunächst daran festzuhalten, daß die Councils doch nur das werden konnten, was ihre Väter daraus machten.

Zur Schaffung der Councils berief die Regierung 1917 eine Kommission, deren Vorsitzender eben J. H. Whitley war. Die sozialistischen Mitglieder dieser Kommission erklärten in einer Note zum Bericht:

»Indem wir uns durch Unterschrift unter die zu veröffentlichenden Berichte mit den zu gründenden Councils vollkommen einverstanden erklären, tun wir es aus dem Grund, weil sie ein Mittel sein sollen durch Förderung gemeinsamer Interessen einen Mindeststandard in der Industrie zu schaffen. Wir erkennen an, daß durch Anbahnung freundlicher Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit eine Atmosphäre geschaffen wird, die dem Wirtschaftsfrieden dient und gleichzeitig eine Ära des wirtschaftlichen Fortschritts begünstigt. Andererseits können wir nicht unterlassen darauf zu verweisen, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit so lange unmöglich ist, als die Produktion privatkapitalistisch geleitet wird.«

Zweifellos kommt hier die Auffassung der modernen Arbeiterbewegung, in recht vorsichtiger und doch korrekter Form, zum Ausdruck. Das Wichtigste in der Erklärung liegt aber darin: Obgleich die Väter der Whitley Councils gar nicht daran dachten aus diesen eine Art Betriebsrätesystem zu schaffen, kam in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Meinung auf, es handle sich um Councils, die mit den bereits bestehenden Betriebsräten, den Shop-stewards Committees, identisch seien. Besonders waren es die Gildensozialisten, die diesen Gedanken propagierten. Die Jahreskonferenz der Nationalen Liga der Gilden nahm 1919 eine Resolution an, die den Whitley-

1) Siehe Seidel Das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Verwaltung, in der Arbeit 1925 Seite 725.

plan als nutzlos verwirft, weil seine Grundlage auf Harmonie zwischen Kapital und Arbeit beruhe, und dann also fortfährt:

»Beseelt von dem Glauben, daß eine wirklich demokratische Struktur der Industrie nur denkbar ist durch selbstverwaltende Körperschaften in den Betrieben, fordern wir die Gewerkschaften auf Betriebskomitees zu gründen, die nur den Arbeiterorganisationen gegenüber verantwortlich sind. Ferner schlägt die Konferenz vor:

- a) Diese Komitees sollen einen integralen Teil der Gewerkschaften bilden und von ihnen anerkannt werden; mit den Unternehmern sollen sie nicht zusammenarbeiten.
- b) Die Komitees setzen sich aus den Betriebsobleuten der verschiedenen Gewerkschaften zusammen, ohne Unterschied der Grade oder des Geschlechts.
- c) Die Komitees haben administrativen Charakter und sind verantwortlich für alle Verhandlungen im Betrieb über Wünsche und Forderungen der Arbeiter.
- d) Vor allem haben die Komitees die Aufgabe Lohnverhandlungen zu führen, weil das ein Mittel zur Erzielung der Solidarität ist, und ferner, weil so die Gegensätze, die sich aus der Akkordarbeit ergeben, auf ein Minimum reduziert werden; es soll auf den kollektiven Betriebslohnvertrag hingearbeitet werden.
- e) Betriebsobleute sollen bezahlte Angestellte sein.
- f) Die Komitees sollen sich besonders um das Wohl der Lehrlinge kümmern; Lehrlinge sind als Lernende und nicht als Produzierende zu behandeln.«

Den Whitley Councils wurden aber von Anfang an 2 ganz verschiedene Aufgaben zuerteilt. Nach den von der Regierung ernannten sozialistischen Mitgliedern des Ausschusses handelt es sich um eine Art von Schlichtungsausschüssen, was allerdings widersinnig ist, da doch der Industrial Court Act hierfür zuständig ist. Es ist also anzunehmen, daß die Whitley Councils als Betriebsräte fungieren sollten, was im Gesetz natürlich nicht klar zum Ausdruck kommt. In der Whitleykommission hat man sich über die Schaffung von Betriebskomitees unterhalten und auch Vorschläge in dieser Richtung in den Kreis der Betrachtungen gezogen; zu praktischen Ergebnissen kam es jedoch nicht. Hatten wohl die Gewerkschaftsvertreter kein Interesse an der Schaffung gesetzlich beglaubigter Betriebskomitees, oder fürchteten sich die Unternehmer die bestehenden Komitees, die schon so viel Schereereien machten, gar noch legalisieren zu lassen?

Daß die Industrial Councils gute Arbeit geleistet haben, kann nicht geleugnet werden, wird es auch nicht. In einer ganzen Reihe von Industrien wurden durch die periodisch wiederkehrenden Beratungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer gar manche Mängel abgestellt oder Verbesserungen in der Industrie durchgeführt. Die letzte Sitzung des Councils für das Buchdruckgewerbe, die im Januar stattfand, sprach sich in einer Resolution für weitestgehende Rationalisierung im gesamten Gewerbe unter der Voraussetzung aus, daß man darum keine Arbeiter entließ und den älteren Arbeitern ausreichenden Schutz gewährte; es wurde auch die Schaffung von Betriebsräten verlangt. Die Nützlichkeit der Councils zeigte sich besonders nach dem Generalstreik im Mai 1926. Durch diesen waren alle Tarifverträge null und nichtig geworden. Hier nun traten die Whitley Councils in Aktion. Es gelang ihnen fast überall provisorische Verträge abzuschließen und so die Aufnahme der Arbeit zu bewirken. Zufällig wurde allerdings hier bewiesen, daß die Aufgaben der Councils ganz andere sind als solche der Betriebsräte. Es wäre sicherlich nicht ohne Interesse nach den Ursachen solchen Widerspruchs zu forschen. Sie sind vor allem wohl darin zu suchen, daß die Gewerkschaften in der revolutionären Periode der Nachkriegszeit ziel- und planlos dahinvegetierten. Sie standen den Dingen kopflos gegenüber. Sie konnten sich nicht dazu aufraffen den Plan einer gewerkschaftlichen Betriebsrätebewegung zu schaffen. Das war ihr Fehler.

Heute erscheint es geradezu unfassbar, daß die Gewerkschaften es unterließen die Whitley Councils zu brauchbaren Körperschaften zur Herbeiführung der Wirtschaftsdemokratie auszugestalten. Zweifellos fehlte ihnen der Mut zur Initiative. Oder bestehen hier Hemmungen, zu deren Überwindung die organisierte Arbeiterklasse zunächst noch nicht die Kraft hat?



UF die Entwicklung des Betriebsrätewesens in England hat der englische Gildensozialismus einen tiefgreifenden Einfluß ausgeübt. Der Gildensozialismus, der seine Blütezeit von 1915 bis 1920 hatte, war seinem ganzen Wesen nach eine rein wirtschaftliche Bewegung. Sein Ziel war die Gewerkschaften von Grund auf zu reformieren, und das Mittel hierzu war die Betriebsorganisation.

»Der Betrieb oder eine ähnliche ökonomische Einheit bildet die Grundlage für Zwecke und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation«, bestimmt eine Resolution der Jahreskonferenz vom Mai 1920. In einer der vielen Broschüren der Liga, betitelt *The Policy of Guild Socialism*, heißt es:

»Der Betrieb oder die Stelle, wo Hand- und Kopfarbeiter Seite an Seite stehen, ist der Angelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit, weshalb das Fundament aller Gewerkschaftspolitik in der Betriebsorganisation zu suchen ist. Durch die Betriebsorganisation muß die Gewerkschaftsbureaukratie kontrolliert werden. Aus diesem Grunde hat die Nationale Liga der Gilden stets das größte Gewicht auf den Ausbau der Betriebsorganisation gelegt. Die Betriebsversammlung, der Betriebsobmann und das Betriebskomitee bilden die Stützpunkte einer wahren Gewerkschaft. Die ausführende Macht muß in den Händen der Mitglieder liegen, was nur durch eine gutorganisierte Betriebsorganisation ermöglicht werden kann.«

In einer andern Broschüre, dem 1915 veröffentlichten Aufruf an die Gewerkschaften (*National Guilds: An Appeal to Trade Unionists*), wird gesagt:

»In ihren Fabriken und Werkstätten müssen die Arbeiter den Kampf damit beginnen sich das Recht zur Wahl ihrer Werkmeister zu erringen. Von allen Werkmeistern und anderen Betriebsvorgesetzten muß verlangt werden, daß sie Mitglieder der Arbeitergewerkschaft sind. Alle Fragen der Betriebsdisziplin sind von den Gewerkschaften und nicht von den Unternehmern zu regeln. Solange Lohnarbeit gemietet werden muß, müssen die Arbeiter danach streben die Auszahlung der Löhne in ihre Hände zu bekommen. Die Unternehmer müssen gezwungen werden die volle Lohnsumme einer bestimmten Arbeit der Gewerkschaft oder dem Shop-committee auszuhändigen, die dann die Verteilung an die einzelnen Arbeiter vornehmen. Während der Übergangszeit [von der Lohnarbeit zum Gildensozialismus] hat also an Stelle des Individuallohns stets der Kollektivlohn zu treten. Daß der Unternehmer mit dem einzelnen Arbeiter verhandelt, muß unter allen Umständen verhindert werden. Das hat nur durch die Gewerkschaft zu geschehen.«

In einer Publikation über *National Guilds or Whitley Councils* lesen wir:

»Soll die Kontrolle über die Industrie wirklich in die Hände der Arbeiter gelegt werden, so müssen alle Bestrebungen nach Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer abgelehnt werden, und alle Macht muß sich in den Händen der Vertreter der Arbeiter konzentrieren. Der Beginn einer solchen Kontrolle liegt im Betrieb, von wo aus er sich auf die ganze Industrie weiter ausdehnen wird.«

G. D. H. Cole, der Hauptbegründer des Gildensozialismus, sagte einmal in einem Vortrag über die Betriebsobleute, die *Shopstewards*:

»Vielleicht ist die bemerkenswerteste Änderung in dieser Richtung das Anwachsen der Shopstewardbewegung in den letzten Jahren. Besonders trat es hervor in den Maschinen- und verwandten Industrien als endgültiger Versuch der Arbeiter ihre negativen Einschränkungen in die Form einer positiven Kontrolle zu verwandeln. Man kann einwenden, daß das nicht bewußt geschehen ist. Was viele der Shopstewards betrifft, so ist das richtig. Aber ich habe es nicht zu tun mit dem, was im Kopf eines einzelnen Shopsteward vorging, sondern mit der allgemeinen Tendenz des politischen Wollens, die hinter der Shopstewardbewegung als Ganzem steht. In diesem Sinne ist meine Behauptung unzweifelhaft wahr. Öffentliche Be-

weise für die angeführten Tendenzen sind die großen Bewegungen dieses Jahres die Kontrolle über die Eisenbahnen und über die Bergwerke zu erlangen. Sowohl die Eisenbahner als auch die Bergarbeiter begnügen sich nicht länger damit gewisse Einschränkungen an den Betriebsformen der Industrie durchzusetzen, sie verlangen Anteil an der Kontrolle der Industrie, das Recht bis zu einem gewissen Grad die Bedingungen festzusetzen, unter denen die Industrie in der Zukunft organisiert werden soll, und Teilnahme an der positiven Organisationsaufgabe. Das ist der andere bedeutende Unterschied zwischen einer Gewerkschaft, wie sie bis jetzt war, und einer Gilde, wie sie in Zukunft sein wird.«²

Aber die Wirtschaftskrise wehte die Organisation der Shopstewards hinweg.

Es lag auch in der Natur der Sache, daß die Bewegung im Sand verlief. Wie hätte es anders sein können? Man denke nur an die Vielheit der gewerkschaftlichen Organisationen Englands. Allein in der Metallindustrie gibt es nicht weniger als 100 Verbände. Wo sollte da die gewerkschaftliche Kontrolle zur Überwachung der den Betriebsräten überwiesenen Funktionen beginnen? Wohlverstanden, die Betriebsräte durften nicht mit den Unternehmern des eigenen Betriebs verhandeln, weshalb ja auch die freigestellten Betriebsobleute nicht vom Unternehmer bezahlt werden sollten sondern von den Gewerkschaften. Ja, aber von welcher Gewerkschaft in einem Großbetrieb, wo vielleicht 50 bis 60 verschiedene Organisationen Anspruch auf Vertretung erheben? Dann denke man an den Kollektivlohnvertrag, der die Lohnauszahlung in die Hände des Betriebsrats legt. Trotz aller Theorie von der Solidarität zwischen Kopf- und Handarbeitern beschränkte sich die gesamte Bewegung der Shopstewards auf die gelernten Berufe, die sich hartnäckig dagegen wehrten die Interessen der ungelernten Arbeiter auch wahrzunehmen. Der Gegensatz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern wurde durch die Shopstewards ganz gewaltig verschärft. Gewiß sind das Dinge, gegen die die Gildensozialisten Sturm liefen. So heißt es im Appeal to Trade Unionists:

»In unserm Land bestehen mehr als 1100 Gewerkschaften, und es gibt wenig oder gar keine Industrieverbände. Es gibt keinen großen Verband, der nicht von zahlreichen Konkurrenzorganisationen umringt ist. Im Baugewerbe bestehen 60 sich gegenseitig bekämpfende Organisationen. In der Baumwollindustrie ist es noch viel schlimmer. Wohl ist der Verband der Eisenbahner eine Industrieorganisation, aber auch hier sind die verschiedenen Grade in gegenseitig sich bekriegende Konkurrenzorganisationen gespalten. Die Reibereien der verschiedenen Verbände in der Metall- und Schiffbauindustrie sind endlos.«

Nun haben sich die Dinge ein klein wenig geändert. In den letzten Jahren ist man ernstlich bemüht der Gewerkschaftsbewegung durch den Generalrat der Gewerkschaften einen leitenden Kopf zu geben. Leider haben die Gildensozialisten nichts dazu getan, sie trugen, im Gegenteil, ihr Teil zur Vertiefung vorhandener Wirren und Unklarheiten bei.

Das Ziel der gildensozialistischen Bewegung, die fürs erste spurlos verschwunden scheint, war: Beseitigung des Lohnsystems und Einführung des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter in der Industrie durch Schaffung eines Systems nationaler Gilden, die in Verbindung mit anderen demokratisch funktionierenden Organisationen der Volksgemeinschaft arbeiten. Der Gildensozialismus erstrebte die volle Wirtschaftsdemokratie durch die Betriebsdemokratie. Die berufenen Organisationen zur Verwirklichung des gesteckten Ziels sind die Gewerkschaften. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet war der Gildensozialismus ein Versuch der Gewerkschaftsbewegung eine

²) Siehe Cole Gildensozialismus, übersetzt von Schumann /Dresden 1921/ Seite 17 und folgende.

Theorie zu geben. Es ist aber begreiflich, daß eine Bewegung, die eine so große Vergangenheit hat wie der englische Tradeunionismus, es ablehnte sich von außen eine Theorie aufstülpen zu lassen. Dann strebte auch die Gildenbewegung nach einem Wiederaufleben des Handwerks durch die Zunft. Daß die Bewegung dem Kern der Räteidee nahe kam, wie er in Deutschland von den Sozialistischen Monatsheften erfaßt wurde, das ist ihr bleibendes Verdienst. In England ist das Interesse für die Räteidee oder für die Industrial Councils neuerlich erwacht, was sehr erfreulich ist. Die englischen Gewerkschaften haben auf dem Gebiet der Betriebsdemokratie noch lange nicht alles getan, was getan werden mußte. Ein Teil der Schuld fällt aber auf die Gildensozialisten, die sich in der Psyche der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung nur schlecht zurechtfinden. Um so begrüßenswerter ist es, daß sie aus den gemachten Fehlern die notwendigen Lehren gezogen haben. Cole hat sich zu einem überzeugten "Mondisten" fortentwickelt. In der Einleitung zur Neuauflage seines zuerst 1918 veröffentlichten Buchs³ spricht er offen aus, daß Arbeiter und Unternehmer »gemeinsame Interessen an der Erlangung leistungsfähiger Produktionsmethoden« haben. Das ist ein großer Sprung. Indem Cole in seinem Buch nach den Ursachen des Zerfalls der Shopstewardbewegung schürft, versucht er gleichzeitig eine Brücke von einem zu schaffenden Betriebsrätesystem zu den Industrial Councils zu bauen.



UNSER deutsches Betriebsrätegesetz enthält bekanntlich große Lücken. Unsere Betriebsräte haben nicht die Möglichkeit auf den Gang der industriellen Entwicklung einzuwirken. Da ist es äußerst wichtig zu beobachten, welche Wege man demnächst in England beschreiten wird. Der hier so ausgiebig besprochene liberale Bericht⁴ ist hier ein nicht zu unterschätzendes Lehrbuch. Er gehört zu den wichtigsten Dokumenten der Neuzeit. Hier werden volkswirtschaftliche und soziale Tendenzen entwickelt, die alle Theorien der klassischen Nationalökonomie auf den Kopf stellen. Die englische sozialistische Presse fängt erst jetzt an die hohe Bedeutung des Berichts zu erkennen. So schreibt Brailsford in seiner Rezension des neuen Buchs George Bernard Shaws über den Sozialismus im New Leader vom 1. Juni 1928:

»Im Kampf für den Sozialismus gibt es wohl kaum einen Zeitabschnitt, der als Beginn der neuen Ära angesehen werden könnte. Will man mit Optimismus die Geschehnisse betrachten, so ist man geneigt zu sagen: Der geistige Kampf hat bereits mit einem Sieg geendet. Wäre dem nicht so, wie sollte man den hohen Wert jenes epochemachenden Werks über die industrielle Reorganisation, als das der liberale Bericht zu gelten hat, richtig einschätzen? Die höchste Bedeutung dieses einzig dastehenden Buches besteht doch vor allem darin, daß es den Kampf um Grundsätze aufgibt.«

Was von der Manchesterlehre des laissez faire noch übrig geblieben war, erhielt hier den entscheidenden Knockout. Wie sehr sich auch in Deutschland eine gewisse Wissenschaft zur Verteidigung der Lehre abmühen mag, für England ist sie tot. Diese im 18. Jahrhundert konzipierte Lehre hat eigentlich auch nie richtig gegolten. Wie hätten sonst die Fabrikgesetzgebung und das Zehnstundentagsgesetz entstehen können? Wohl hat John Stuart Mill zu seiner Zeit die Lehre mit dem Hinweis retten wollen, Fabrik- und Arbeitszeitgesetze fielen nicht unter das Laissez-faire-Prinzip, sonst aber dürfe der Staat in den Gang der ökonomischen Geschehnisse nicht eingreifen.

3) Siehe Cole *The Payment of Wages* /London 1928/.

4) Siehe Schippel *Ein Erneuerungsprogramm des englischen Liberalismus und Pahl Neue Wege und Ziele der Wirtschaftsreform in England*, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 190, 297 und folgende.

Walther Pahl zeigte hier in seinem oben erwähnten Aufsatz, wie der Kapitalismus aus sich selbst heraus, ohne daß der Staat etwas dazu getan, das Dogma des *laissez faire* überwunden hat. Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe ist längst den Schuhen entwachsen, die es noch anhatte, als die Freihandelsapostel Cobden und Bright das Zepter schwangen. Wir sahen, daß es alle Hemmungen, die seiner Entfaltung im Weg standen, überwinden konnte. Die in dem neuen Programm der Liberalen Partei erhobenen Forderungen werden einen stets wachsenden Einfluß ausüben.

Sehr zu beachten sind da die Besprechungen zwischen der Mondgruppe und dem Generalrat der Gewerkschaften, die soeben im Bericht des sogenannten Mond-Turner-Ausschusses ihren ersten Niederschlag fanden. Ben Turner wird wahrscheinlich als Präsident des im September stattfindenden Gewerkschaftskongresses den Bericht in den Mittelpunkt seiner Präsidialadresse stellen. Er enthält hauptsächlich 2 Vorschläge: 1. Schaffung eines National Industrial Council, 2. Anerkennung der Gewerkschaften. Was zum 1. Punkt gesagt wird, ist sehr problematisch oder »sketchy«, wie der Manchester Guardian sich ausdrückte. Die genannte Zeitung schrieb am 27. Juni:

»Die Arbeitgeber hätten wahrscheinlich gern gesehen, wenn die Gewerkschaftsvertreter sich über eine Änderung der Industrial Court Act im Sinn des canadischen Gesetzes ausgesprochen hätten, das die obligatorische Untersuchung vor Ausbruch eines Streiks vorsieht. Die Gewerkschaftsvertreter betrachteten wohl solches Ansinnen als störendes Element, worauf man auf der Unternehmerseite nicht weiter in die Materie eindrang. Nicht ohne Interesse ist es zu erfahren, wie sich die Gewerkschaften bemühten der Berührung jedweder Form des Zwangsschlichtungswesens aus dem Weg zu gehen und somit auch die Einmischung des Staats in den Wirtschaftskampf ablehnten.«

Die Angst vor der staatlichen Einmischung erinnert an die überlebten liberalen Freiheitsideen vom Anfang des 19. Jahrhunderts. Die zaghafte Zurückhaltung wirkt nachgerade befremdend, da man doch in anderer Hinsicht den Staat als zu melkende Kuh ansieht. Die Art und Weise, wie man an das Problem des zu schaffenden Nationalen Wirtschaftsrats heranging, ist mehr als naiv. Man wird das Gefühl nicht los, daß es an Mut fehlte entschlossen auf ein Wirtschaftsparlament hinzusteuern. Da ist das liberale Programm viel weitsichtiger und auch sozialistischer, es greift vor allem ganz tief auf das Gebiet der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie über. Das Mond-Turner-Programm hat hier Lücken. Gewiß handelt es sich zunächst nur um den Rohbau eines zu schaffenden Gebäudes, und doch ist es unbegreiflich, warum man nicht schon am Anfang mehr staatsmännische Kunst anwendete. Mit dem Prinzip der Rationalisierung erklärte sich die Konferenz einverstanden, sie umriß auch die Voraussetzungen, unter denen die Rationalisierung in England durchgeführt werden soll. Die in der Resolution entwickelten Gedankengänge sind die der Weltwirtschaftskonferenz in Genf. Allerdings werden Schutzmaßnahmen gegen die Gefahr verlangt, daß die Rationalisierung Arbeitskräfte überflüssig macht. Die größte Bedeutung der Besprechungen liegt natürlich auf moralischem Gebiet. Man spricht von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Arbeiter und Unternehmer, die beiden Hauptpartner des Produktionsprozesses, haben sich zusammengesetzt und eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen am Gedeihen der nationalen Wirtschaft festgestellt. Die Vertreter der Arbeiter sind bereit am Aufstieg der nationalen Wirtschaft in der Voraussicht mitzuarbeiten, daß nicht nur die Pflichten der Arbeiter festgestellt sondern auch ihre Rechte erweitert

werden, und die Alleinherrschaft der Unternehmer beseitigt wird. Damit haben sich die Unternehmer einverstanden erklärt. In den angenommenen Resolutionen und Empfehlungen wird nicht nur von der Notwendigkeit der Rationalisierung sondern auch von der Politik der hohen Löhne und der Anteilnahme der Arbeiter an den aus der Wirtschaft erzielten Ergebnissen gesprochen. Die Mond-Turner-Besprechungen weisen klar und deutlich die zwischen Deutschland und England bestehenden Unterschiede auf. Während man gerade jetzt in deutschen Gewerkschaftskreisen über die Frage debattiert, ob »Wirtschaftsdemokratie eine Zukunftsforderung oder eine Gegenwartsforderung« sei⁵, erklären in England die unter Führung der Mondgruppe stehenden Unternehmer, ein gutes Stück Wirtschaftsdemokratie innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung sei sehr gut möglich. Was sagen die führenden Kreise des deutschen Unternehmertums dazu?

So ist in England das Problem der demokratischen Kontrolle der Industrie neu aufgerollt, und gesetzliche Maßnahmen dürften nicht mehr lange auf sich warten lassen. Jedes englische Gesetz dieser Art wird den schwachen deutschen Versuch auf diesem Gebiet in den Schatten stellen. Es sei denn, der neue Reichstag hat die Kraft dem Artikel 165 der Reichsverfassung zu wirklichem Leben zu verhelfen.

SCHON auf dem Gewerkschaftskongreß von Bournemouth /1926/, zu einer Zeit also, da die Kohlenbergarbeiter die letzten verzweifelten Anstrengungen in einer schon verlorenen Schlacht machten, deutete Arthur Pugh in seiner Präsidialadresse an, es sei an der Zeit für die traditionelle gewerkschaftliche Lohnpolitik neue Methoden des Kampfs ausfindig zu machen, ohne jedoch des nähern darzulegen, was er darunter verstanden haben wollte. Da schlug schon George Hicks auf dem letzten Kongreß stärkere Töne an, indem er der Gewerkschaftsbewegung neue zu beschreitende Wege wies. Daß gerade ein Mann wie Hicks, der bis dahin auf dem "linksten" Flügel der Arbeiterbewegung gestanden hatte und um des lieben Friedens willen stets bereit war den sogenannten Kommunisten die weitestgehenden Konzessionen zu machen, nun auf dem Kongreß ein Loblied auf die Politik der Arbeitsgemeinschaft sang, das in der ganzen Welt Aufsehen erregte, war äußerst bezeichnend. Die Worte des Kongreßpräsidenten waren um so auffallender, als er sie im Augenblick sprach, da das neue Gewerkschaftsrecht Gesetz wurde. Der so gewählte Zeitpunkt war sicherlich nicht der günstigste. Das Hickssche Pronunciamento glich einem förmlichen Friedensangebot und wurde auch als solches von der gesamten Presse aufgefaßt. Sein Rückzug kam reichlich spät. Über die Auswirkungen des Gesetzes läßt sich zurzeit noch nichts sagen. Ist es wahr, daß es hauptsächlich zur Verhinderung eines Generalstreiks geschaffen wurde, dann läßt sich dagegen nicht viel einwenden, um so mehr, als die Gewerkschaften in dieser Generation mit dem Feuer bestimmt nicht mehr spielen werden. Bei der Maiaktion von 1926 handelte es sich doch um ein geradezu unverantwortliches Abenteuer. Der Generalstreik war der Schluffeffekt jener revolutionären Nachkriegsperiode, die, auf die Taktik des Bluffs eingestellt, sich als sehr teurer Spaß erwies. Eins hat allerdings das Gesetz gebracht. Es hat die beschränkte Haftpflicht der Gewerkschaften zum gesetzlichen Zustand erhoben. In dieser Hinsicht ist es gut daran zu erinnern, daß es

5) Siehe *Teilpart Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie*, in der *Gewerkschaftszeitung* vom 7. Juli 1928.

nicht nur die Juristen waren, die sich stets gegen die juristische Immunität der Gewerkschaften wandten. Auch Sidney Webb erkannte schon 1905, daß eine gewisse gesetzliche Verantwortlichkeit der Gewerkschaften notwendig sei. Kann man aber im Ernst ein gut ausgearbeitetes Schlichtungswesen verlangen ohne jedwede Gegenleistung der Gewerkschaften? Es war eben ein Unglück, daß 1926 kein verbindliches Arbeitsrecht bestand. Deshalb war es der Regierung möglich die Bergarbeiter auf die Knie zu zwingen.

Wie sehr die Gewerkschaften aus den Ereignissen von 1926 gelernt haben, erkennt man deutlich aus den Pfingstkongressen, die alle ohne Ausnahme einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den Bolschewisten zogen. Auch hier hat der Gewerkschaftskongreß allzu lange die Bewegung führerlos gelassen. So zeigte die englische Arbeiterbewegung ein Bild ärgster Zerrissenheit. Während die Labour Party mit den Arbeiterparteien des Kontinents in einer Reihe ging, wandelte der Gewerkschaftskongreß in aller Seelenruhe ganz andere Wege, so daß der Eindruck erweckt wurde, als beständen zwischen den Trade Unions und der Labour Party die schärfsten Gegensätze. Mit Recht sprach man deshalb auch von einer Krise des englischen Tradeunionismus. Jedes Jahr ereignete sich das eigenartige Schauspiel, daß der Gewerkschaftskongreß bei bestimmten grundlegenden Fragen Beschlüsse faßte und Entscheidungen traf, die denjenigen der Labour Party diametral entgegenstanden, und doch werden beide Kongresse in ihrer überaus großen Mehrheit von den selben Delegierten besetzt. Die Gefahr, die Bolschewisten könnten jemals die Mehrheit im Kongreß erhalten, hat in Wirklichkeit nie bestanden. Und trotzdem unterschätzte man ihren üblen Einfluß ganz gewaltig. Allzu spät wurde der bolschewistische Spaltpilz erkannt. Auf einer Konferenz des großen Verbands der Maschinenbauer erklärte sein Vorsitzender J. T. Brownlie, die große Aussperrung der Maschinenbauer und verwandten Berufe /1922/, die 14 Wochen dauerte, den Verband 1 Million Pfund Sterling kostete und ihm obendrein einen großen Mitgliederverlust brachte, sei das Werk der von den "Kommunisten" dirigierten Minderheitsbewegung gewesen. Die von den einzelnen Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse geben teilweise den Hauptvorständen Vollmacht zum schärfsten Vorgehen gegen die Führer der Minderheitsbewegung in ihren eigenen Reihen. Der Verband der Fabrik- und Gemeindearbeiter beauftragt seinen Vorstand gegen die Vorstände einer Reihe lokaler Ortsvereine einzuschreiten. Die Zentralleitung der Schottischen Union der Bergarbeiter hatte außer ihren "kommunistischen" Mitgliedern den Gauvorstand seines Amts enthoben und obendrein die Mandate zur Jahreskonferenz der Bergarbeiterföderation, die im Juli in Llandudno tagte, für ungültig erklärt, was einige Aufregung auf der Konferenz auslöste. Die Bergarbeiterföderation, einst schärfster Gegner politischer Bestrebungen, hat seit der Zeit, da der Südwaliser Arthur Cook an ihre Spitze trat, äußerlich einen bolschewistischen Firnis bekommen. Die letzte Jahresversammlung hat diesen Firnis geradezu robust beseitigt. Die Art und Weise, wie man es verstanden hat die "kommunistischen" Spielereien Cooks zurückzuweisen, wirkt ja auf den disziplinierten deutschen Gewerkschafter befremdend. Das ist klar: Der Kongreß zögerte nicht die Ungeheuerlichkeiten seines Sekretärs offen zu desavouieren. Über diese etwas unsanfte Behandlung durch seine Arbeitgeber ist Cook sehr ungehalten. Auf einer großen Bergarbeiterdemonstration in Durham, die sofort nach Beendigung der Jahresversammlung stattfand, sprach er davon sich

auf dem Altar zu opfern. Solange sich die Kongresse der Bergarbeiter für den "Mondismus" erklärten, könne er nicht als Sekretär der Organisation fungieren. Ferner betonte er, daß er nicht mehr für das Föderationsorgan *The Miner* schreiben wolle. Um dem wirrköpfigen Sekretär das Handwerk zu legen, beschloß der Kongreß einem überzeugten "Mondisten" die Redaktion zu übertragen. Machte der Kongreß so einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und seinem Sekretär, so bleibt das ganze Verhältnis doch ziemlich unglücklich. Zweifellos wird die Bergarbeiterzeitung durch die Zwitterstellung der Leitung aufs schwerste geschädigt. Seit dem Streik hat die Föderation ein Viertel ihrer Mitglieder verloren.

Gewiß stellt die Bergarbeiterorganisation eine Ausnahme innerhalb des englischen Tradeunionismus dar. Doch die ganze Entwicklung der letzten Monate beweist, daß die Phrase von der Einheitsfront, die zeitweilig wie eine Hypnose wirkte, ihr Ende gefunden hat. Es wird endlich Klarheit geschaffen, was dem Ziel einer wirklichen internationalen Arbeiterbewegung dienlicher ist als das ewige Versteckenspiel, auf das man sich bis jetzt so viel einbildete. Ein klares Ziel und aussprechen, was ist: darin allein besteht immer wieder die Stärke der Arbeiterbewegung eines jeden Landes.

GUSTAVE COQUIOT · UTRILLO

HIER eine kurze Lebensgeschichte Maurice Utrillos: Er kommt am 25. Dezember 1883 auf die Welt, in der Rue du Poteau, Nummer 3, neben der Kirche von Clignancourt. Sein Vater ist Pariser und stammt aus einer Bankiersfamilie. Seine Mutter, Suzanne Valadon, ist in Bessines geboren, in der Nähe von Bellac /Haute Vienne/. Er wurde von dem Spanier Michel Utrillo, einem Bergbauingenieur und Journalisten, adoptiert. Im Alter von 9 Jahren ungefähr kommt er in das Institut La Flésselle in der Rue Labat. Von dort kommt er in die Schule von Pierrefitte-Montmagny, wo seine Mutter ein Haus besitzt. Schließlich, im Alter von 13 Jahren, wird er im Collège Rollin untergebracht. Er trinkt schon, und als er die Schule verlassen hat, wird er ein tüchtiger Beamter im Crédit Lyonnais. Bald wird er der Bank müde. Er verachtet die Malerei, die seine Mutter ausübt. Er will schreiben. Dennoch von seiner Mutter, und in ihrer Nähe zur Malerei angehalten, verkauft er seine Bilder in Paris, um das Geld zu vertrinken. Er ist ein Spaßvogel und liebt die Dummheiten. Seine Mutter zieht nach Montmartre, in ein Atelier der Rue Cortot. Maurice Utrillo, der jetzt ein richtiger Trinker geworden ist, hat dauernd Geschichten mit der Polizei. Er wird verschiedene Mal interniert, in Sannois (Privatanstalt des Doktor Revertégat), in Villejuif, in Picpus. Er reist mit seiner Mutter: Korsika, Bretagne, im Beaujolais usw. Überall malt er mit einer Leichtigkeit ohnegleichen. Seine Produktion ist beträchtlich.

Im Kern ist Maurice eine Art Mystiker. Er ist zart, er ist keusch. Äußerlich zeigt er einen besondern Adel, über den ich oft erstaunt war. Er betet seine Mutter an, die ihn verteidigt wie eine Wölfin ihr Junges. Hier ist ein Brief, der sie alle beide in ihrer Größe zeigt. Die bewundernswerte Valadon möge mir verzeihen, daß ich diesen Brief ohne ihre Erlaubnis abdrucke:

»8. Dezember 1914.

Meine sehr geliebte Mutter, ich bitte Dich um Verzeihung für den neuen Kummer, den ich Dir gemacht habe. Immer dieser verdammte Alkohol, dieser verderbliche

Dämon und Urheber des Wahnsinns. Du hast vielleicht den bedauernswerten Vorgang erfahren, der sich gestern zugetragen hat: Im Verlauf eines Streits mit Leuten und unter dem Einfluß einer Äthylkrise habe ich in einem lächerlichen Wutanfall, den ich jetzt bereue, die Scheibe des Feuermelders bei der Rue Paul Féval eingeschlagen. Unnötig Dir im einzelnen die Folgen meiner Verrücktheit zu erzählen; Du sollst nur erfahren, daß ich mich augenblicklich allein in meiner Beobachtungszelle der Krankenabteilung des Reviers befinde und bitterlich die verhängnisvollen Folgen meines abscheulichen Tuns bedaure und Dich noch einmal kniefällig um Verzeihung bitte. Tue es, denn Du bist gut und hast mich immer das Gute gelehrt. Auf baldiges Wiedersehen, meine liebe Mutter, ich umarme Dich und die Großmutter von ganzem Herzen und hoffe, daß es Euch gut geht.
Dein Dich innig liebender Sohn Maurice Utrillo.«

Den fleckigen Ausschlag der Fassaden, die verwitterten Mauern, die wackligen Dächer, den ganzen Bruch der Außenbezirke einer großen Stadt, die Blasen des lockern Putzes, die schmerzlichen Silhouetten der dürftigen Bäumchen, den Moder der alten, kleinen Häuser, dann plötzlich wieder den blendenden Anblick einer weißen Wand, das singende Rot eines neuangestrichenen Ladens, das Schwarz eines Mietshauses, dessen Fußböden sich werfen und knarren: das hat Maurice Utrillo am meisten gemalt, mit einfacher und ungewollter Zärtlichkeit. Alles das hat er auf dieser Butte Montmartre gefunden, der die Abbruchsunternehmer jetzt wieder wie Wilde zuleibe gehen. Er hat ein Stadtviertel verherrlicht, das morgen schon mit dem andern Kehrlicht der Stadt auf den Schutt geworfen sein wird. Nicht den Montmartre, der seinem Vergnügen nachgeht, sondern den dem Untergang geweihten Montmartre hat er gemalt, die von Fäulnis schimmlichen Mauern und ihren mit Ausschlag behafteten Putz; niemand hatte sie gesehen und dargestellt wie er.

Um die Wahrheit zu sagen: Er begann mit pastosen Landschaften, richtigen bäuerlichen Landschaften, ohne daß er es ahnte, ein wenig in der Art Pisaros und Raffaellis. Und gleich von Anfang an waren seine Resultate schlagend und von starker Anziehungskraft. Noch andere Vorzüge setzten bald in Verwunderung: seine natürliche Produktivität, seine unglaubliche Einfachheit und etwas Barbarisches, das sich mehr und mehr zu der beherrschten Kraft und der Ungezwungenheit einer seltenen Malertechnik entwickelte. Und dieses prachtvolle Wunder vollzog sich von allein. Denn Utrillo führte ein viel zu unregelmäßiges Leben, um irgendwem sich anzuschließen oder die Bilderausstellungen der anderen Maler zu besuchen. Man kann von ihm sagen, daß er von den ersten Tagen an in der Dämmerung seiner Träume gemalt habe, einzig von der Macht seiner Sensibilität getrieben.

Als es ihm in den Sinn kam sich vom Montmartre loszumachen, wandte er sich ebenso unbefangen anderen Gegenden zu; und auch da offenbarte er sich wieder als ein einzigartiger Landschaftsmaler. Denn in seinem kleinen, so engen Atelier, ganz gleich, wo es sich befindet, kann er die packendsten Töne, die feinsten Harmonieen erfinden. Dieser Maler, bei dem man den Eindruck hat, daß er nichts vertiefen will, bleibt immer ein wunderbarer Zauberer der Farbenwelt. Kirchen, Kathedralen, Ebenen, Berge und von schäumenden Wogen gepeitschte Inseln hat er gemalt. Er hat auch die Straßen von Paris, die Gassen der Dörfer, die Spitäler und Kasernen gemalt. Eines Tages wird er im Louvre neben den bedeutendsten Landschaftern hängen. Keiner bewegt uns tiefer, und keiner schenkt uns, in einer offenkundigen Naivetät, mehr Kraft und mehr Liebe.

Eines Tages sah ich in einem Dorf eine Kirche, die Utrillo geliebt hätte. Sie ist ganz weiß, ganz einfach in der leeren Landschaft, unter weitem, nacktem Himmel. Oh, wie viele solcher Kirchen hat er auch ganz weiß an den Straßenrand hingestellt! Und wie viele viereckige, massige Kirchtürme hat er zu mystischem Gebet in den klaren Himmel aufgerichtet, dessen wunderbare Durchsichtigkeit und dessen makellooses Licht niemand so wie dieser glühende Mystiker ins Grenzenlose auszubreiten verstand. Die Bäume, mit denen er seine Kirchen umgibt, die brennenden Büsche, mit denen er sie ziert, die Blumengürtel, mit denen er sie umschlingt, alles: alles ist hier bei dieser Dorfkirche, deren Tür noch von einem Gitter geschützt ist, eine alte Holztür mit verrosteten Angeln, die schwerer aufzustoßen ist als die Tür einer Gruft. Als ich um diese so rührende, so ärmliche und dennoch in ihren Gott so verliebte Kirche herumging: so feurig strahlt sie aus ihren Fenstern, sah ich all die Bilder noch einmal, die Maurice Utrillo für mich gemalt hat, und wie in Paris habe ich auch hier wieder die ganze Freude meiner großen Liebe für diesen Maler empfunden, der alle seine Meisterwerke in der Wirrnis und den Zuckungen eines fluchbeladenen Lebens geschaffen hat. Ja, auch hier waren wieder diese zerbröckelnden Steine, dieses Moos, dieses rankende Grün, dieser feuchte, zersetzende Ausschlag, diese ganze Gebrechlichkeit der Dinge, die plötzlich in einem lachsroten Ton sich heraushebt und auflebt, in einem lebhaften Zinnober, einem giftigen Grün oder in diesem köstlichen Chamois, einem Ton, den Maurice Utrillo erfunden, und den so viele andere Maler von ihm übernommen haben.

Arme Kirchen übrigens, arm: nicht, daß sie Mitleid erregen und elend sind, sondern, daß wir sie aus der tiefsten Tiefe unseres Selbst lieben, einem gefolterten Mystiker war es gegeben euch zu verherrlichen und euch mit der vollkommenen Freude des Glücks im Bild darzustellen. Denn erhaben glücklich muß man sein, um ein Opfer von solcher Zärtlichkeit zu ziselieren, ihr kleinen Kirchen, deren hübsches Dach sich im Frühling mit zarten Blümchen bekränzt wie zu einem reizenden Fest der Engel.

Oft wirkt die einfältige Seele aus den Gebeten Wunder. Utrillos Seele ist eine solche, kindlich und voller Keuschheit. Wie von Gewissensbissen gepeinigt tritt sie an das Werk heran, das sie darstellen will, und ganz aufgelöst, ernst und bebend, baut sie im Bild die Kirche auf, Stein für Stein, Balken für Balken, Ziegel für Ziegel, mit der Verschwendung ihrer ganzen Liebe und ihrer ganzen Opferbereitschaft. Eine hübsche und aufrichtige Huldigung. Da steht sie, die ländliche Kirche oder die mächtige Kathedrale mit dem donnernden Brausen ihrer Orgel. Wie die einzigartigen Baumeister, die die Kirche bis in die Wolken aufgeführt haben, mit dem Stolz ihrer Schiffe, ihrer Fenster, ihrer Säulen und ihres Turms, so mit der gleichen Freude hat sie auch Utrillo gemalt. Und so viele kleine und große Kirchen Frankreichs, die er gemalt hat, werden also zwiefach leben, werden zwei prächtige, beschauliche und wundervolle Leben führen: eines durch die Gnade der guten Steinhauer, und das andere Leben, aus Maurice Utrillos Geist, der sie mit so viel Sanftmut liebte.

Beneiden wir diese beiden erhabenen Lebensformen! Durch welche Zauberkünste verwirklichten der Architekt und der Maler dieses doppelte Wunder?

Da steht sie, die rührende Kirche, obwohl die Zeit ihr übel mitgespielt, sie

grausam zernagt und zerfressen hat. Unser Glaube hält sie am Leben und wacht über die letzten Schläge ihres Herzens. Sie richtet ihre von jeder Zerstörung angegriffenen Mauern auf; so wie sie sind bietet sie ihre Pfeiler, ihre Strebebogen, ihre Wölbungen und Fenster dar. Ihr Dach ist grün, rot oder von Moos überwuchert. Ihr Kirchturm trägt auf seiner Spitze einen zerbrochenen Hahn. Alles ist eine alte Sache, selbst der verfallene Friedhof, der in ihrem Schatten ruht, sieht aus, als wolle er nun keine Toten mehr annehmen. Es ist ein Verfall in den Steinen, ein Konto verschwundener Menschen. Und all das ist ein so banales und ein so schauriges Schauspiel für einen Maler, der da kommen soll. Utrillo ist gekommen und hat gemalt, und ein neuer, zuckender Schwall von Liebe hat das in längst vergangenen Zeiten erstandene Bauwerk wieder auf die Leinwand gebannt, ein ehemals ganz reines Werk des Vertrauens und der Anbetung, in dem der unbefleckte, weiße Glanz der Steine sang, wie jetzt noch, durch die Hand Utrillos, die inbrünstigsten und demütigsten Gebete singen.

Niemals käme es mir in den Sinn diesen Maler einen Meister zu nennen. Zweifellos ist er einer, und was für ein unbestreitbarer Meister! Aber er verdient etwas Besseres als diese abgebrauchte, platte, abgenutzte Bezeichnung so vieler ungeschickter Kriecher. Dieser Maler, der sein Werk in der vollkommensten Demut geschaffen hat, die keiner Spielerei zugänglich ist, verdient ein besonderes Wort, und ich sehe ihn auch beileibe nicht von dem ersten besten Minister mit Orden behängt. Laßt ihn, lassen wir diesen seltenen Maler in aller Ruhe, fern von unseren Bildertempeln, fern von unseren Kunstläden malen, wie einst Giovanni da Fiesole gemalt haben muß, der so zutreffend der Maler der Engel genannt wird. Der sanftmütige Maler Utrillo übertrifft vielleicht an Einfalt sogar alle, in der Vergangenheit und in der Zukunft. Ich sage: vielleicht. Denn ich erinnere mich plötzlich, daß Cézanne und van Gogh auch solche Maler waren, die sich nicht vor jedem ihrer Bilder anbetend auf den Boden warfen, im Gegensatz zu all diesen Schmierern, die bei jedem fertigen Werk vor Freude triefen, und die in Entzücken geraten, sobald man es lobt, nur um es nicht anspeien zu müssen.

Armer, großer Utrillo, der mich eines Tages fragte: »Sagen Sie, bin ich für Sie ebenso stark wie Dépaquit?« Da Utrillo vom Montmartre war, kannte er natürlich Dépaquit (leider ist dieser phantasiereiche Kamerad heute schon tot), aber unsern nationalen Herrn Q., den ägyptischen Maler, und unsern unnachahmlichen Herrn Z., den Cézanneimitator, Kubisten, Redner, Schriftsteller und Organisator von Ausstellungen, kennt er nicht.

DAVID LUSCHNAT · DIE RAUPE

NACHDEM die Raupe eine Zeitlang nur Grünes gefressen und sich kriechend fortbewegt hat, macht sich in ihr ein unwiderstehlicher Drang nach Veränderung bemerkbar. Sie fühlt sich altern. In ihrer Seele wächst eine Dunkelheit: ihr Tod. Ein fremdes Bewußtsein scheint hereinzudringen und die Raupenseele zu ersticken.

Wie elektrische Schläge durchflattern sie sonderbare Sehnsüchte, die mit ihrer Körperbeschaffenheit unvereinbar sind. Diese Begehungen könnte man etwa den Gelüsten schwangerer Frauen vergleichen, wenn nicht das Geschehnis in der Raupenseele so völlig andersartig wäre. Die Gebärende soll ja bei der Geburt nicht sterben sondern in erhöhter Freude weiterleben, um das

Kind zu ernähren und zu betreuen. Die Raupe hingegen soll ihre Wesenheit einbüßen, damit das Flügelwesen, das ungeborene, sich entfalte und ans Licht gelange. Sie empfindet alle raupenwidrigen Gelüste als Anzeichen ihres nahenden Todes. Eine unsichtbare Gewalt, stärker als Raupenkraft, hat von ihr Besitz ergriffen.

Ihr Raupenbewußtsein erstreckte sich bisher nur auf die zu überkriechenden Flächen. Jetzt beginnt es sich auf die Höhen- und Tiefendimension auszu dehnen und gewinnt dadurch eine schwindelerregende Haltlosigkeit. In einer solchen Welt, wie sie jetzt zu erscheinen beginnt, wäre eine Raupe unmöglich und sinnlos. Deshalb ist es nötig, daß sie vergeht.

Sie fühlt ihr Ende herannahen. Alle gewohnten Maßstäbe ändern sich und verschwinden. Ihr Bewußtsein wird schwankend und ungewiß, als ob sie träumte. Wie von fremdem Bewußtsein durchgeistert erlebt sie sich doppelt, ohne recht unterscheiden zu können, wo eigentlich der Schwerpunkt ihres Wesens zu suchen sei: in dem, was hinschwindet, oder in dem, was neu herzuwächst.

Erst als es immer dunkler in ihrer Seele wird, fühlt sie, daß die Vernichtung ihrer Raupengestalt gekommen ist. Sie denkt: Das Flächenwesen muß sterben, damit der Unbekannte mit dem neuartigen Bewußtsein geboren werden kann. Er soll aufblühen, und ich soll schwinden. Er muß wachsen, ich aber abnehmen. Ein künstliches Widerstreben würde den Vorgang nicht aufhalten. Die Umwandlung geschieht unaufhaltsam. Ich will also nicht versuchen wachzubleiben sondern gern einschlafen. Mit Wohlgefallen will ich über die Schwelle gleiten, die mich von der völligen Vernichtung trennt. Ich selbst will mir meinen Untergang bereiten. Ich werde dadurch, daß ich der dunklen Umarmung nicht Widerstand leiste, Herr sein über meinen Tod.

So überläßt sich die Raupe willig der lähmenden Müdigkeit, die von ihr Besitz ergreift. Sie träumt sich in eine immer tiefere Tiefe sinken und gleichzeitig wie ein senkrechter Pfeil ins Herz des Sterngewölbes emporsteigen. Ihr Traumbewußtsein ist eine angespannte Saite, bangend vor dem Zerreißen und zugleich lustvoll singend in einem geheimnisvollen Ton, der sich in 2 Töne zu spalten scheint: einen immer tiefer und einen immer höher werdenden. Die schlafende Raupe hört sich sterben. Sie möchte gern auch das letzte erfahren und dabei sein, wenn der allzu straff gespannte Faden ihres Bewußtseins reißt. Innig lauscht sie, um den Übergang über die Schwelle nicht zu versäumen. An der Schwelle aber erwartet sie eine schattenhafte Wächterin. Sie schaudert zurück, denn der Anblick dieser gespenstigen Warnerin ist so gräßlich, daß es ihre arme Kraft übersteigt ihn auszuhalten. Sie erblickt sich selbst in einer trügerisch veränderten Gestalt. Riesige Flügel beschatten ihren kläglich zusammengeschrumpften Leib. Dieses wolkige Schattengewoge scheint gemischt aus den Farben des Lichts und den namenlosen Mächten der Verwesung. Sie weiß: Dies ist kein Traum sondern furchtbarste Wirklichkeit. Von Angst gewürgt verliert sie den letzten Halt. Die Saite ihres Bewußtseins ist so dünn geworden, daß sie von der höchsten Helligkeit durch alle Grade der Dämmerung bis in die tiefste Finsternis reicht; sie ist die Achse geworden, um die das Weltall kreist.

In dem rasenden Wirbel der einander jagenden Gestirne reißt die tönende Saite. Die Raupe verliert das Bewußtsein und gewinnt es zurück als Schmetterling, der sich mühsam aus seinem Gefängnis befreit.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Schippel † Des vielseitigen Mannes sei auch hier in dieser Rundschau kurz gedacht. Die Wiener Arbeiterzeitung schrieb in ihrem Nachruf auf ihn: »Die hohe Bedeutung der Beteiligung an den Gemeindewahlen hat er schon damals [1887] hervorgehoben.« Diese Tatsache ist bemerkenswert, besonders deshalb, da es sich damals um die Zeit des Sozialistengesetzes handelte, in der als naturnotwendige Antwort auf die brutalen Verfolgungen der schärfste "Radikalismus" in der Partei die Oberhand hatte. Und dieser hat ja stets die Teilnahme an der praktischen Politik, in der Staats- wie in der Gemeindepolitik, abgelehnt, weil er immer glaubte, mit einem großen Schlag die Umwälzung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft zu erzwingen. Als Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte hat dann Schippel in den letzten Jahrzehnten auch zu kommunalen Fragen, so zur Sache der kommunalen Besteuerung gelegentlich der Abschaffung der Lebensmittelkontrollen, Stellung genommen und in der Nachkriegszeit die Tätigkeit der Sozialisierungskommission, insbesondere ihre Arbeit an der Kommunalisierung, in einer Reihe von Artikeln kritisch besprochen. Schippel war damals Leiter der nach dem Novemberumsturz begründeten Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, an deren Spitze er bis Ende 1922 stand. In dem Geleitwort, das er dem 1. von ihr veröffentlichten Heft beigab, hob er hervor, daß die Veröffentlichungen zur Klärung aller jener wirtschaftssozialen Probleme beitragen sollten, die mehr denn je über das System der freien Konkurrenz hinaus auf neuartige öffentlichrechtliche Eingriffe der Organisation übergreifen. Dazu rechnete er auch die Kommunalisierung. Eine ganze Reihe der Hefte beschäftigt sich mit wichtigen Problemen auf diesem Gebiet, so das 3. Heft mit der Regelung der Milchversorgung, das 4. mit Kino und Gemeinden, das 10. mit der Entwicklung der Gemeinwirtschaft in Sachsen, das 11., von Schippel selbst geschrieben, mit dem Sozialisierungsgesetzentwurf, das 19., ebenfalls von ihm, mit der Krisis der gemeindlichen Gasversorgung in Sachsen. Auf die Vorgänge, die zu seinem Rücktritt von der Leitung führten, soll

hier nicht weiter eingegangen werden. Sie sind ein weiterer Beweis für die Unduldsamkeit gegen abweichende Meinungen selbständiger Köpfe, der wir überall in den deutschen Parteien und nicht zum mindesten leider auch in unserer eigenen Partei begegnen.

Gasfernversorgung

In den letzten Monaten wurden 2 Verträge, die die Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung, jetzt Ruhrgasaktiengesellschaft, mit der Provinz Westfalen und mit der Stadt Hannover abgeschlossen hat, bekannt und auch in der Presse lebhaft besprochen. Beide bestätigen durchaus die großen Befürchtungen, die jeder Kenner der Geschichte der kommunalen Gasversorgung und jeder Freund der öffentlichen Wirtschaft von vornherein haben mußte, als er von den Plänen jener Privatgesellschaft erfuhr. Die Provinz Westfalen hatte im August 1927 unter Beteiligung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen eine rein kommunale Gesellschaft mit beschränkter Haftung Ferngasversorgung Westfalen gegründet. Ihre Aufgabe sollte die Weiterleitung der Verkäufe aus der Ferngasversorgung sein. Das Stammkapital wurde zu 20 % von der Provinz Westfalen, zu 40 % von den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, der Rest von 40 % von den verschiedenen Stadt- und Landkreisen, Städten und Ämtern übernommen. Die Gesellschaft verpflichtet sich der neu gegründeten Gesellschaft das ausschließliche Recht der Ferngaslieferung in ihren Bezirken zu geben und Verhandlungen über Ferngaslieferung nur durch die Gesellschaft zu führen. Sie soll ferner mit der Ruhrgasgesellschaft einen Vertrag auf der Grundlage abschließen, daß diese Gas nur an sie liefert und das Verteilungsnetz innerhalb ihres Gebiets ihr überläßt.

Wie weit sind nun diese geplanten Grundsätze durchgeführt worden? Die Provinz setzte es durch, daß die Ferngasversorgung Westfalen als alleiniger Vertragspartner in der Provinz Westfalen anerkannt wird, mit Ausnahme eines fest umgrenzten Gebiets, das bereits anderweitig mit Koksgas beliefert wird. Als Gegenleistung erhält die Ruhrgasgesellschaft wertvolle Wegerechte an den Provinzialstraßen. Im übrigen aber ist der Vertrag, der zwischen ihr und der Ferngasversorgung Westfalen abge-

geschlossen wurde, alles andere als günstig für diese und für die von ihr vertretenen Kommunen. Die Ruhrgasaktiengesellschaft erhält in der Provinz eine Monopolstellung: Ferngas darf nur von ihr bezogen werden. Das ist die alte Exklusivklausel, die man aus der Geschichte der Gasversorgung kennt. Die Ferngasversorgung Westfalen verpflichtet sich aber außerdem noch außerhalb ihres Versorgungsgebiets an Dritte nicht zu liefern. Das Durchleitungsrecht, das die Provinz der Ruhrgasgesellschaft gewährt, dauert über den eigentlichen Lieferungsvertrag hinaus. Endet dieser aus irgendwelchen Gründen, kann die Ruhrgasaktiengesellschaft ihr Rohrnetz weiter liegen lassen und für die Durchleitung von Gas weiter benutzen. Während die Verträge der einzelnen Gaswerke früher vorsahen, daß bei Ablauf der Konzession das Rohrnetz entweder zu entfernen oder an die Stadt unentgeltlich oder zu einem bestimmten Preis abzugeben sei, bleibt hier das Rohrnetz mit dem Durchleitungsrecht in der Hand der Ruhrgasgesellschaft. Diese Bestimmung ist für die Gesellschaft deshalb besonders vorteilhaft, weil sie ihre günstige Stellung in der Gasverteilung dauernd macht. Die Verteilung des Ferngases an die industriellen Unternehmungen der Aktionäre der Ruhrgasgesellschaft, die Konzernwerke, erfolgt durch die Gesellschaft direkt. Damit ist das Liefermonopol der Ferngasversorgung Westfalen an diesem wichtigen Punkt durchbrochen. Neben dem Konzerngas steht das sogenannte Industriegas, das heißt Gas, das an die Verbraucher von jährlich mehr als 125 000 Kubikmeter geliefert wird. Dieses Gas ist grundsätzlich um 0,2 Pfennig billiger als das Kommunalgas. Es wird von der Ferngasversorgung Westfalen an die Verbraucher geliefert. Der Preis für dieses Industriegas ändert sich entsprechend dem Kohlenpreis und der Höhe der Löhne der Bergarbeiter. Wie Leopold Schwarzschild in dem Magazin der Wirtschaft betont, wird eine Lohnerhöhung, auch wenn sie keine Kohlenpreiserhöhung nach sich zu ziehen braucht, demnach den Gaspreis erhöhen. So wird auf Umwegen für den als Gas verwerteten Teil der Kohlen automatisch eine Preiserhöhung gesichert, selbst wenn zum Beispiel der Reichswirtschaftsminister eine Preiserhöhung der Kohle für unbegründet hält und nicht gestattet. Die selbe Methode der Preisberechnung gilt auch für das Kommunalgas, das heißt alles übrige Gas, das an die Kom-

munen abgegeben wird. Die Situation der Ferngasversorgung ist auf Grund dieser Vertragsbestimmung sehr schwierig. Während die Konzernwerke das billige Konzerngas beziehen, muß die übrige Industrie mindestens den Preis von 3 Pfennig pro Kubikmeter bezahlen, den die Ferngasversorgung selbst zu bezahlen hat und einen Zuschlag für die Selbstkosten dieser Verteilungsgesellschaft. Es wird aber sehr fraglich sein, ob die Gesellschaft die höheren Preise für das Industriegas im Vergleich zum Konzerngaspreis gegen die kleinere Industrie auf die Dauer wird aufrechterhalten können. Auf keinen Fall werden die Kommunen es durch Selbstkostenaufschläge verteuern können. Es bleibt also nur übrig die Unkosten der Ferngasversorgung und die Aufschläge zur Deckung des städtischen Finanzbedarfs auf das Kommunalgas, das heißt das Gas des Kleinkonsumenten, abzuwälzen. Das ist eine für die großen Unternehmer sehr angenehme Entwicklung. Sie erhalten auf diese Weise eine recht beträchtliche Steuerentlastung und können mit Genugtuung sehen, wie die ihnen abgenommene Last der großen Masse aufgepackt wird. Auch sonst enthält der Vertrag noch höchst bedenkliche Bestimmungen. So soll die Ferngasversorgung Westfalen nicht berechtigt sein das von der Ruhrgasgesellschaft bezogene Gas selbst für industrielle Zwecke zu verwenden, die für diese Gesellschaft oder deren Tochtergesellschaften und Aktionäre eine Konkurrenz bedeuten. Der preussische Staat hätte in der Tat allen Anlaß, entsprechend einem frühern Beschluß des Hauptausschusses des Landtags, sich im Interesse der Kommunen stärksten Einfluß auf die Ferngasversorgung zu sichern und dafür zu sorgen, daß solche unsozialen Verträge nicht abgeschlossen werden. Da für die Ferngasversorgung eine Anleihe aufgenommen werden soll, hat er die Möglichkeit bei ihrer Genehmigung einzugreifen.

Ähnlich steht es um den Vertrag mit der Stadt *Hannover*. Hier liegen die Verhältnisse ganz besonders bedenklich. Der Vertrag, der mit der Ruhrgasaktiengesellschaft abgeschlossen ist, findet sich in der weiter unten im Literaturabschnitt angezeigten Schrift Öffentliche oder private Gasversorgung?, der weiteste Verbreitung zu wünschen ist. Es wird allgemein behauptet, daß neben dem Hauptvertrag noch ein Geheimvertrag bestehe. Hannover ist die einzige Stadt außerhalb des Industriegebiets, die einen Vertrag

mit der Ruhrgasgesellschaft abgeschlossen hat. Aus welchen Gründen sie sich von den übrigen Städten und dem Deutschen Städtetag abgetrennt hat und selbständig vorgegangen ist, weiß man noch nicht. Auf jeden Fall hat die Ruhrgasgesellschaft dieses Verlustgeschäft nur abgeschlossen, um in die Phalanx der Städte einzubrechen. Sie hofft dabei, daß, wenn einmal eine Stadt mit ihr abgeschlossen hat, auch andere dem Beispiel folgen werden. Die Preise, die Hannover bezahlt, sind sehr günstig, sie liegen unter denen, die eine größere Anzahl von Städten im Ruhrgebiet selbst zu bezahlen hat. Das gilt zum Beispiel für Essen mit 3,5, Bochum mit 3,56, Barmen mit 4,1, Dortmund mit 3,6, Oberhausen mit 4,5, Hamm mit 6 Pfennig pro Kubikmeter Gas frei Behälter, während in Hannover der Preis bei Abnahme bis zu einem Quantum von 50 Millionen Kubikmeter 3,5 Pfennig, bis zu 60 Millionen 3,4, bis zu 70 Millionen 3,3 und bei einer Abnahme über 70 Millionen 3,2 Pfennig pro Kubikmeter beträgt. Industriegas kostet 3 Pfennig pro Kubikmeter. Die Deutsche Kontinentalgasgesellschaft, die in Linden ein Gaswerk betreibt, hatte der Stadt Hannover ein Angebot von 2,8 Pfennig pro Kubikmeter frei Behälter gemacht. Trotzdem hat die Stadt aus unbekannten Gründen der Ruhrgasgesellschaft die höheren Preise bewilligt und mit ihr den Vertrag abgeschlossen. Den Einwohnern will die Stadtverwaltung den Verzicht auf kommunale Gasproduktion dadurch angenehmer und schmackhafter machen, daß sie den Preis um 1 Pfennig herabsetzt. In der oben genannten Schrift des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird die Bedeutung dieser Ermäßigung im Vergleich zu der Belastung, die der Vertrag bringt, festgestellt. Die Herabsetzung des Gaspreises um 1 Pfennig bringt bei einem Gasverbrauch von etwa 40 Millionen Kubikmeter 400 000 Mark pro Jahr. Auf der andern Seite der Rechnung stehen erhöhte Kosten von Gas für Gaskoks bei einem Ortsverbrauch von 36 000 Tonnen und einem Mehrpreis des Zechenkoks gegenüber dem Gaskoks mit 88 Pfennig pro Zentner von rund 630 000 Mark pro Jahr. Der höhere Kokspreis belastet auch die Stadtverwaltung. Dazu kommen noch die Überpreise für Teer, Ammoniak und Benzol, die ebenso die Bevölkerung und die Stadt treffen werden, und die Notwendigkeit für 400 im Gaswerk beschäftigte Arbeiter Arbeit zu schaffen oder eine Entschädigung zu zahlen.

Die Ruhrgasgesellschaft hat sich diesen Vertrag etwas kosten lassen. Sie hat nicht nur der Stadt niedrige Preise gewährt, sondern sie hat sich auch der Preußischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft gegenüber verpflichtet von der Zeche Obernkirchen, die dieser Gesellschaft gehört, 18 Jahre lang jährlich 15 Millionen Kubikmeter Gas abzunehmen und nach Hannover zu liefern. Dafür hat die Ruhrgasgesellschaft einen Preis von 4 Pfennig pro Kubikmeter zu bezahlen. Das bedeutet einen Jahresverlust von 75- bis 150 000 Mark, je nach Größe des Gesamtabsatzes. Die Bedenken, die oben gegen verschiedene Bestimmungen des Vertrags mit der Provinz Westfalen geäußert wurden, gelten auch für den Vertrag mit Hannover, da diese Bestimmungen hier wiederkehren. Man braucht daher auf jene einzelnen Punkte nicht noch weiter einzugehen. Beide Verträge sind jedenfalls für die Beurteilung des Verhältnisses der privaten zur öffentlichen Wirtschaft von erheblicher Bedeutung.

Milchversorgung Am 16. Juli begann eine Tagung des Reichsverbands Deutscher Milchhändlervereine in Stuttgart, die sich mit der wichtigen Frage der Milchversorgung der Städte wieder einmal auseinandersetzte. Die Diskussion und die im Anschluß daran gefaßte Resolution zeigen, daß die deutschen Milchhändler wie die erlauchten Bourbonen noch nichts aus der Geschichte gelernt haben. Die Syndici, die ihre Weisheit zum besten gaben, behaupteten nach alten Rezepten, daß der private Milchhandel sich stets seiner Aufgabe bewußt und immer bemüht gewesen sei eine möglichst hygienische Milchversorgung einzurichten und den Milchgenuß in immer größerem Maß in den Volkskreisen zu steigern. Sie lehnten es daher auch ganz entschieden ab die öffentliche Hand in die Milchversorgung eingreifen zu lassen. Die Resolution wiederholte die Ausführungen der Syndici. Für die Gemeinden sei keine Veranlassung mehr zu einer wirtschaftlichen Betätigung auf dem Gebiet der Milchversorgung gegeben. Der deutsche Milchhändler sei imstande die Milchversorgung der Bevölkerung in einwandfreier Weise durchzuführen, was durch Hunderte von Beispielen bewiesen sei. Die Reichs- und Länderregierungen werden gebeten den selbständigen Milchhandel zu schützen und sich gegen die Bestrebungen der Kommunen nach seiner Ausschaltung auszusprechen. Der be-

kannte Artikel 164 der Reichsverfassung wird dabei zur Unterstützung herangezogen. Nun ist von einer Ausschaltung des selbständigen Handels nirgends die Rede. Auch da, wo die Kommunen Milchhöfe einrichteten, beteiligten sie den Milchhandel sowohl an dem Kapital wie an der Leitung genau so wie die Milchproduzenten. Rein städtisch sind nur die Kölner Milchversorgung, die Kindermilchanstalt in München-Gladbach und die Städtische Molkerei in Homberg am Niederrhein. Auf der anderen Seite ist zum Beispiel die Stadt Stuttgart an der Milchversorgungsgesellschaft nur noch mit einem Viertel des Gesellschaftskapitals, Offenbach mit 40 %, Saarbrücken mit 25 % beteiligt. Allerdings können die Städte angesichts der früheren unerträglichen Mißstände auf dem Gebiet der Milchversorgung nicht darauf verzichten in den privaten Milchhandel einzugreifen und für Ordnung zu sorgen. Hier handelt es sich vor allem um die Ausschaltung der Zwergbetriebe, die übrigens, wie der Direktor Metzger vom Städtischen Chemischen Untersuchungsinstitut in Stuttgart mitteilte, auch bei der Milchproduktion für die Stadt Stuttgart eine große und sehr ungünstige Rolle spielen. Den Zwergbetrieben wird aber der Lebensfaden nicht so sehr durch den Milchhof als vielmehr durch den Konzessionszwang abgeschnitten, der, wie Metzger hervorhob, unbedingt notwendig ist. Hebung des Mehrverbrauchs der Milch, von der die Milchhändler immer reden, setzt aber Mehrerzeugung und vor allem Erzeugung eines bessern Produkts voraus. Wenn der Tagesbedarf einer Stadt von der Größe Stuttgarts mit etwa 136 500 Liter Milch durch 17 000 Landwirte geliefert wird, kann von einer einheitlichen hygienisch zuverlässigen Produktion nicht die Rede sein. Propaganda für den Mehrverbrauch eines solchen Produktes läßt sich nicht verantworten.

Kilowattstunden. $\diamond$ Die kommunalen Körperschaften *Bielefelds* lehnten es einstimmig ab sich an die Ruhrgasaktiengesellschaft anzuschließen. $\diamond$ Die *Dresdener Stadtbibliothek* erwarb die Bibliothek und mit ihr auch den handschriftlichen Nachlaß Max Schippels.

Literatur

Es sei dem Bearbeiter dieser Rundschau gestattet mit einigen Worten auf das Erscheinen des 1. Bands der Neuen Folge des Kommunalen Jahrbuchs und der beiden Ergänzungsbände des Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften, beide im Verlag Gustav Fischer in Jena, aufmerksam zu machen, obschon er an beiden als Herausgeber und Mitarbeiter beteiligt ist. Der neue Band des *Kommunalen Jahrbuchs* gibt wieder wie im Jahr 1909 eine zusammenfassende Übersicht über den Stand der kommunalen Verwaltung und will damit eine Grundlage schaffen, auf der dann die jährlichen Übersichten der früheren Jahrgänge weitergeführt werden können. Es sind alle Städte behandelt, die dem Deutschen Städtetag unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind, ohne Rücksicht auf ihre Einwohnerzahl, sowie alle Gemeinden, auch Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern. Ein Vergleich der Mitteilungen der Städte aus den Jahren 1908 und 1926 ist höchst lehrreich und interessant. Er zeigt, wie außerordentlich stark das Aufgabengebiet der Gemeinden gewachsen ist. Das gilt insbesondere für das Gesundheitswesen und die Wohlfahrtspflege; an 3. Stelle wäre das Wohnungswesen zu nennen. Große Veränderungen zeigt auch das Gebiet der Wirtschaftspflege mit dem Vordringen überkommunaler Unternehmungen, die die Gemeindebetriebe zum Teil ersetzen, mit der Überführung der kommunalen Werke in private Unternehmungsformen, mit der Ausbildung des Verkehrswesens und der Verkehrsförderung usw. $\diamond$ Das *Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften* hatte in seinen 4 Hauptbänden, die in den Jahren 1914 bis 1924 erschienen, einen bewegten Lebensgang hinter sich, über den das Geleitwort zum 4. Band Näheres berichtet. Große Teile sind sehr bald infolge des Krieges, des Novemberzusammenbruchs und der Ereignisse, die sich an ihn anschlossen, veraltet. Eine vollständige Neubearbeitung aller Artikel erschien, mit Rücksicht auf wichtige noch nicht zum Abschluß gebrachte Gesetzgebungswerke, nicht angängig; es wäre ein gewagtes Unternehmen gewesen, das

Kurze Chronik Die *Berliner Städtischen Elektrizitätswerke*, deren Kapital sich ganz in den Händen der Stadt befindet, schlossen mit den Elektrowerken (Reichsbesitz) einen neuen Stromlieferungsvertrag ab, der zu einer Senkung der Strompreise führte. Gleichzeitig wird das Vertragsverhältnis zwischen den Elektrowerken und dem Spandauer Kraftwerk, das gleichfalls in städtischem Besitz ist, neu geregelt. Die von Berlin abzunehmenden Strommengen steigen in den Jahren 1928 bis 1933 von 340 auf 500 Millionen

vielleicht den gleichen Torso gebracht hätte. Infolgedessen entschlossen sich Herausgeber und Verlag dazu durch Nachträge und Ergänzungen das Hauptwerk auf den neuesten Stand zu bringen. Der aus 2 Teilen bestehende Ergänzungsband ist im Lauf des Jahres 1927 gedruckt worden. Er bringt in rund 500 Artikeln das wissenschaftliche, gesetzgeberische und praktische Material, das seit dem Abschluß der entsprechenden Artikel des Hauptwerks hinzugekommen ist. Eine ganz besondere Berücksichtigung ist dabei dem kommunalen Finanzwesen gewidmet worden, dessen Zusammenhänge mit der Reichs- und Landessteuergesetzgebung der Präsident des Deutschen Städtetags Oskar Mulert in einem umfangreichen vortrefflichen Artikel unter dem Titel *Kommunalsteuern und Finanzausgleich* ausführlich behandelt. Er betrachtet im Gegensatz zum Artikel Johannes Popitz' im Handwörterbuch der Staatswissenschaften die Materie vom Gesichtspunkt der Kommunen aus und kommt infolgedessen an vielen Punkten nicht nur zu einer abweichenden theoretischen Auffassung sondern auch zu einer abweichenden Einschätzung der tatsächlichen Vorgänge und Bedürfnisse. < Die vom Vorstand des *Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter* in Berlin herausgegebene Schrift *Öffentliche oder private Gasversorgung?* bietet eine gute Übersicht über die Geschichte der Gasversorgung, untersucht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ferngasversorgung, insbesondere des angestrebten Monopols für die Ruhrindustrie, und gibt eine Übersicht über die Verhandlungen über den Bezug von Ferngas. Abgedruckt sind im Anhang 3 Verträge, darunter der oben besprochene Vertrag zwischen der Stadt Hannover und der Ruhrgasgesellschaft, und einige Karten über geplante und bestehende Versorgungsnetze.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Scheler †

Einen sehr schwer zu tragenden Verlust hat die Philosophie durch den Tod Max Schelers erlitten, der in der Fülle seines Schaffens, 54 Jahre alt, am 19. Mai plötzlich hinweggerafft wurde. Er hatte bei Eucken studiert und in Jena auch 1899 promoviert. Aber erst, als er nach München kam und in den Kreis von Lipps und dessen Schülern trat, wo er die Phänomenologie kennen lernte, entfaltete sich der philosophische Geist in

ihm. Eine unendliche Aufnahme- und Lernfähigkeit, gepaart mit einer in letzte Feinheiten dringenden Kraft der innern Anschauung, des bildhaften Erfassens des Wesentlichen an geistigen Gebilden ist die Grundlage seines überaus erfolgreichen Lebens und Denkens. Scheler war ein Philosoph, der dem Leben, seinen Konflikten und Abgründen sehr nahe stand, und der aus den Erhebungen und Zerschmetterungen eines wechselvollen Schicksals das Material zu einer in die Höhen des philosophischen Logos aufsteigenden Philosophie nahm. Darin wurzelt die Unmittelbarkeit seines Philosophierens, und gerade dafür muß man ihm besonders dankbar sein. Er brachte Philosophie und Leben in eine seit langer Zeit nicht mehr gesehene Nähe. Welche Feinheit des innern Wahrnehmens offenbarten die Schriften über Ressentiment und moralisches Werturteil /1912/ und Zur Phänomenologie der Sympathiegefühle /1913/. Neue Bahnen eröffnete er der Ethik in seinem Werk *Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik* /1916/, dem Versuch einer Theorie eines materialen Wertapriori. Die Hinwendung zur Religionsphilosophie führte dann zu dem interessanten Unternehmen den Augustinismus mit den Mitteln der Phänomenologie aufleben zu lassen. Die letzten Jahre erfüllten Arbeiten zur Soziologie des geistigen Lebens, zur Ontologie und zur philosophischen Anthropologie. Hier werden überall überraschende Durchblicke gegeben und Brücken zwischen scheinbar Fernstem geschlagen. Scheler war ein Meister der phänomenologischen Methode, die er aus der Verengung befreite, in die sie zuletzt geraten war. Die Philosophie wird die Anregungen verarbeiten, die ihr Scheler gegeben hat.

Kategorienlehre

Die Untersuchungen zum Kategorienproblem, die in den letzten beiden Jahrzehnten erschienen sind, gehen wohl alle auf Cohen und Windelband zurück. Cohen hat in seiner Logik des Ursprungs in einer Durchführung der transzendentalen Methode den letzten Punkt erreicht, in dem die Kategorien gründen, und hat von da aus auch ihr gegenseitiges Verhältnis deutlich gemacht. Windelbands Leistung war die Unterscheidung zwischen konstitutiven und reflexiven Kategorien, entsprechend dem verschiedenen Problembereich der Erkenntnistheorie und der Logik. Aber die Untersuchungen dieser beiden Denker und aller ihnen Nachfolgenden umrissen

nicht den ganzen geistigen Kosmos. Es war immer die Kategorienlehre des transzendentalen Idealismus, was gegeben wurde, die Aufdeckung der Erkenntnisprinzipien einer ganz bestimmten Erkenntnisweise. Erst in den letzten Jahren, mit der Hinwendung zu einer umfassenden Philosophie des Geistes, versteht man, was unter der Forderung nach einer universalen, die Fülle des Geistes durchmessenden Kategorienlehre zu begreifen ist. Wir sehen nämlich heute wieder, wie es zu Zeiten Hegels geschah, daß alle im Verlauf der Geschichte auftretenden Weltanschauungen und ihre Ausprägungen in Philosophie, Kunst, Religion, Wissenschaft usw. sich nicht gegenseitig vernichten sondern sich zur Einheit des Geistes ergänzen. Sie sind seine Sonderformungen und fordern sich gegenseitig. Eine wirklich universale Philosophie wird die Mannigfaltigkeit der Standpunkte in ihrer Notwendigkeit aus der Einheit des Geistes deduzieren. Wie das zu machen ist, dafür finden sich heute überall Ansätze. Man kann von ihnen allen sagen, daß sie vom Geist Hegels getragen, aber frei von seiner Schematik sind. Der Grundgedanke bei allen ist die Lehre von einem überstandpunktlichen Prinzip, dessen Entfaltung zu den historisch eingenommenen Standpunkten führt.

Gerade zur rechten Zeit, um die Weiterentwicklung dieser Lehre zu fördern, kommt ein Buch, das als Ertrag eines langen Denkerlebens mit höchster Sauberkeit der Darstellung und scharfsinniger Gedankenführung das sagt, was bis jetzt zu dieser Lehre gesagt werden kann. Dieses Buch, verfaßt von *Ludwig Fischer*, heißt *Die natürliche Ordnung unseres Denkens und der Zusammenhang der Weltanschauungen* /Leipzig, Felix Meiner/. Es will nicht mehr und nicht weniger geben als eine Aufzeigung der allgemeinsten Struktur des Geistes und des Verhältnisses der besonderen Geistesformen, die sich als Weltanschauungen darstellen, zu einander und zur allgemeinen Grundstruktur. Diese Grundstruktur ist das System der Kategorien, das nicht nur in seiner ganzen Breite aufgeführt, sondern dessen Hervorgang aus einem letzten Grundprinzip auch sichtbar gemacht werden soll. Hierbei bedient sich der Verfasser der in der Mathematik mit so großem Erfolg gehandhabten axiomatischen Methode, zwar in einer hier und da etwas umständlichen Weise, die aber doch der Sicherheit des Gedankengangs zugute kommt. Aus einer Sichtung der Erfahrungserkenntnis er-

geben sich 3 Ordnungsstufen: 1. die »statische Beschreibung«, deren Ordnungsform der Raum ist, 2. die »dynamische Beschreibung« mit der Grundform der Zeit, 3. die »psychische Beschreibungsform« mit dem Wissen als Grundform. Es ergibt sich nun, daß allen diesen 3 Bereichen und ihren Ordnungsformen eine Urform von größter Allgemeinheit zugrunde liegt, die eine Beziehungsform ist, nämlich der Gegensatz. Dieser Grundbegriff stellt sich dem Verfasser in 4facher Art dar: als »wechselseitige Bedingtheit«, als »Bestimmtheit«, als »Einheit-Vielheit« und als »Ordnung«. Diese 4 Begriffe oder Begriffsgruppen sind in dem Urbegriff als wechselseitig sich fordernde enthalten. Das wird alles induktiv gewonnen und spielt gewissermaßen eine propädeutische Rolle. Auch die sich an diese Erörterungen anschließenden methodischen Überlegungen, die aus der Urbeziehungsform 3 methodische Grundsätze für die formale Analyse des Urbegriffs herleiten, tragen noch vorbereitenden Charakter. Nun beginnt erst die Darstellung des eigentlichen Problems: die rationale Analyse des Urbegriffs. In seiner immanenten Entfaltung entwickeln sich 3 Stufen von Formen: die vorindividuellen, die individuellen und die transindividuellen. Die sich so ergebenden Allgemeinbegriffe sind die all unserm Denken und Erfahren zugrunde liegenden Kategorien. Ein außerordentlich reiches Gewebe von Begriffen und Begriffsbeziehungen entwickelt sich da, dessen Eigenart sein rein rationaler Charakter ist. Dem so rein rational vom Urbegriff her analytisch gewonnenen Weltbild entspricht nach Fischer ein anderes, das sich vom »Vollwirklichen« her entwickelt. Es gibt also 2 Weltbilder, die sich wie Hauptbild und Kehr Bild zu einander verhalten; sie entsprechen einander in manchen Zügen und sind entgegengesetzt in anderen. So entsprechen die kehrbildlichen Begriffe Materie, Kraft dem analytischen der Substanz und des Wirkens. Es scheint so, als sei mit diesen beiden Weltbildern gemeint, was Kant mit dem Unterschied von rein und empirisch bezeichnet. Man weiß, wie sich Kant in seinen letzten Jahren im *Opus posthumum* abgequält hat einen Übergang vom Apriorischen zum Aposteriorischen zu finden und dabei vielfach der spätern spekulativen Philosophie vorgriff. Es ist interessant Fischers so ganz anders gearteten Versuch mit Kants Unternehmen zu vergleichen. Sehr bemerkenswert ist aber noch ein anderes, was sich bei Fischer aus

seiner Auffassung vom Zusammenhang der Kategorien ergibt. Indem nämlich von jedem Begriff zu jedem andern Fäden gehen, kann jeder Begriff in den Mittelpunkt der Deduktion gestellt werden; es kann von jedem Punkt das ganze System abgeleitet werden. Und weiter läßt sich jedes derartige System in ein anderes umformen. Jede in sich wohlgeordnete Zusammenfügung der Grundbegriffe ist ein philosophisches System. Wenn nun nach Fischer die einzelnen philosophischen Systeme sich dadurch auszeichnen, daß sie von einem bestimmten Punkt der natürlichen Ordnung ausgehen, den sie zum Mittelpunkt machen, so kann man die einzelnen philosophischen Systeme in einander transformieren, wie man Gleichungen der analytischen Mechanik umformen kann. Die verschiedenen Systeme der Philosophie sind nur verschiedene »Standpunkte« in der natürlichen Ordnung der Begriffe. Es erwächst so die Aufgabe die Geschichte der Philosophie als die Abwandlung dieser Standpunkte innerhalb des natürlichen Systems der Denkkordnung aufzufassen; eine Aufgabe, der sich der Verfasser mit viel Scharfsinn widmet. Es ist interessant zu sehen, wie in der Entwicklung der Philosophie seit den Vorsokratikern alles Denken um das Problem des Gegensatzes kreist, und wie in immerwährendem Ringen immer reiner die natürliche Ordnung der Kategorien herausgearbeitet wird. Die philosophiegeschichtliche Betrachtung hat aber auch den Nachweis zu liefern, daß jedes System und jeder Standpunkt ihren Ort in der natürlichen Ordnung haben. Man muß sagen, daß Fischer von seinen Prinzipien aus überraschende Einblicke in einzelne philosophische Systeme gelangen. Ganz hervorragend ist die Analyse Kants und Hegels.

Die in diesem Buch vorgelegte Lehre ist ein sehr beachtenswerter Versuch das gleiche wie Hegel zu leisten, ohne dessen Voraussetzungen anzuerkennen. Denn Fischer gehört in die Reihe jener modernen Philosophen, die, von der Mathematik herkommend, in einer neuen Art von Formallogik eine Revolution der Philosophie vorbereiten.

Neuausgaben Von *Hermann Cohen*, dem Begründer der Marburger Schule, sind in 2 starken Bänden Schriften zur Philosophie und Zeitgeschichte erschienen (Berlin, Akademieverlag). Als Herausgeber zeichnen Albert Görland und Ernst Cassirer. Man findet unter den hier zusammengestellt-

ten Arbeiten manche, die seit langen vergriffen sind, wie die große Abhandlung über das Prinzip der Infinitesimalmethode und die Arbeit über Platos Ideenlehre und die Mathematik. Nicht ohne Ergriffenheit liest man diese und die anderen Arbeiten aus dem Beginn der philosophischen Renaissance gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Nachdrücklich muß auf diese sachlich wichtige und sehr schön ausgestattete Veröffentlichung hingewiesen werden.

Totenliste Nach langer schwerer Krankheit starb am 1. Mai in Berlin der Philosoph und Schriftsteller *Ludwig Kraft*. Sein Leiden machte es ihm unmöglich seine Gaben auch nur annähernd zum Ausdruck zu bringen. Vieles davon ist in seinen zahlreichen Briefen niedergelegt. Kraft war ursprünglich Arzt und wandte sich dann, hauptsächlich unter dem Einfluß Nietzsches, dessen Studium sein Leben größtenteils gewidmet war, der Philosophie zu. Er gehörte zu denen, die Nietzsche am tiefsten ergriff, und die wiederum ihn aus seinen innersten Beweggründen heraus verstanden. Verschiedene Aufsätze sowie eine Übersetzung der Reflexionen Larochefoucaulds liegen von Kraft vor. Auch Dichterisches hat er geschaffen, unter anderm eine Novelle, die wie in dunkler Voraussicht sein eigenes späteres Leidensschicksal schildert.

Am 27. Mai starb der Professor der Mathematik in Frankfurt *Arthur Schoenflies*, im Alter von 75 Jahren. Die Wissenschaft, von der er ausging, die Erdmessung, hat er in zahlreichen Schriften und Lehrbüchern behandelt. Es folgte seine gemeinsam mit Nernst geschriebene Einführung in die mathematische Behandlung der Naturwissenschaften, ein Buch, das 10 Auflagen erlebte. Er arbeitete dann über Mengenlehre, gab eine mathematische Theorie der Kristallstruktur, die später auf experimentellem Weg glänzend bestätigt wurde. In den letzten Monaten arbeitete er an der Ordnung der Bibliographie aller mathematischen Druckstücke, die Georg Valentin ungeordnet hinterlassen hatte, und die 150 000 Stücke umfaßt. Schoenflies hatte hauptsächlich in Berlin unter Weierstraß und Kummer studiert, ging 1884 als Universitätslehrer nach Göttingen, dann nach Königsberg, endlich nach Frankfurt.

Am 8. Juli starb nach einem langen Leiden der Tübinger Ordinarius für Philosophie *Erich Adickes*, 62 Jahre alt. Seine bedeutenden Leistungen liegen in seinen Forschungen über die Entstehung und

Ausbildung der Philosophie Kants. Er gehört jener älteren Richtung des Neukantianismus an, die sich weniger um eine systematische Fortbildung der Lehre Kants als um ihre historische und philologische Durchforschung bemühte. Weiteren Kreisen wurde Adickes durch seinen leidenschaftlichen Kampf gegen Ernst Haeckel nach dem Erscheinen der Welt-rätsel bekannt. In seiner eigenen Lehre huldigte Adickes einem kritischen Realismus, den er auf Kant stützte. Die Metaphysik als Wissenschaft lehnte er ab, ließ sie aber als Glauben gelten. Adickes habilitierte sich 1895 in Kiel für Philosophie, ging dann nach Münster und 1904 nach Tübingen.

Kurze Chronik Die Philosophische Fakultät der Universität Jena übergab dem Privatdozenten für Philosophie *Hermann Johannsen* ein Extraordinariat. Johannsen arbeitet über Philosophie und Pädagogik. $\diamond$ Der Erlanger Professor *Johann Radon* folgt einem Ruf nach Breslau als Ordinarius der Mathematik und Nachfolger Adolf Knesers. $\diamond$ Mit einer Antrittsvorlesung über Jakob Burckhardts Stellung zu Hegels Geschichtsphilosophie habilitierte sich Karl Löwith (der seit Beginn dieses Halbjahrs die Rundschau Anthropogeographie der Sozialistischen Monatshefte bearbeitet) in der Philosophischen Fakultät der Universität Marburg. An der Handelshochschule in Mannheim habilitierte sich mit einer Schrift über Nietzsches Wertphilosophie in ihrem strukturalpsychologischen Zusammenhang Eduard Meyer für Philosophie und Psychologie. $\diamond$ Wegen Erreichung der Altersgrenze trat am Schluß des Sommersemesters der Ordinarius der Philosophie *Hans Cornelius* in den Ruhestand. Cornelius, aus der Familie, der auch Peter Cornelius entstammt, ist ein originaler Denker. Sein Lebenswerk war die Fortführung der Kantischen Philosophie, der er seine 2 Hauptwerke widmete: Einleitung in die Philosophie /1901/ und Transzendente Systematik /1916/. Daneben behandelte er mit besonderer Vorliebe kunstpädagogische Probleme, zu denen er seine Erziehung zum künstlerischen Erlebnis schrieb. Seine Leistung wird hier noch zu würdigen sein.

Literatur Von *Hans Driesch* liegt ein schönes Büchlein *Der Mensch und die Welt* /Leipzig, Emanuel Reinicke/ vor. Das Buch behandelt in überaus lichtvoller Weise die Erfassung und die Beschaffenheit der Welt,

das psychophysische Problem, die Frage von Jenseits und Tod und im Anschluß daran die Stellung des Menschen in der Welt. Der Kenner der Drieschschen Lehre findet hier eine sehr klare und übersichtliche Darstellung ihres Wesens. $\diamond$ Eine außerordentlich interessante Arbeit veröffentlicht *Arthur Liebert* unter dem Titel *Die Philosophie in der Schule* /Berlin, Panverlag Rolf Heise/. Zu diesem heute in Ministerien und Pädagogenkreisen so viel diskutierten Problem wird hier alles gesagt, was überhaupt zu sagen ist. Nach allen Seiten hin wird die Untersuchung geführt, und alle sich aufwerfenden Fragen werden berücksichtigt. Bemerkenswert ist, daß Liebert für einen besondern Philosophieunterricht ist, in dem gerade wegen ihrer erzieherischen Bedeutung die Erkenntnistheorie besonders berücksichtigt werden soll: ein Gedanke, dem man beipflichten wird. $\diamond$ Die Kultur in Gefahr nennt der Welt-schachmeister *Emanuel Lasker*, den man auch als einen scharfsinnigen Philosophen kennt, ein Buch, in dem eine Anzahl seiner Aufsätze (darunter der über die Ästhetik der Mathematik, der vor einem halben Jahr in den Sozialistischen Monatsheften erschien) vereinigt sind /Berlin, Siedentop & Co./. Es sind gedankenreiche und nachdenklich machende Betrachtungen, die Lasker zu der Grundlagenkrise in der heutigen Mathematik und Physik anstellt. Er sieht in vielem Verfallserscheinungen. Er hat jedenfalls darin recht, daß vieles, was heute von Physikern ausgesprochen wird, der philosophischen Begründung ermangelt.

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Elektronen als Wellenpakete Über den Versuch Erwin Schrödingers durch Aufstellung einer Wellenmechanik die Quantenschwierigkeiten zu beseitigen ist in dieser Rundschau (1927 I Seite 60) berichtet worden. Schrödinger ging bei der Konzeption seiner undulatorischen Mechanik von der Entdeckung Louis de Broglies aus, daß man einem Materialteilchen ein Wellenfeld zuordnen kann. Es ergibt sich eine ganz bestimmte Beziehung zwischen der Masse und Geschwindigkeit, genauer dem Impuls des Teilchens und der Phasengeschwindigkeit des ihm zugeordneten Wellenfelds. Wenn die Vorstellung de Broglies der Realität entspricht, so müßte es gelingen auch bei einer Korpuskularstrahlung die Interferenz- und Beugungserscheinungen nachzuweisen. Nun zeigte Einstein in der Tat, daß man mit Hilfe

der de Broglieschen Vorstellungen bei Annahme einer Interferenz und Beugung von Massenteilchen die rätselhaften Erscheinungen der Gasentartung bei tiefen Temperaturen verstehen kann. Ein direkter Nachweis der Beugung von Korpuskularstrahlung war aber bis jetzt nicht vorhanden.

Vor kurzem gelang es nun C. J. Davisson und L. H. Germer vom Bell-Telefon-Laboratorium zu zeigen, daß auch ein Elektronenstrahl durch ein Kristallgitter ähnlich wie eine Wellenstrahlung, wie ein Röntgenstrahl, gebeugt wird. Die genannten Forscher ließen einen homogenen Elektronenstrahl auf ein Nickelkristall unter verschiedenen Winkeln auffallen und untersuchten dabei die Streurichtungen der reflektierten Elektronen. Sie konnten beobachten, daß der Elektronenstrahl durch den Nickelkristall so gebeugt wird, wie wenn er eine monochromatische Strahlung wäre. In ihrem kurzen Bericht *Diffraction of Electrons by a Single Layer of Atoms in the Physical Review* sagen die Autoren weiter: »Die Erscheinung unterscheidet sich von der Röntgenstrahlstreuung 1. dadurch, daß das einzelne Atom die äquivalente Elektronenstrahlung wirksamer streut als die Röntgenstrahlung, und 2. dadurch, daß die erstgenannte Strahlung im Metall viel schneller ausgelöscht wird als die andere. Die Intensität einer Elektronenstrahlung kann durch eine einzige Lage von Atomen, die sie senkrecht passiert, auf 30 bis 40 % ihres Ausgangswerts geschwächt werden. Eine Folge davon ist, daß eine merklich größere Elektronenstreustrahlung von der 1. Atomlage ausgeht als von der 2. und so fort. Diese Unterschiede werden für die Strahlung, die den Kristall streifend verläßt, wesentlich vergrößert, weil in diesem Fall der Weg für die aus der zweiten Lage kommenden Elektronen bedeutend verlängert wird. Das Ergebnis ist, daß bei streifendem Einfall die Streuung durch die erste Schicht stark überwiegt, und eine Brechung entsteht, wie wenn die Wellen durch die einzige Atomlage gestreut würden. Atomreihen wirken als Gitterlinien, eine normale Gitterbeugung wird beobachtet.«

Durch diesen grundlegenden Versuch werden die Ideen der de Broglie, Einstein und Schrödinger glänzend bestätigt. Er zeigt, daß der Fragekomplex "Korpuskeln oder Wellen?" nicht nur beim Licht sondern auch bei der Korpuskularstrahlung besteht. Die anschaulichen Schwierigkeiten der Schrödingerschen Theorie wurden hier bereits angedeutet.

Durchschlagsfestigkeit

Der russische Physiker A. F. Joffe hat sich bereits seit Jahren mit der Frage der elektrischen Durchschlagsfestigkeit von Kristallen beschäftigt. Kürzlich hielt er in Berlin einen Vortrag über seine Versuche und über die Perspektiven, die seine Resultate für die Starkstromtechnik eröffnen. Seine Versuche lassen hoffen, daß man bald Isolatoren bekommen wird, deren Leistungsgrenze viel höher liegt als die bisherige. Bekanntlich zeigten die Versuche, daß die elektrische Durchschlagsfestigkeit der Kristalle viel niedriger liegt als der Wert, den man nach der modernen Gittertheorie zu erwarten hat. Joffe gelang es nun zu zeigen, daß er von der Theorie geforderte Wert bei Versuchsbedingungen, bei denen nur die Gitterkräfte und das angelegte elektrische Feld eine Rolle spielen, tatsächlich erreicht wird. Was sind es nun für Ursachen, die die elektrische Durchschlagsfestigkeit vermindern? Das interessanteste Ergebnis in dieser Richtung ist der von Joffe gefundene Einfluß der Stoßionisation. Darunter ist folgendes zu verstehen: Das angelegte elektrische Feld braucht nicht direkt "zerreißend" auf das Gitter zu wirken; ein freies Elektron oder Ion wird durch das angelegte elektrische Feld beschleunigt, und wenn es eine entsprechende Potentialdifferenz durchlaufen hat, so kann es eine Energie erlangt haben, die genügt, um ein Ion aus dem Kristallverband loszustößen. "Rein" könnte man also die Durchschlagsfestigkeit der Kristalle erst dann untersuchen, wenn die angelegte Spannung nicht ausreicht, um diesen Stoßeffect zu bewirken. Will man trotzdem noch hohe Feldstärken erreichen, so muß man natürlich zu ganz dünnen Schichten übergehen. An Glashäuten von etwa $0,014 \mu$ und an Glimmerschichten von etwa $0,05 \mu$ fand Joffe eine Durchschlagsfestigkeit von der Größenordnung, wie sie von der Theorie gefordert wird (10^8 Volt pro Zentimeter). Joffe hat seine Ergebnisse zum Teil auch schon praktisch ausgewertet, aber in der Öffentlichkeit noch wenig darüber mitgeteilt.

Grüne Nordlichtlinie

Wie L. A. Sommer am 1. Februar aus Tokio in einer Zugschrift an den Herausgeber der Naturwissenschaften mitteilte, ist es ihm gelungen den Ursprung der grünen Nordlichtlinie, λ 5577,35, zu entdecken. Auf Grund seiner Beobachtungen ordnete er sie in das Termsystem des

neutralen Sauerstoffatoms ein. Sommer erregt die grüne Nordlichtlinie in einem Gemisch von Sauerstoff und Argon und untersucht dabei den longitudinalen Zeemaneffekt. Er findet ein Dublett mit 3fach normaler Aufspaltung. Er kann zeigen, daß die grüne Nordlichtlinie λ 5577,35 die Kombination $^3P_1-^1S_0$ ist. Es handelt sich um "verbotene" Übergänge zwischen metastabilen Termen. Nur bei minimaler Häufigkeit der Energieübertragung durch Stöße 2. Art kann man diese Linien beobachten, denn nur dann kehren die Atome unter Emission in den Grundzustand zurück. Im Laboratorium kann man dies, wie es auch Sommer tat, durch Zusatz von Edelgasen erreichen. In der oberen Atmosphäre bewirkt die hohe Verdünnung des Gases die Verminderung der Stöße 2. Art (siehe dazu auch den Abschnitt Nebuliumhypothese dieser Rundschau, 1928 I Seite 349 und folgende).

Gemeinverständliche Schriften

»Jedermann weiß, daß Einstein etwas Erstaunliches geleistet hat; aber nur sehr wenige Leute wissen genau, worin eigentlich diese Leistung besteht. Man ist sich allgemein darüber klar, daß er eine Umwälzung in unserer physikalischen Weltansicht herbeigeführt hat; aber die neuen Vorstellungen, die er einführt, sind in einen Wust von mathematischen Formeln eingehüllt. Es gibt freilich unzählige volkstümliche Darstellungen der Relativitätstheorie, aber im allgemeinen hört ihre Verständlichkeit gerade da auf, wo die Darstellung des Wesentlichen beginnt.« Dies veranlaßte Bertrand Russell eine kleine Schrift, Das ABC der Relativitätstheorie, zu verfassen, die nun, von Kurt Grelling übersetzt, deutsch vorliegt (München, Dreimaskenverlag). Das Büchlein ist so schön, daß man sich darüber freut, daß es nicht in der Zeit erschienen ist, als die Relativitätstheorie "modern" war. Man kann es von ganzem Herzen nur dem Menschen gönnen, der sich nicht nur über die Relativitätstheorie unterrichten möchte, um mit-sprechen zu können. Dadurch, daß das Büchlein jetzt erschienen ist, ist auch eine Gefahr vermindert. Die Schrift liest sich so leicht und ist so packend, suggestiv und spannend geschrieben, daß sie dazu verführt schnell gelesen zu werden. Flüchtige Leser "moderner" Probleme würden deswegen leicht ein falsches Bild der tiefen Gedanken, die in der Russellschen Schrift behandelt werden, bekommen. Und doch werden in

ihr fast auf jeder Seite die grundlegenden erkenntnistheoretischen Fragen berührt. Dabei ist das Wie so originell, so sprudelnd von Einfällen und voller Laune, daß man bei der Besprechung am liebsten immer wieder zu Zitaten greifen möchte. So erscheint es einfacher den Rat zu erteilen: Man lese diese Schrift.

Kurze Chronik Gönner der Physik aus den Kreisen technischer Firmen und Verleger haben es auf Anregung verschiedener Physiker ermöglicht eine *Goldene Planck-medaille* zu schaffen, die für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der theoretischen Physik verliehen werden soll. Besondere Berücksichtigung finden die Arbeiten, die die Forschungen Plancks weiterführen. $\diamond$ Von einer Holländerin, Hortense Reiger, sind 50 000 Francs für die Errichtung eines *Röntgeninstituts* an der Universität Genf gestiftet worden. $\diamond$ Die Leitung des Instituts für wissenschaftliche Mikroskopie in Jena, dessen Aufgabenkreis auf das gesamte Gebiet der angewandten Optik, also auch auf ultraviolette, ultrarote und Röntgenstrahlen ausgedehnt wurde, übernahm der Berliner Physikprofessor *Felix Jentzsch*, der Erfinder des Dunkelfeldkondensors und des Binokularmikroskops.

Literatur

Der 18. Band des *Handbuchs der Physik* (Berlin, Julius Springer/ (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 61, 1928 I Seite 154 und folgende) ist Geometrische Optik, Optische Konstanten, Optische Instrumente betitelt. Dieser Band enthält die folgenden Arbeiten: W. Merté Allgemeines über Strahlen und Strahlensysteme, Allgemeine geometrische Abbildungsgesetze, Realisierung der Abbildungen durch Kugelflächen; Hartinger Ebene Flächen, Prismen; Felix Jentzsch Die Beziehung der geometrischen Optik zur Wellenoptik. Den Spiegel und die daraus entstehenden Instrumente behandelt F. Loewe, das Auge und das Sehen, die Brille, das photographische Objektiv Moritz von Rohr, Beleuchtungsvorrichtungen und Bildwerfer, die Lupe, das Mikroskop H. Boegehold, das Fernrohr W. O. Eppenstein. Die optischen Konstanten bearbeitete H. Kessler in folgenden Kapiteln: Die Messung der Brechungszahlen von Gasen, flüssigen und festen Körpern, Kristallen usw., Methoden und Apparate, Die Methoden zur Prüfung von optischen Instrumenten, Linsen, Spiegeln, Mikroskopen, Fernrohren usw.

Anthropogeographie / Karl Löwith**Geschlechts-
probleme**

Das »Glück« des Lebens, das zur Folge haben soll, daß der Mensch auch »gut« wird, nicht dem persönlichen Zufallsgeschick zu überlassen sondern durch eine bestimmte Form der Ehe, die »Zeitehe«, zu fördern, ist die Absicht der Vorschläge *Charlotte Buchow-Homeyers* (Zeitehe / Köln, A. Marcus und E. Weber/). Die Schuld der modernen Frau sieht die Verfasserin darin, daß sie entweder Weibchen oder aber geschlechtslose Junggesellin sein will, während sie ihrer tiefern Natur nach Mutter ist. Die Geschlechtsliebe müsse demgemäß vor allem von einem rein menschlichen Vertrauensverhältnis und dem Willen zum Kind getragen sein, dürfe aber keiner gelegentlichen und infolgedessen unverantwortlichen Begehrlichkeit entspringen. Während aber bei der Frau die Geschlechtskälte doch nur scheinbar sei, bedingt durch die modernen Lebensverhältnisse (Überangebot der besonders seit dem Krieg überzähligen Frauen zum bloß gelegentlichen Geschlechtsverkehr, wodurch sich zugleich die Unverbindlichkeit im Verhalten der Männer rückwirkend steigert), gründe das Mißverhältnis der Ehen auf seiten des Mannes in dem spezifisch männlichen Dualismus von Seele und Trieb, den es zunächst einmal gedanklich zu überwinden gelte, um so der doppelten Moral den Boden zu entziehen. Da aber die Tatsache der Polyginität des Mannes nicht abzuschaffen sei, komme es darauf an sie mit den sittlichen Lebensforderungen in Einklang zu bringen. Dies sei nur möglich, wenn die Frau den Anspruch auf lebenslänglichen Besitz des Mannes aufgibt, und außer der bisherigen Dauerehe eine gleichberechtigte Zeitehe, auf etwa 5 Jahre, gesetzlich gestattet wird. Faktisch bestehe diese, insbesondere bei der kapitalistischen Oberschicht, ohnedies schon, wenn man bedenkt, wie viele Ehegatten »Verhältnisse« dulden, und wie viele bereits in 3. und 4. Ehe geschieden und wieder verheiratet sind. Die Zeitehe würde auch die Prostitution unterbinden, indem sie die Verehelichung überhaupt erleichterte. Die Furcht vor lebenslänglicher Bindung würde verringert, die Anzahl der lebensfähigen Dauerehen vermehrt werden. Es gäbe dann weniger Menschen, die an einer überlebten Liebe und Ehe zerbrechen. Die Ehemüdigkeit sei nur deshalb so groß, weil sich Form und Inhalt für das moderne Individuum

nicht mehr decken, weil wir heute zu individualistisch differenziert, charakterlich verweichlicht und religionslos geworden sind, als daß wir die Ehe noch als Sakrament erleben könnten. Daran sei zwar nichts zu ändern, wohl aber an der Eheform, und wenn wir auch nicht wissen können, ob die gegenwärtigen Verhältnisse Zeichen des Verfalls oder einer neuen Zeit sind, so können und müssen wir doch entscheiden, was wir aus ihnen machen wollen.

Die Art, wie die Verfasserin ihren Vorschlag begründet, ist nicht ohne weiteres überzeugend. Denn so leicht es ist gedanklich klar zwischen sinnlich begehrender Leidenschaft und rein menschlicher Gemeinschaft zu unterscheiden, und so einleuchtend es ist, wenn die ausschließliche, monogamische Dauerehe als das einzig sittliche Geschlechtsverhältnis demonstriert wird (so schon von Kant), weil nur sie verantwortliche Gemeinschaft will und die Person nicht zum Objekt des Genusses erniedrigt, so dürfte, bei der radikalen Veränderung in der Auffassung von Liebe und Ehe, wie sie in der Gegenwart vor sich geht, das Geschlechtsproblem doch kaum durch Vorschläge gelöst werden, die so sehr auf einen Mittelweg bedacht und deshalb oft mittelmäßig sind. Der Ton aber, in dem dieser Vorschlag gemacht ist, unterscheidet sich erfreulich von dem Geschrei von der »Sexualnot«, dem die Verfasserin mit dem Gewissen eines Menschen gegenübertritt, der weiß, daß der Mensch zwar von Grund aus ein Geschlechtswesen ist, dieses Geschlechtswesen aber in erster Linie doch so etwas wie ein »Mensch« ist.

Mit einem Teilproblem dieses Buchs, eben der »Geschlechtskälte« der modernen Frau, beschäftigt sich vorwiegend *Theodor Hendrik van de Velde* in seinem Band *Die Abneigung in der Ehe* / Leipzig, Benno Konegen/, einem Buch, dessen 1. Teil, *Die vollkommene Ehe*, in dieser Rundschau (1928 I Seite 434) bereits kritisch besprochen wurde. Der Verfasser stellt Sittensprüche und Lebensregeln zusammen und verarbeitet alle wichtigen Ergebnisse der gegenwärtigen Psychologie der Ehe synthetisch. Die vielfachen Gründe ehelicher Disharmonie werden allgemeinverständlich entwickelt und Wege zu ihrer Bekämpfung gezeigt. Verglichen mit der streng psychoanalytischen Behandlung der Frigidität des Weibes durch Wilhelm Stekel ist van de Veldes Gesichtskreis zwar sehr viel größer, die Eindringlichkeit seiner Erörterungen aber weit geringer.

Volkekunde Von einem allgemeinkulturellen Gesichtspunkt aus wird die *Sittengeschichte*, die ja nicht zuletzt eine Geschichte der geschlechtlichen Sitten ist, in einer großen Publikation Eugen Holländers Äskulap und Venus, eine Kultur- und Sittengeschichte im Spiegel des Arztes /Berlin, Propyläenverlag/ behandelt. In lebendiger Darstellung werden an der Hand eines ausgezeichneten Bildmaterials Äskulap und Venus, die Heilkunst und das Geschlechtsleben, und deren innerer Zusammenhang durch die verschiedenen Epochen der Menschheitsgeschichte verfolgt, vom Kulturbeginn an über die Altkulturen bis zur alt-hellenischen Kulturperiode. Man erfährt sehr interessante Einzelheiten über die Motive und die geschlechtlichen Formen der künstlichen Körperveränderung im allgemeinen, der Veränderung der Oberhaut, über die sonderbarsten Genitaloperationen, den jeweiligen Stand der Chirurgie, die Wandlungen im Schönheitsideal, hygienische Maßnahmen, Badesitten, Kosmetik, Speisegesetze, Opfersitten, Geschlechtsmoral, Onanie und Päderastie, die soziale Stellung der Frau und dergleichen, im Zweistromland, bei semitischen Stämmen, in Altägypten, Altchina, Japan, Altindien, Persien, Altamerika und Althellas. Und man kommt zu dem Ergebnis, daß es keine Anormalität und Perversität oder Verkehrtheit in den Sitten dieser Altkulturen gibt, die nicht ihre geschlechtliche und menschliche Richtigkeit hätte und auch vom modernen Europäer, wenn schon nicht als Sitte gepflogen, so doch immerhin verstanden werden könnte und auf diese Weise den bürgerlichen Gesichtskreis erweitern kann. Ethnologische Studien über das Sexualleben speziell der Neger enthält das Buch Felix Bryks Negereros /Köln, A. Marcus und E. Weber/. Auch dieses interessante Werk ist reich und gut illustriert, das Material dazu vom Verfasser durch eigene Anschauung gewonnen. Die leitende Tendenz des Verfassers ist zu zeigen, wie bei aller Verschiedenheit der ars amandi der modus amandi im Verhältnis der Geschlechter doch durch alle Zeiten, Kulturen und Rassen konstant ist. Seine primitive These lautet: »Weib verbleibt überall Weib, Mann überall Mann . . . , jenseits von Häßlich und Schön, Alt und Jung, Böse und Gut.« Und nicht nur die äußere Art des Sexuallebens sei die gleiche, sondern auch das darauf gehende Empfinden und Wollen. Man komme sogar zu der

Anschauung, daß es in Afrika »kaum andere Wilde gibt als solche, die aus Europa dorthin gelangt sind«, und daß die sexuelle Perversität und Ausschweifung nicht, wie man gewöhnlich meint, bei den »Wilden« sondern bei den kultivierten Europäern zu Hause ist. Außer Kleidung, Schmuck und Körperpflege werden eingehend Beschneidung, Brautschau, Defloration und Beischlaf, Menstruation und Schwangerschaft, Kinderpflege, Witwenstand, Prostitution, Onanie, Tribadie, Päderastie und Sodomie mit naturwissenschaftlicher Sachlichkeit behandelt; mit dem summarischen Ergebnis, daß die »schwarze Astarte« vom selben Blut sei wie die »weiße Venus«, und infolgedessen auch der Geschlechtsverkehr zwischen beiden Rassen sich menschlich nicht prinzipiell von dem zwischen gleichrassigen Menschen unterscheide. Es bleibt aber fraglich, ob es nicht in dieser wie in jeder Wissenschaft fruchtbarer ist erst einmal die wesentlichen Unterschiede zu erkennen und herauszuarbeiten, um dann, auf deren Hintergrund, das wirklich Verwandte desto bestimmter zu sehen, statt von vornherein ein Allgemeinmenschliches zu postulieren, in dem sich die Differenzen unbestimmt nivellieren.

Länderkunde Aus der Intimität des Negereros führt uns eine Reisebeschreibung heraus, die uns mit dem Negerland Afrika bekannt macht; Richard Huelsenbeck erzählt in einem »Reisebericht über fremde Länder und abenteuerliche Menschen« (Afrika in Sicht /Dresden, Wolfgang Jeß/) in anspruchsloser und überaus klarer Weise seine Rundfahrt, die er als Schiffsarzt um Afrika gemacht hat. Mit Überlegung, Kritik und Skepsis wird das verschiedene Verhalten von Passagieren, Matrosen, Weißen und Schwarzen, Girls und Snobs geschildert, ohne daß dabei die starken und großen Eindrücke der Landschaft und des Meeres fehlten. Mehr anekdotisch erzählend als kritisch beobachtend ist eine Reiseschilderung Bernhard Schroeder-Wiborgs, betitelt Als Jumper, Flieger und Jäger in Südamerika /Berlin, S. Fischer/. Der Dichter Bernhard Kellermann erweist sich in seinem neuen Buch Auf Persiens Karawanenstraßen /Berlin, S. Fischer/ als ein kluger und lebhafter Schilderer persischer Wüsten, Schneegebirge und Salzmoore, tropischer Oasen und des aufregenden bunten Treibens orientalischer Städte und Siedlungen. Seine tagebuchartigen Notizen

veranschaulichen aufs beste eine Fülle eigener Aufnahmen. Das Bild des alten rassigen Seiden oder das des jungen Dieners Mohammed Ali anzusehen ist ein reines Vergnügen, und Reisebücher erfüllen ihren Zweck, wenn sie dem Leser Lust zum Reisen machen.

Von Osten nach Europa führt uns die neugegründete Zeitschrift *Italien*, die als »Monatsschrift für Kultur, Kunst und Literatur« Werner von der Schulenburg herausgibt /Heidelberg, Niels Kampmann/. Ein solches Unternehmen wird vielleicht zunächst als ein unzeitgemäßer Luxus für Burckhardt- und Italienverehrer erscheinen. Blickt man aber in den reichen Inhalt dieser schön ausgestatteten und gut illustrierten Zeitschrift näher hinein, so muß man einräumen, daß, neben manchen historisch-antiquarischen Artikeln, ein ernsthaftes Problem der Leitfaden ist, an dem sich die verschiedenen Aufsätze und Übersetzungen aufreihen, nämlich die schicksalhafte Bindung des germanischen Nordens an den romanischen Süden und seine Mittelmeerkultur. Wenig beachtete Repräsentanten der Mittelmeerverbindung, wie Platen und Heinse, werden in ihrer Bedeutung gewürdigt; Hugo von Hofmannsthal schreibt über Sizilien als den geschichtlichen Ort der »ungeheuersten Zusammenkunft« von Orient und Okzident; Pirandelloprobleme werden erörtert; die Beziehung der Kurpfalz zu Italien in der Baukunst der Barockzeit wird untersucht, und der Historiker J. Huizinga stellt den heute problematischen Renaissancebegriff zur Diskussion. In Notizen am Ende eines jeden Hefts bespricht der Herausgeber mit erfreulicher Auswahl und Rücksichtslosigkeit die einschlägige Italienliteratur. Nur einer großen Tatsache weichen die Hefte bisher aus: Es scheint, als ob das moderne, fascistische Italien für dieses Italien überhaupt nicht existiere. Was aber nicht einmal im Sinn des Schutzheiligen dieser Zeitschrift, Burckhardts, gedacht ist; denn dieser hat das schon zu seiner Zeit »modern« und »politisch« werdende Italien doch wenigstens ausdrücklich abgelehnt. Werner von der Schulenburg publizierte auch bisher unzugängliche Reiseberichte Burckhardts; Jacob Burckhardt Reisebilder aus dem Süden /Heidelberg, Niels Kampmann/. Diese schlichten und lebendigen Schilderungen sind so wenig historisch, daß sie einen noch heute das charakteristische Leben und Treiben und das bildhafte Dasein von Mailand, Genua, Pisa und Florenz besser sehen

lehren als Hunderte von Impressionen und Expressionen moderner, betriebssamer Journalisten und Kunsthistoriker, denen es an Zeit fehlt, weil sie sich nicht mehr die nötige Zeit nehmen. Außerdem geben diese Berichte ein wunderbares Bild eines freien Geistes und guten Europäers. Burckhardt hatte bei all seiner bewußten Flucht in die vergangene Kultur Alteuropas einen sichern Instinkt für die »Vorboten des sozialen jüngsten Tages« und den »geistigen Luxus der Gebildeten«. Er gehörte nicht zu denen, die »am Schreibtisch sitzen und Exzerpte machen«, sondern er hielt dafür, daß man »besser für seinen Geist sorgt im lebendigen Umgang mit einem so hochbegabten Volk... und mit durchaus unmittelbaren Studien«, die, wenn auch genußreich, Mühe kosten. »Eine sogenannte Pläsiereise nach Italien ist für den wahrhaft Gebildeten ein reines Unding und eine Unmöglichkeit.«

Gesellschaften Anlässlich der Hundertjahrfeier der *Gesellschaft für Erdkunde*, die Ende

Mai in Berlin stattfand, waren bedeutende Vertreter der geographischen Wissenschaft aus allen Ländern nach Berlin gekommen. Für Frankreich nahmen Charles de la Roncière, de Margerie und Martonne teil, für England Sir Maurice de Bunsen, für Schweden Otto Nordenskjöld (der bald darauf so plötzlich starb). Sir Douglas Mawson berichtete vor der Festsitzung über die Ergebnisse der von ihm geleiteten antarktischen Expedition der Jahre 1911 bis 1913, bei der er als einziger Überlebender zurückkehrte, während die anderen den Strapazen erlagen. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Albrecht Penck, gab einen Überblick über ihre Geschichte und sprach dann über ihre heutigen Aufgaben, die nicht mehr allein durch Forschungsexpeditionen zu erreichen sind, sondern intensive sonstige geographische Arbeit erfordern. So hat die Gesellschaft anlässlich der Jubiläumsfeier zu einer Ozeanographischen Konferenz eingeladen, die sich an die Expedition des Meteor anschließen soll. Die Zeitschrift der Gesellschaft gab einen Festband heraus, der unter anderem die erste wissenschaftliche Karte Albaniens bringt und die Ergebnisse der Trollischen Expedition nach Bolivien bespricht. Die nächste große Aufgabe der Gesellschaft wird die Feststellung sein, wieviel Menschen auf der Erdoberfläche ernährt werden können, und wo noch ungenutzte Nährflächen bestehen.

Anfang Juli trat in Paris eine Anzahl französischer und ausländischer Gelehrter zusammen, um dort eine *Internationale Vereinigung zum Studium der Bevölkerungsprobleme* zu gründen. Die demographischen, soziologischen und biologischen Seiten dieser Probleme sollen besonders Gegenstand des Studiums dieser neuen Gesellschaft sein. Sie wird ihren Sitz in Paris haben. Es wurde ausdrücklich betont, daß keinerlei politische oder konfessionelle Voreingenommenheit in der Gesellschaft herrschen, auch jede Propagandaabsicht, gleichviel welcher Art, ausgeschaltet sein solle.

Tagungen Der 1. *Internationale Linguistenkongreß* fand im April dieses Jahres im Haag unter dem Vorsitz des Leydener Professors Christianus Uhlenbecks statt. In den Begrüßungsansprachen der Delegierten verschiedener Länder kam die Freude darüber zum Ausdruck, daß nach den schweren Kriegsjahren wieder internationale Zusammenarbeit stattfindet. Im Mai tagte in Florenz der von 575 Teilnehmern besetzte *Etruskologenkongreß*. 30 verschiedene Nationen, 37 Universitäten, zahlreiche wissenschaftliche Körperschaften, Museen, Akademien usw. hatten Vertreter entsandt. Der Kongreß will Fragen der etruskischen Kultur, die für die italienische und die gesamteuropäische von so hoher Bedeutung war, näher erforschen. Der Leiter der Ausgrabungen in Etrurien und der Etruskischen Abteilung des Museums in Florenz, Antonio Minto, umriß die Aufgaben des Kongresses. In Lübeck fand Anfang Juli eine, unter Anregung der Professoren Gustav Neckel /Berlin/, Walther Heinrich Vogt /Kiel/, Helmut de Boor /Leipzig/ zusammenberufene *Nordistentagung* statt, die die Probleme der deutsch-nordischen Literaturforschung erörtern sollte. Über 100 Teilnehmer aus den nordischen Staaten, Island, Finnland, Deutschland und Österreich hatten sich eingefunden. Der norwegische Professor Liestøl sprach über isländische Sagentradiation, und zwar in dem sogenannten Reichsdialekt Norwegens, den Neckel als eine Art Esperanto bezeichnete. Blöndal behandelte die neuisländische Philologie, Leopold Magon umriß das gesamte Gebiet der einschlägigen Forschung. Der Direktor der Lübecker Stadtbibliothek Pieth hatte eine Ausstellung „Das nordische Buch veranstaltet. Lübeck dürfte auch weiter Mittelpunkt dieser nordischen Interessengemeinschaft bleiben.

Totenliste Am 14. Februar starb in Turin der Ägyptologe *Ernesto Schiaparelli*, 72 Jahre alt. Er leitete in Turin das Ägyptische und Altertumsmuseum.

Der Tod des Philosophen und Soziologen *Max Scheler* muß auch in dieser Rundschau erwähnt werden. Denn der Wirkungskreis dieses für die Gegenwart repräsentativen und umfassenden Denkers reichte weit hinaus über sein philosophisches Fachgebiet. Er hat alle gesunden und kranken Stoffe seiner Zeit in sich aufgenommen, und aus der Problematik des Lebens gewann er die Impulse zu seinen geistvollen Untersuchungen über die Struktur der Sympathiegefühle, die Rangordnung der ethischen Werte, das Ewige im Menschen, die soziologischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Erkennens und zuletzt über die Sonderstellung und die Struktur des menschlichen Daseins überhaupt.

Am 2. Juni starb an den Folgen eines Automobilunfalls, im Alter von 59 Jahren, der Polarforscher *Otto Nordenskjöld* in Göttingen. Sein Name ist besonders durch seine berühmte Südpolexpedition in den Jahren 1901 bis 1903 weithin bekannt geworden. Daneben unternahm Nordenskjöld zahlreiche andere Forschungsreisen. Seit 1894 war er Professor der Geographie und Ethnographie an der Universität Göttingen.

Kurze Chronik In der Berliner Anthropologischen Gesellschaft hielt der Direktor des Prähistorischen Museums in Toulouse Graf Begouen einen höchst interessanten Vortrag über *altsteinzeitlichen Bildschmuck* in den Höhlen Südfrankreichs. Er selbst entdeckte Höhlen in Audoubert, Niaux und Trois Frères, in denen er plastische Reliefs aus ungebranntem Höhlenlehm und Malereien aus Kohle und Röteln von eiszeitlichen Tieren auffand. Die in die Wand gezeichneten Beutetiere wurden symbolisch mit Waffen durchbohrt. Eine seltsame Gestalt mit einem Menschenkopf, Hirschgeweih, Löwenfüßen und Bärenkörper wurde im Lichtbild vorgeführt. Der französische Gelehrte, von Carl Schuchhardt lebhaft begrüßt, drückte seine Freude darüber aus, daß nun wieder deutsch-französische wissenschaftliche Zusammenarbeit stattfindet. $\diamond$ Im vorigen Herbst wurde das *Museum für Völkerkunde* in Berlin neu geordnet. Es wurde eine Abteilung der Afrikanischen, Ozeanischen und Amerikanischen Sammlungen geschaffen, die von Walter Lehmann geleitet wird. $\diamond$

In Frankfurt fand eine überaus interessante *Ausstellung* Das Buch in China und das Buch über China statt. Die Preußische Staatsbibliothek, die Bibliothek des Chinainstituts und des Goethehauses hatten hauptsächlich zur Zusammenstellung beigetragen. Die Mannheimer Schloßbibliothek hatte aus der Sammlung Mammelsdorff sehr kostbare Drucke beige-steuert, die sich auf die Anfänge der Missionstätigkeit aus dem 17. Jahrhundert beziehen. Ferner sah man Darstellungen der Entwicklung der chinesischen Schrift, des chinesischen Buchdrucks, das Tafelbuch und anderes.

Literatur

Von einem philosophisch-prinzipiellen Gesichtspunkt aus wird das Grundproblem der Anthropogeographie in einem gehaltvollen Sammelband *Mensch und Erde*, herausgegeben von Hermann Graf Keyserling /Darmstadt, O. Reichl/ allseitig behandelt. Das Verhältnis des Menschen zur Erde wird darin nicht nur in seiner äußern, objektiven Bedeutung untersucht, sondern vor allem als ein Problem innerhalb des menschlichen Daseins verstanden, dessen irdische Gebundenheit sich nicht nur in der Abhängigkeit von Klima, Landschaft und eigenem Körper, sondern noch mehr in der Macht des unmittelbaren Trieb-lebens, dem Gegenpol des selbstbewußten und erdbeherrschenden Geistes, zeigt. Der Geist aber »folgt nicht dem Rhythmus des vegetativen . . . Lebens, er wächst mit dem Altern, so sehr, daß noch jeder große Geist, solange sein Körper überhaupt standhielt, sein Erden-dasein als stetigen Fortschritt empfand«. Die Verknüpfung von Mensch und Erde, das ist von bewußtem Geist und unbewußter Natur im Menschen überhaupt als die »Paradoxie« der menschlichen Existenz und als Quelle aller Problematik unseres irdischen Daseins klarzustellen, dies ist die einheitliche Tendenz der mannigfachen Beiträge dieses Bandes, in dessen Mittelpunkt die letzte Arbeit Max Schelers, die Sonderstellung des Menschen, steht. Sie ist der Grundriß einer geplanten Anthropologie; fruchtbar ergänzen sie Beiträge von Hans Much, C. G. Jung, Leo Frobenius, Hans Prinzhorn, Richard Wilhelm und anderen. Alle Fragen der Anthropogeographie gewinnen hier eine grundsätzliche Bedeutung, indem die Besinnung von der weitläufigen Peripherie der Länder- und Völkerkunde in das Zentrum des innern Zusammenhangs von Mensch und Erde zurückgeht.

Religionswissenschaft / Theodor Slegfried

Scheler †

Am 19. Mai starb in Frankfurt Max Scheler, nachdem er gerade dort seine Lehrtätigkeit eröffnet hatte (siehe die Rundschau Philosophie, in diesem Band Seite 703). Scheler hatte sich im Jahr 1902 in Jena unter Rudolf Eucken habilitiert. Von Jena ging Scheler nach Berlin, dann nach München. Im Krieg hatte er politische Missionen in Belgien. 1919 wurde er an die neugegründete Universität Köln berufen, zu deren hellsten Sternen er gehörte. Wechselreich war auch die innere Entwicklung Schelers. Von Euckens Idealismus ausgehend, wandte er sich der phänomenologischen Schule zu. Seine Abhandlungen über die Sympathiegefühle und über die Reue zeigen die unerhörte Differenzierungskunst seiner Analyse. Dem Katholizismus gewonnen, versuchte er die katholische Dogmatik mit einer vom traditionellen Thomismus abweichenden, phänomenologisch unterbauten Metaphysik zu stützen. Sein umfangreiches Werk *Vom Ewigen im Menschen* /1921/ enthält eine Fülle religionsphilosophisch anregender Gedanken. Scheler verfocht darin insbesondere die These, daß sich nur dem Glaubenden eine Religion erschließe. Von einem solchen Verstehen unterschied er scharf die religionswissenschaftliche Analyse des Vorstellungskreises und der Kultur. Das gleiche Werk enthält eine umfassende Analyse der christlichen Gemeinschaftsidee. Hier versucht Scheler insbesondere das christliche Ethos phänomenologisch gegen jene Ethik der Schwäche und der ressentimenterfüllten Abwertung jedes Starken und Werthaften abzugrenzen, die sich auch so leicht selbst unter den christlichen Deckmantel flüchtet. Auch auf die protestantische Ethik übt seine grundlegende Arbeit über Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik /1916/, sei es direkt, sei es durch die Ethik des weithin auf ihn aufbauenden Nicolai Hartmann, nicht unerheblichen Einfluß. In den letzten Jahren löste sich Scheler wieder vom Katholizismus. Die Differenziertheit seiner Analysen stand immer zugleich im Dienst eines Programms, besser gesagt: einer Grundhaltung, die er dann bis aufs letzte durchzuanalysieren bemüht war. Er gehörte zu den glänzendsten Köpfen der Zeit und war ein Anreger von größter Vielseitigkeit, weil in ihm alle Seiten moderner Beweglichkeit und Irritabilität schwangen und mit großer Formkraft ihren Sprecher fanden.

Göhre †

Am 6. Juni starb in Ratzeburg Paul Göhre, 64 Jahre alt. Nach Beendigung des theologischen Studiums wurde er 1888 Hilfsredakteur der kurz zuvor gegründeten Christlichen Welt. »Was er in die Redaktion mitbrachte, war«, wie Martin Rade in seinem Nachruf auf ihn schrieb, »vor allem sein leidenschaftliches soziales Interesse. Er hat sich gelegentlich seiner proletarischen Herkunft gerühmt. ... Solidarität mit der sich emporringenden Arbeiterschaft war ihm angeboren.« In der Christlichen Welt schrieb er über und gegen die Sozialdemokratie. 1890 entschloß er sich Arbeiter zu werden, mit der Absicht auf Lebenszeit es zu bleiben. Aus dieser Zeit stammt sein berühmtes Buch 3 Monate Fabrikarbeiter /Leipzig, Fr. Wilh. Grunow/. Das Buch öffnete weiten Kreisen die Augen für die Lage und Haltung der Arbeiterklasse. Göhre sah es bald darauf als unmöglich ein an seinem Entschluß festzuhalten. Er wurde zunächst Generalsekretär bei dem gerade gegründeten Evangelischen Kongreß. Der Höhepunkt seiner Tätigkeit dort war sein Vortrag über die Lage der Landarbeiter in Frankfurt, wo er sich insbesondere mit Max Weber zusammenfand. Die durch Göhre und Weber getragene Frankfurter Tagung /1894/ war eine der bedeutendsten des Kongresses. 1894 wurde Göhre Pfarrer in einer Arbeitergemeinde von Frankfurt an der Oder. 1896 gründete er mit Friedrich Naumann den Nationalsozialen Verein. 1900 wurde er Sozialdemokrat und verzichtete 1908 auf das geistliche Amt, von dem er sich in den letzten Jahren bereits hatte beurlauben lassen. Seine Flugschrift Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde ist in über 350 000 Exemplaren verbreitet. Seit 1901 war er Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte. Von seinen hier veröffentlichten Artikeln seien in dieser Rundschau genannt: Materialismus und Religion /1902/, Christentum und materialistische Geschichtsauffassung /1902/, Religion — Privatsache /1905/, Die Bedeutung des Falles Jatho /1911/. Berühmt wurde später sein Buch Vom unbekannten Gott /Leipzig, Fr. Wilh. Grunow/. Er wendet sich darin gegen den Dogmatismus und seine Rationalisierung des Geheimnisses, demgegenüber Göhre, darin Schrempf und Bonin verwandt, die Erschütterung aller menschlichen Sicherheit und der wohlfeilen Sicherheit oberflächlichen Glaubens empfand. Göhre gehört damit zu denjenigen, die die Brüchigkeit des religiösen, zugleich in traditionalistischen For-

meln eingekapselten Optimismus durchbrachen. Als der Tod ihn ereilte, hatte er ein neues religiöses Werk in Arbeit. Göhre war, wo er auch sich betätigte, ein unerschrockener Kämpfer. Auf die Schultheologie hat er zwar nicht gewirkt. Dennoch ist seine religiöse Wirksamkeit nicht gering zu achten. Er war ein Sucher, der auch andere suchen und von Scheinerkenntnis sich befreien lehrte.

Urchristentum Bei der Stiftungsfeier der Heidelberger Universität sprach der Rektor Martin

Dibelius über Urchristentum und Kultur. Sein Vortrag erschien in der Sammlung Heidelberger Universitätsreden /Heidelberg, C. Winter/. In formvollendeter Rede entwickelt Dibelius das allmähliche Hineinwachsen des Christentums in die antike Kultur. Ähnlich wie in seinem Buch Geschichtliche und übergeschichtliche Religion im Christentum (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 719 und folgende) geht er auch hier von der »Überzeitlichkeit« der christlichen Intention aus. Unter Überzeitlichkeit versteht er die Unbedingtheit der Imperative Jesus', die durch den Endglauben bedingt war. Die Überzeitlichkeit des Urchristentums ist also eine ganz bestimmte »Ausrichtung auf das Ende der Welt«. Neben sie stellt Dibelius eine soziologische Ursache für die Kulturferne des Urchristentums. Er findet sie darin, daß die Jünger Jesus' das antike Weltverständnis nicht hatten. (Was nicht vorhanden war, soll also soziologische Ursache sein. Dieser eigentümliche Begriff einer negativen Ursache hat nun in der Tat sein Recht. Das Fehlen einer Komponente kann erklären, warum dies oder jenes nicht eingetreten ist.) Erst sekundär also bilden sich Beziehungen zur Kultur. Aber muß man nicht sagen: zu einer bestimmten Kultur? Wenn Kultur die Lebensgestaltung einer Gemeinschaft je in ihrer geistigen Besonderheit bezeichnet, und wenn in aller gesellschaftlichen Lebensformung ein Element des Geistes steckt, so gibt es überhaupt kein menschliches Zusammensein ohne Kultur. War nicht auch im jüdischen Palästina eine Kultur? Und konnte sich die Verkündigung vom Weltende der Beziehung auf diese Kultur entziehen? Dibelius geht von der spätantiken Kultur aus, aber er verabsolutiert diesen Begriff und gewinnt so die These, daß die urchristliche Verkündigung der Beziehung zur Kultur entriet. Doch schon in dem Aufsuchen einer soziologischen Ursache ist eine kulturelle Beziehung vorausgesetzt. Durch Verän-

derung der soziologischen Komponente also verschiebt sich das Ganze. Aber die große Frage wäre auch wieder, ob sich dabei im Kern der Sache etwas verschob oder nicht. Max Scheler hat in seiner materialen Wertethik auf den Fall aufmerksam gemacht, daß in verschiedenen Zeiten gerade entgegengesetzte Behauptungen der selben Grundintention und gleiche Aussagen entgegengesetzter Grundintention Ausdruck geben können. Die folgenden Erörterungen weisen nach, wie sich auf dem weltanschaulichen, dem sozialen und dem literarischen Gebiet die Annäherung vollzog. In klassischer Prägnanz formt nun Dibelius, mit Schlaglichtern, Hinweisen und Zitaten, ein Bild dieses Übergangs. Von besonderer Wichtigkeit ist die These, daß auf dem sozialen Gebiet das Christentum zuerst den »apokalyptischen Passivismus« durchbrochen habe. »Zuerst scheinen die Sklavenpflichten aus dem christlichen Geist neu gestaltet zu sein.« Was die Haltung zum Staat anlangt, so betont Dibelius die naturrechtliche Quelle jener aus Römer Kapitel 13 bekannten Würdigung der staatlichen Autorität: »Die Reglung aller dieser Einzelpflichten in Familie, Gesellschaft und Staat ist also unter den Christen mit Hilfe nichtchristlicher Gedanken zustande gekommen.« Aber es geschah unter dem Vorzeichen der Vorläufigkeit. Diese Haltung des Christentums bezeichnet Dibelius als eine kritische: »Es muß die Bindungen des Gemeinschaftslebens nicht bekämpfen, aber es kann sie jederzeit abstoßen oder über sie sich erheben.« Ist dies der Fall, so bedeutet das eben, daß es seine religiöse Weltferne schlechterdings nicht aufgegeben hat. Nun schließt Dibelius: Mit seinem *κῆρυγμα* wurde das Christentum »Maß«, »Mitte« und »Richte« der spätantiken Welt. Damit tritt die kultursoziologische Orientierung der Rede deutlich hervor, und auch ihr Resultat ist kultursoziologischer Art: »Mitte und Richte einer geschlossenen Kultur kann nur sein, was in sich über alle Kultur hinausweist.« Sehen wir davon ab, daß geschlossene Kultur ein soziologischer terminus technicus ist, diesen aber der Verfasser hier offenbar gar nicht im Sinn hat, so bleibt es doch unersichtlich, wie *geschlossene Kultur* in ihrer Mitte einen Hinausweis über sich selbst enthalten kann. Ist sie dann noch geschlossen? Es geht hier nicht um ein mehr oder minder glückliches Bild sondern um eine Frage von äußerster Tragweite. Geschlossene Kultur ist offenbar für Dibelius ein Idealbegriff. Das Reich, das nicht

von dieser Welt ist, ist eine Idee, die gerade diesen Idealbegriff ausschließt. Wenn nun etwa gerade in der dialektischen Spannung beider das Fruchtbare liegen soll, so bedeutet bereits diese Spannung jedenfalls die Zerstörung des Ideals einer geschlossenen Kultur. »Mitte« aber ist in der Tat ein Symbol geschlossener Kultur. Die Interpretation des Christentums mit solcher Symbolik ist Zerstörung seines Gehalts; die Aufrichtung einer solchen Mitte bedeutet Kampf gegen geschlossene Kultur, auch gegen deren Idee. Doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß Dibelius mit Humor im Sinn Kierkegaards hier eine Mitte anbietet, die gerade die geschlossene Kultur radikal zersprengt. Dann wäre auch jene Rede von der *ursprünglichen* Weltferne des Christentums darum uneigentlich, weil das Christentum dieses Ursprüngliche niemals aufgeben könnte, ohne sich selbst aufzugeben. Die oben zitierte Stelle fordert geradezu diese Interpretation. Auf der andern Seite scheint der Historiker Dibelius sich der Tatsache nicht verschließen zu können, daß die Verflechtung mit der antiken Kultur doch eine gewisse Depotenzenierung des urchristlichen Ansatzes mit sich brachte. Der Historiker wird eben immer spezifisch religiöse Zeiten von solchen zu unterscheiden haben, in denen jene nachwirkten, und er wird geneigt sein mit solcher Betrachtungsweise auch an die Gegenwart heranzutreten: dies auch mit Recht, sofern es gilt künstlichen Übersteigerungen und Verkrampfungen entgegenzutreten, aber auch nicht ohne Gefahr, da die kultursoziologische Betrachtung der Religion leicht geneigt ist dem Kompromiß Vorschub zu leisten. Wenn sie dieser Gefahr nicht erliegen will, wird sie, strenger noch als es bei Dibelius der Fall ist, darauf achten müssen die soziologische und die normative Verwendung der Begriffe auseinanderzuhalten.

Industriearbeiter und Religion Das 2. und das 3. Heft der Veröffentlichungen des von Karl Beth geleiteten Wiener Religionspsychologischen Forschungsinstituts /Wien, Wilhelm Braumüller/ bieten eine Darstellung der Religion der Industriearbeiter aus der Feder *Walter Frühauf* /Wiesbaden/. Der Verfasser berichtet zum großen Teil auf Grund eigener Erfahrungen, die er in der Inflationszeit sammelte, als er gezwungen war selbst als Arbeiter sein Fortkommen zu finden. Die Darstellung des Milieus ist plastisch und eindringlich. Sie hält eine gute Mitte zwischen Detailschilderung

und abstrakter Zusammenfassung. Frühauf hat einen kundigen Blick für die zahlreichen Differenzierungen, die sich vorfinden. Gut wird aus der sozialen Lage nicht nur sondern auch aus der Art der Massenbetriebe die seelische Haltung des Arbeiters entwickelt. Vor allem auch findet die Art der wechselseitigen Stellung gute Charakteristik. Die Solidarität des Klassenbewußtseins ist unabhängig von den relativ geringen Möglichkeiten des persönlichen Austausches. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn der Verfasser auf die politische Denkwiese weiter eingegangen wäre. Es fehlen hier die Nuancierungen, aber auch eine wirkliche Erfassung der Grundgestimmtheit. Der Verfasser sieht hier zwar die Verzweiflung und den Grimm, aber gerade bei seinem Thema nimmt es wunder, daß er die "sozialistische Eschatologie" nicht näher ins Auge gefaßt hat. Doch er erkennt: »Es sind nicht die hellen Köpfe, die hier abseits stehen.« Und es wird betont, daß »die gegenwärtige Lebensordnung« als solche die Kluft unüberwindlich macht.

Eingehend beschäftigt sich Frühauf mit den sittlichen Verhältnissen des Arbeiters. Er erklärt vieles aus der Arbeitsart und der Arbeitslast. Aber er sieht auch mindere Moralität, wo eigentlich von Unkultiviertheit der Form zu reden wäre. Er hat ein Ideal der »wahren Bildung« und der »Vornehmheit«, das darum als Maßstab ungeeignet ist, weil ein aristokratisches Bildungsideal wesensmäßig auf die Masse nicht übertragbar ist. Das Problem der Volkskultur kann in dieser Richtung keine Lösung finden; siehe dazu das nachdenkliche und kluge Buch Wilhelm Flitners *Laienbildung* /Jena, Eugen Diederichs/. Zur Religion des Arbeiters bestätigt der Verfasser die von Günther Dehn und Paul Piechowski entrollten Tatbestände. Nicht mit Unrecht deutet er die sozialistische Grundgesinnung selbst als Religion, die er der bürgerlichen Religion des Besitzes gegenüberstellt. Sie »ist weit wirksamer als die Religion der Kirchen«. »Es heißt die Frage vollauf verkennen, wenn man die Hoffnung in einer baldigen Verständigung mit den heutigen Mitteln sucht.« Frühauf sieht die volle Schärfe des Gegensatzes. Wenn er als lösende Formel die Idee der Humanität heraufruft, so sind seine Andeutungen in diesem Punkt viel zu kurz, als daß darüber in eine Debatte eingetreten werden könnte. Das Humanitätsideal war ein Bildungsideal. Das hat sich gerade als seine Grenze nach der sozialen Seite gezeigt.

Ausgrabungen Über seine Ausgrabungen in *Palästina* berichtete in einer außerordentlichen Sitzung der Archäologischen Gesellschaft Pater Mader, der Direktor des Orientalischen Instituts der Görresgesellschaft zu Jerusalem. Östlich der von Jerusalem kommenden Straße in der Nähe von Hebron weisen noch jetzt aus Riesenquadern errichtete Mauerzüge auf ein altes Heiligtum, in dem man bis zu den Kreuzzügen das biblische Mamre verehrte. Die Stelle führt den Namen Heiligtum der Höhe des Freundes Gottes und wurde von jehher mit Abraham in Verbindung gebracht. Jetzt fand man, daß die Bauanlage aus Hadrians Zeiten stammt, während darunter Fundamente liegen, die Ähnlichkeit mit Bauten Herodes des Großen aufweisen. Neben einer jüdisch-hellenistischen Kultstätte in einem Brunnenschacht stand einst die riesenhafte Eiche oder Terebinthe Abrahams, die hochverehrt wurde. Hadrian führte an jener Stelle einen nichtjüdischen Gottesdienst ein, den Konstantin in einer von ihm dort erbauten 3schiffigen Basilika durch den christlichen ersetzte. Die Grundmauern dieser Basilika wurden von Mader freigelegt. Eine Mosaikkarte Südjudäas aus dem 6. Jahrhundert zeigt diese Kirche neben der Abrahamseiche.

Über die Ausgrabungen in *Ephesos* während des Jahres 1927 und ihre Ergebnisse berichtete in der selben Gesellschaft der Greifswalder Professor Josef Keil. Der östliche Abschluß der Siebenschläferkirche am Westabhang des Panajir Dagh wurde freigelegt. Davor ist aus dem Felsen ein langer Kellergang herausgehauen, der zu 10 Kammern führt; hier sollen nach der Legende die Gräber der 7 Jünglinge gelegen haben, die unter dem Kaiser Decius der Christenverfolgung entgingen, weil sie in der Höhle in Schlaf versanken, in dem sie 200 Jahre lagen. Man hat bei diesen Grabungen jetzt bereits 1700 Lampen, die als Grabbeigaben dienten, gefunden, neben zahlreichen kostbaren Ornamentskulpturen in einem wahrscheinlich dem Kaiserkult dienenden Saal. An einer andern Stelle lag die Johanneskirche auf dem Hügel von Ajasuluk. Hier wurde die Grabstelle des Apostels aufgedeckt, die ihres Inhalts bereits beraubt war.

Neuauflagen In der Philosophischen Bibliothek /Leipzig, Felix Meiner/ sind 2 Werke *Schellings* neu herausgegeben worden: *Bruno* oder Über das göttliche und das natürliche Prinzip der Dinge und *Das Wesen*

der menschlichen Freiheit. Der Herausgeber ist Christian Herrmann, den Lesern der Sozialistischen Monatshefte als Bearbeiter der Rundschau Philosophie bekannt. Zu beiden Werken ist eine gediegene und umsichtige Einführung gegeben. Schelling nimmt im Rahmen des deutschen Idealismus eine ganz eigene Stellung ein, sofern er das Problem der Irrationalität des Wirklichen in voller Schwere sah und damit schließlich zu einer Religionsphilosophie hinkam, die den Idealismus durchbrach. Die Ansätze dazu sind schon in den Schriften der Frühzeit zu verfolgen. Die in den nunmehr neu herausgegebenen Schriften behandelten Probleme des Absoluten und der Freiheit stellen Schelling in den Vordergrund der religionsphilosophischen Problematik unserer Gegenwart.

Tagungen

Der *Kirchlichsoziale Kongreß*, eine seit langem bestehende Parallelvereinigung zum Evangelischsozialen Kongreß, tagte Ende September 1927 in Düsseldorf. Die Beratungen waren diesmal wesentlich dem Problem der Arbeit gewidmet. Einen der Hauptvorträge hielt dort Werner Sombart.

Anfang Oktober tagten die *Freunde der Christlichen Welt* in Meissen. Es sprachen Paul Tillich /Dresden/ über Eschatologie und Georg Wobbermin /Göttingen/ über die dialektische Theologie. Die Vorträge sind im 22. Heft 1927 und im 3. und 4. Heft 1928 der *Christlichen Welt* /Gotha, Leopold Klotz/ veröffentlicht.

In Mainz fand Ende Dezember eine *Internationale Rabbinerkonferenz* statt, an der die bedeutendsten jüdischen Gelehrten der ganzen Welt teilnahmen. Es wurde beschlossen der Jerusalemer Universität ein Judaistisches Institut für jüdische Kunst, Wissenschaft und Philosophie anzugliedern, ferner einen Lehrstuhl hierfür zu schaffen und einen für die ostjüdische Sprache.

Am 20. Juli 1928 begann in London eine *Weltkonferenz für Geisteswissenschaft*, die bis zum 1. August tagte und die Stellung der von Rudolf Steiner begründeten Anthroposophie zu Naturwissenschaft, Heilkunst, Pädagogik, Geschichte, Religion erörterte. Von Deutschen sprachen Friedrich Rittelmeyer und einige Lehrer der Waldorfschule in Stuttgart.

Totenliste

Ende 1927 starb der Professor der systematischen und praktischen Theologie in Greifswald *Johannes Kunze*, 62 Jahre alt. Sein Spezialstudium war die Theo-

logie der ersten Jahrhunderte der Kirche. Von seinen Werken ist besonders zu nennen: *Marcus Eremita*, ein neuer Zeuge altchristlichen Taufbekenntnisses. Er schrieb ferner über Glaubensregel, Heilige Schrift und Taufbekenntnis, Rechtfertigungslehre in der Apologie.

In Paris starb, 84 Jahre alt, der Priester *Claude Fillion*, Verfasser zahlreicher Werke über Exegese. Er war Professor für Heilige Schrift und Hebräisch in den Seminaren von Reims und Lyon gewesen und wurde von 1893 bis 1905 Lehrer am Katholischen Institut in Paris. Unter seinen Schriften sind zu nennen: *La Sainte Bible commentée d'après la Vulgata*, *N. S. Jésus-Christ d'après les Évangiles* und ein *Atlas de la Bible*. Seine Schaffenskraft erlahmte im hohen Alter nicht; er war vor seinem Tod dabei eine Geschichte Israels zu vollenden.

Die Gattin Moritz Lazarus', *Nahida Ruth Lazarus*, starb Mitte Januar 1928 in Meran, wo auch Lazarus selber vor 25 Jahren gestorben war. Sie veröffentlichte unter dem Pseudonym *Nahida Remy* eine Reihe von Dramen und Romanen, gab vor allem aber autobiographische Schriften Moritz Lazarus' heraus.

Im Alter von 78 Jahren starb Ende Mai in Leipzig der Professor *Wilhelm Nowack*, der dort an der Universität bis zu seinem Tod Vorlesungen hielt. Sein Hauptgebiet war das Alte Testament. Als hervorragendstes Werk hinterläßt er ein 2-bändiges Lehrbuch der hebräischen Archäologie /1894/.

Anfang Juni starb, im Alter von 46 Jahren, der Ordinarius für systematische Theologie in Heidelberg *Wilhelm Luetge*. Von seinen Werken sind *Religion und Dogma*, *Der Pessimismus im Christentum*, *Dialektische Theologie* zu nennen.

Kurze Chronik Der Religionswissenschaftler an der Universität Berlin Cajus Fabricius hat eine

Zentralstelle für Konfessionsforschung eingerichtet, wo die grundlegende Literatur aller Konfessionen der Gegenwart zusammengestellt und wissenschaftlich bearbeitet, einzelne Nachrichten aus den religiösen Bewegungen der Gegenwart gesammelt und Auskunft über konfessionelle Fragen erteilt werden. Zu diesem Zweck soll ein Quellenwerk unter dem Titel *Corpus Confessionum* zusammengestellt und veröffentlicht werden. ◊ In Württemberg wurden kürzlich neue Vereinbarungen zwischen dem Staat und der Evangelischen Kirche über die *Ausbildung der Theologen* getroffen. Danach sollen die Prüfungen, die bisher an der Univer-

sität erfolgten, nunmehr in der Hauptsache den Kirchenbehörden übertragen werden. Unter Teilnahme von Mitgliedern der Theologischen Fakultät wird die Prüfung von einem Vertreter des Oberkirchenrats geleitet werden. Auch die Bestimmungen über das Studium selbst sind geändert. Das Studium wird in Zukunft 4 statt wie bisher nur 3 Jahre betragen. Über die weiblichen Theologiestudierenden bestimmt die neue Vereinbarung, daß sie zur 1. und in geeigneten Fällen auch zur 2. Dienstprüfung zugelassen sind. Sie sollen aber nur zum Religionsunterricht an Volks- und Höheren Schulen berechtigt sein, während der Oberkirchenrat im Einzelfall entscheiden wird, wie weit sie auch im kirchlichen Gemeindedienst Verwendung finden. In der Prüfung sollen sie an Stelle der Predigt eine biblische Ansprache halten.

Literatur

Der Wiener Dogmatiker und Religionspsychologe Karl Beth gibt seit einiger Zeit eine besondere *Zeitschrift für Religionspsychologie* heraus (Gütersloh, C. Bertelsmann). Der Untertitel Beiträge zur religiösen Seelenforschung und Seelenführung charakterisiert die praktische Tendenz der Zeitschrift. Auch der 1. Aufsatz des 1. Heftes weist in diese Richtung. Der Herausgeber selber handelt hier von Religionspsychologie und Seelsorge. Von den weiteren Abhandlungen behandelt eine die religiöse Stellung der Gefangenen, eine weitere, sehr aufschlußreiche, die Beziehungen von Religion und Minderwertigkeitsgefühl, während die beiden letzten den Problemen der religiösen Erziehung sich zuwenden. ♦ Das 1. Heft des 45. Jahrgangs der Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte (Leipzig, M. Heinsius Nachfolger) bringt eine aufschlußreiche Arbeit Lydia Müllers über den Kommunismus der mährischen Wiedertäufer. Die Verfasserin beschränkt sich auf die Gruppe der Hutterer. Sie geht auf eine der kraftvollsten und größten Gestalten des Wiedertäuferturns zurück, auf Jakob Hutter. ♦ Über die Bedeutung der *Dialektischen Theologie* für die Alttestamentliche Wissenschaft hatte Willy Staerk (Jena) auf dem 1. Evangelischen Theologentag gesprochen. Der Vortrag wurde in der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung (Leipzig, Dörffling & Franke) veröffentlicht. Das analoge Thema hinsichtlich des Neuen Testaments hatte Rudolf Bultmann (Marburg) behandelt. Dieser Vortrag erschien in den Theologischen Blättern (Leipzig, J. C. Hinrichs).

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

George

Als Stefan George am 12. Juli 60 Jahre alt wurde, griff sich Deutschland ans Herz. Dem Mann und Künstler war vor einem Jahr die Ehrung der Stadt Frankfurt zuteil geworden. Man schickte mit Worten der Bewunderung 10 000 Mark und drückte Genugtuung darüber aus, daß in Zeiten der gedanklichen und ästhetischen Zerrüttung ein Künstler unverdrossen die Heiligkeit der Sprache geachtet habe. Solch offizielle Adresse wird wohl von klugen Männern formuliert, sie wird einem Lebenden übergeben, aber der Festredner verfällt gegen seinen Willen in den Stil des Leichenredners. Wenn Stefan George nur der Konservator des Sprachguts und der Bereicherer der Wortklärung gewesen wäre, dann hätte man nur formalistische Tugenden an ihm zu loben. Dieses Äußere wollen auch alle diejenigen nur sehen, die eingestehen, daß sie in dem Dichter nur den Bildner kalter Gebilde entdecken. Sie rüsten sich mit philosophischen und sogar mit nationalökonomischen Bedenken und meinen, der Dichter sei ein eiserer Mann, nicht beschäftigt mit den Problemen der Zeit und darum ein vielleicht des Ruhms, aber nicht der ergreifenden Volkstümlichkeit würdiger Ästhet. So haben gerade sozialistische Kritiker, die nichts von der sogenannten materialistischen Weltanschauung in Stefan George finden können, sehr skeptisch ihre Geburtstags Ehrung dargebracht. Es geschah aber nicht umsonst, daß gerade die Sozialistischen Monatshefte Stefan George in verehrende Gemeinschaft in einer Zeit aufnehmen, da der Naturalismus noch in üppigster Blüte stand. Sie wußten zunächst, daß die Realität im Grunde etwas höchst Irreales ist, dann auch, wenn sie scheinbar statistisch und formelhaft zu fassen ist. Man verzehrt die Wirklichkeit des Lebens, wird aber wiederum von dieser Wirklichkeit aufgezehrt. Und ob man ein Lastträger ist oder ein Buschmann, oder ob man, um ein Wort des 18. Jahrhunderts zu gebrauchen, ein Stück von der Seele des Alkibiades in sich aufbewahrt, es ist die Flamme spürbar und nicht auszurottende Neigung die Substanz zu transsubstanziieren. Man sucht hinter dem Gegebenen, das scheinbar zu erreichen ist, den dunklen Geber, den Schöpfer, mag man ihn als religiöser Mensch mit den Wolken des Übernatürlichen verhüllen, mag man ihn auch nur

durch einen weitem weniger körperlichen, mehr pankosmischen Begriff ausdrücken können und wollen.

Der Künstler Stefan George ist nicht durch die Welt gewandert, um das zum Gefühl sprechende Lebensdetail in ein ebenso die Empfindung bewegendes Kunstdetail zu verwandeln. Er ist ein Seher und will, daß die anderen auch sehen. Diese Art des Konzipierens und Gestaltens erfordert darum nicht weniger Leidenschaft als das Behorchen der Weltmusikalität. Es haben in Italien, in Frankreich, in England und schließlich auch in Deutschland jene als Artisten verleumdeten Worteformer gewohnt und gewirkt, deren Werk nicht bequem gewonnen werden kann. Sie müssen darum einsam bleiben, weil zu ihrer Kunst eine ungeheure Geduld gehört. Es genügt ihnen nicht, daß nur ihre Nerven spielen, und daß sie Sensationen austoben. Es vollzieht sich in ihnen der große Prozeß des Geistigen, den die reinen Weltbetrachter im philosophischen Indien, im moralischen Hellas und in der religiösen Christenwelt preisen. Der Philosoph, der religiöse Mystiker und der philosophische Sittenfreund platonischer Schulung lehren ausdrücklich, daß sie durch jederlei lebendiger Leidenschaft gesotten und aufgesogen wurden. Sie speicherten diese Erfahrung jedoch auf, um sie als eine nach außen nicht unmittelbar gelangende Lohe in sich aufzubewahren.

Man kann an George diese Entwicklung ganz genau verfolgen. In seinem 1. Buch Die Fibel ist er noch dieser nach dem Gefühl stammelnde Künstler. Er kann noch als ein Landschafts- und Naturlyriker gelten, der sich allein nach seinem Herzen richtet, und bemüht ist den unmittelbaren Reflex dieser Empfindung leuchten zu lassen. Man findet unter seinen ersten Gedichten alle Seichtheit, aber auch alle Süßigkeit, die wir gern von dem Lyriker fordern. Dann aber kommt das Erstarken und das Männlichwerden. Es geht dem deutschen Dichter, in dem neben dem Deutschtum auch die glücklichere romanische Natur waltet, wie Geistesbrüdern von der gleichen Art. Der lateinische Amerikaner José Maria Hérédia, der ein französischer Klassiker wurde, dichtete nur dann, wenn er seine Sonette wie Trophäen forttragen konnte. Er war dieser geduldige Gestalter, der seine große Gewalt des Skandierens und Gestaltens nicht benutzt, um Gelegenheitsgedichte und Konfessionen hinzuschicken. Er hätte das gekonnt, denn er meisterte die seltensten Reime, ebenso die seltensten Bilder und Formen.

Die Universalnatur Goethes hat derartige Verwandlungen auch durchgemacht. Als er bekannte, daß sein Dichten nichts als eine große Konfession sei, spielte er noch in dem Glauben, daß der Dichter sich mit seiner Weichheit oder Härte unmittelbar bekennen müßte. Dann war es ihm vergönnt die Weisheit des Ostens kennen zu lernen, und er wurde der Prophet der getragenen Ewigkeit. Er schwor die Methode des blinden Sehers ab, um ein sehender Seher zu werden. Stefan George hatte nicht das Schicksal, daß er während seiner irdischen Laufbahn so verschiedenartige Etappen des künstlerischen Wollens durchmaß. Alle Weisheit strömte aus ihm so feiertäglich wie wir sie aus seinen Büchern hören. Man darf ihm nicht vorwerfen, daß er abseits vom Alltag steht. Wir wissen, aus seinem, die junge Generation ergreifenden Straßgedicht über den Krieg, daß er Aktivitätsdichter ist. Er vermochte daher auch Aktivitätsmenschen zu erfassen, dann nämlich, wenn er diese vom Herzen singenden Poeten aus fremden Sprachen verdeutschte, wenn er seine hohe Verskunst an den fremden Vorbildern übte und bewies, daß eigentlich gar kein Unterschied zwischen der Geschmeidigkeit und vokalisierenden Klangfülle der deutschen Sprache und der romanischen besteht. Seine Dichtung ist ein lebendiger Beweis für die geheime Verwandtschaft, die zwischen der romanischen und der deutschen Sprache besteht. Er ist als nachschaffender Übersetzer ebenso stark wie in der originalen Schöpfung. Der andere große deutsche Übersetzer, Rainer Maria Rilke, der schon tot ist, suchte die primitiven Lyriker, die rein emotionalen, die musikalischen. Die Lyriker der Anschauung, besonders den Dante Alighieri, suchte Stefan George auf. Es ist nicht einzusehen, weswegen der esoterische Künstler ein von sozialistisch denkenden Menschen zu belächelnder Schwärmer sein soll. Die Menschen der Wirklichkeit, die auch durch die Dichtung nur der Wirklichkeit gerecht werden wollen, und nicht bemerken, daß sie meist eine beträchtliche Spanne hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, wären sehr ungerecht, wenn sie das Ingenium Georges vermindern wollten. Die Georgesche Natur ist weit entfernt von jenem Ästhetentum, das als Snobismus charakterisiert wird. Die innere Leidenschaft dieses Dichters ist nicht gering. Er tändelte nur von seinem 15. bis zu seinem 20. Jahr in dem bequemen Gefühl der unmittelbaren Erregungen, suchte dann aber die unendliche Dauer.

Lyrik

Mit Aufopferung und Willenskraft stellte sich *Erich Mühsam*, nun auch schon

50 Jahre alt, in den proletarischen Kampf. Er weiß, daß er Rebellenslyrik reimt. Er beabsichtigt nicht sich in Verschwiegenheit und Skurrilität zurückzuziehen. Er sucht das Publikum, das durch Fanale entzündet werden muß. Er brannte immer und wollte als Fackelträger sichtbar sein. Eins seiner Gedichte beginnt:

»Ich möchte wieder vom Glücke gesunden.
Die Seele sehnt sich nach harten Streichen.
Die Seele sehnt sich nach frischen Wunden,
Nach Kämpfen und Bängnissen ohne gleichen.«

Das Schicksal hat seinen Wunsch erfüllt und ihm Erlebnisse aufgebürdet, die in der Tagesgeschichte unserer letzten Jahre aufgezeichnet sind. Nun, da *Erich Mühsam* einen Extrakt aus den zahlreichen Bänden seiner Rebellenslyrik gibt (Sammlung 1898 bis 1928 /Berlin, J. M. Spaeth/), will er seine geistige Existenz für eine gewisse Unsterblichkeit umzäunen. Vergessen wir nicht, daß *Mühsam* wirklich eine starke lyrische Begabung ist. Er kommt aus bürgerlichen Kreisen; doch in ihm glüht das Proletarierherz. Seine Liebeslyrik verrät freilich, daß dem Jüngling und dem Mann die Weichheit nicht versagt blieb. Tendenz und Traum vermischen sich in ihm oft. Es finden sich bei ihm liedartige Frühlingsgedichte. Ja, man argwöhnt, daß dieser Dichter, der ironisch die Modrigkeit einer ihm unbequemen Gesellschaftsordnung verspotten möchte, vor seiner eigenen Unrast erstaunt. Er hat nicht umsonst in der Gemeinschaft jenes *Peter Hille* gelebt, der ein großer Vagabund, aber auch ein herzenseinerer und formenreiner Lyriker war.

Der Lyriker *Johannes R. Becher*, ein Gesinnungsgenosse *Mühsams*, ist viel weniger sentimental. Die hungrige Stadt heißt sein letztes Buch /Wien, Agisverlag/. Nun ist die Lyrik *Bechers* heute ungewöhnlich aufregend rhythmisiert. Er zerbricht nicht nur überlieferte Gedanken sondern auch überlieferte Formen. Er hat in den letzten Jahren, da ihm die Gerichte als einem vermeintlichen Hochverräter zusetzten, vieles gelernt, um eine sehr eindrucksvolle agitatorische Zwecklyrik zu dichten, und er versagt sich jene weiche Stimmung, von der *Mühsam* nicht loskommen kann.

Im Verlag R. Piper & Co in München erschien eine Nachlese zu den Gedichten *Christian Morgensterns*, unter dem Titel *Mensch Wanderer*. Die Herausgeber, die Witwe des Dichters und *Michael Bauer*, bewahrten alles auf, was *Morgenstern*

bei seinen Lebzeiten nicht dem Druck übergab. Sie stellten den sentimentalsten *Morgenstern* vor den Lyriker, der sich tagebuchartig mit sich selber unterhielt und seine Melancholie bekundete.

Roman

Außerhalb jedes literarischen und philosophischen Streits steht *Knut Hamsun*.

Sein letzter Roman, *Landstreicher* /München, *Albert Langen*/, erzählt nur von wenigen Menschen in Norwegen, die einem dunkeln Instinkt folgen und ihr Land durchwandern, bald lügend, bald liebend, bald glücklich, bald elend. Sie können lange nicht zur innern und äußern Rast kommen, weil die eingeborene Natur sie von Haus und Hof wegjagt. Es wird nicht viel auseinandergesetzt, es wird nur berichtet: ganz kleine Dinge, ganz nebensächliche Schicksale, Schliche von Marktfahrern und winzigen Spitzbuben, die Sorgen der Fischer, die ihre Häringsnetze auswerfen, der Bankrott und der Aufstieg von banalen Kaufleuten, Bauern, mannstollen Frauen, lenden-schwachen Männern usw. usw. Das ist eben *Knut Hamsuns* Genie, immer wiederkehrend, nie erlöschend. Man klammert sich an kein Dichterjubiläum. Die Erneuerung des Genies erfolgt so gesetzmäßig wie die Erneuerung der Jahreszeiten. Man sieht nicht einmal Entwicklungen der dichterischen Natur. Sie ist da. Sie gibt sich einem jeden, und die Gabe ist jedem, der sie zu empfangen versteht, unendlich wertvoll.

Der neue Roman *Selma Lagerlöfs* heißt *Charlotte Löwenskjöld* /München, *Albert Langen*/. Schwedische Landschaft und dann die fröhlichen frommen verliebten tanzfreudigen Menschen, die tragisch nur dann gestimmt sind, wenn ihre Liebesnöte allzu wild werden.

Der Roman *Hermann Ungars* *Die Klasse* /Berlin, *Ernst Rowohlt*/ psychologisiert um närrische Lehrer und tüchtige Jungen; Sturm und Drang zischen mit der Verkalkung zusammen.

Der kleine Roman *Oskar Baums* *Drei Frauen und ich* /Stuttgart, *J. Engelhorn*s Nachfolger/ berichtet von dem Blinden, der geliebt wird, von 3 Frauen umgeben, und darum leidet wie ein vollkommener und sehender Mensch. Alles, was dieser nur innerlich hellsehende Dichter schreibt, ist Selbstbekenntnis und merkwürdig.

Ein Gesellschaftsroman *Georg Hirsfelds*, der manches von den sozialen Kämpfen der letzten Jahre faßt, doch nur leichtthin die öde Vergangenheit streift, ist *Der Mann im Morgendämmer* betitelt /Leipzig, *Philipp Reclam*/.

Die stets unterhaltend pointierende Humoristin *Alice Berend* erzählt wiederum von einigen Menschenkuriositäten in ihrem Roman *Das verbrannte Bett* /Berlin, S. Fischer/, der aber diesmal von Berlin auch nach Wien hinübergreift; es zeigt sich, daß diese im Lachen meditierende Beobachterin der menschlichen Oberfläche auch dem Wienertum gerecht wird.

Erzählungen Von ungewöhnlicher Produktivität ist *Walter Serner*.

Nahezu ein Dutzend seiner Bücher erschien gleichzeitig in dem unternehmenden und erfrischend jugendlichen Verlag von Paul Steegemann, jetzt in Berlin. Sie haben Titel wie *Zum blauen Affen*, *Der 11. Finger*, *Die tückische Straße*, *Die Tigerin*, *Der Pfliff um die Ecke*, und sie gehören zu jenen Büchern, bei denen man, was auch sonst sein mag, sich bestimmt nicht langweilt. Es sind alles Zuhälter- und Weltstadt-vagabundengeschichten. Ein Schriftsteller von letztem Europäismus, der sich in der Rolle des Hochstaplers gefällt und sogar ein ganzes Handbrevier für »Hochstapler und solche, die es werden wollen« verfaßte. Er scheint in den Bordellen von Marseille und Neapel und Prag zu Hause, auch in den Spielhöhlen von Monte Carlo, in allen Spelunken der Diebe, Mörder und Mädchenhändler. Aber es scheint eben nur so. Denn es muß ihm nachgesagt werden, daß er Humor hat. Man suche bei ihm nicht irgendwelche moralisierende oder umstürzlerische Tendenz. Er möchte den Glauben erwecken, daß jene Welt ebenso gefestigt ist wie die gutbürgerliche. Und er hat vielleicht mehr recht als er weiß.

Alle diese Mädchen und Männer Serners gehören ebensogut zur Klasse des Mitteleuropäers wie Bankdirektoren, Staatsbeamte und Preisboxer. Diese kokainisierten, ästhetisierenden, nihilistisch kokettierenden Europäer möchte auch *Iwan Goll* fassen. Er nennt seinen Roman, der sich aus kleinen Genrebildern zusammensetzt, *Der Mitropäer* /Basel, Rheinverlag/. Wir durchwandern einige Pariser Salons, wir lernen auch einige Nachtlöke höhern und niedern Grades kennen. Der Mitropäer ist gewiß ein auffälliger Typus, der heute in Paris wie in Berlin zu treffen ist. Er ist so häufig, daß er kaum noch interessant scheint, und es spricht für den gesunden und ironischen Blick Golls, daß er diesen seinen Mitteleuropäer nach einigen Erschütterungen, die ihn vollständig desorientieren, in der guten bürgerlichen Gesellschaft landen läßt.

Über all diese etwas maroden und doch durchaus alltäglichen Menschen, mögen sie nun über ein Scheckbuch oder über die Prostituiertenkarte verfügen, will *Bruno Frank* 2 Männer herausrücken, um deren Schicksal er eine Politische Novelle schreibt /Berlin, Ernst Rowohlt/. Der deutsche und der französische Staatsmann treffen sich im Süden Frankreichs. Der Dichter schildert ein wimmelndes Marseille und die gesegneten Küsten des Mittelmeers. Unter dem gleichmäßigen Himmel, den nächtlich das südliche Kreuz erleuchtet, begegnen sich die beiden Politiker. Sie werden nicht mit Namen genannt. Die Details, die von dem Franzosen gegeben werden, lassen sofort Briand erkennen. Hier denkt der Schriftsteller an eine Persönlichkeit, die er klar sieht und behutsam nach allen Seiten beleuchtet. Es ist merkwürdig, daß er sich besser in dem Franzosen auskennt als in dem Deutschen. Der Deutsche soll ein gerader Mann unserer Tage sein, nicht sehr versonnen, doch immerhin mit genügend viel Schwermut und Schwärmerei belastet. Frank will eine politische Novelle schreiben und zeichnet die Gespräche der beiden Freunde auf, die sich wirklich als Freunde gefühlt haben und nun gemessen, kühl und trotzdem mit Ergriffenheit und Herzlichkeit suchen, auf welchen Wegen unserm Kontinent der schöne soziale und politische Friede zu schenken ist. Dieses große Gespräch, das in der Stadt beginnt und dann in der Stille eines idyllischen Wirtshauses auf der Landstraße fortgesetzt wird, stammt aus der Feder eines klugen Schriftstellers. Er hebt die großen Gestalten noch besonders ab, indem er zwischen ihnen die Silhouette der kleineren ihrer Sekretäre und Helfer herumhuschen läßt. Und das Schönste ist vielleicht das Abendessen zu dreien in dem halbländlichen Wirtshaus, in dem gleichwohl ein wundervolles, ganz französisches Menu improvisiert wird, mit einer Frau, die zufällig da ist und sich mit heiterer Würde einfügt; diese alte Kultur, und sei es auch die des Essens, die nie veraltet, sich stets erneuert, und von der alles ausgeht. Während der Franzose aber in allem recht behält, und eine heitere Zukunft prophezeien darf, die man ihm glaubt, bleibt der Deutsche in einiger Unruhe zurück. Der Deutsche ist nicht so abgeklärt wie der seelenheitere Franzose. Er verliert sich in einer dunkeln Wanderung, gerät in das finstere nächtliche Marseille, in dem die Spelunken offenstehen. Und er wird zu-

fällig ermordet, sinnlos, schmähsch. Es wird eine kostbare Existenz beendet, die in diese politische Novelle fein eingegliedert war. Dieser Schluß der Erzählung ist ein Trugschluß. Zu loben ist aber die geistige Gesamthaltung des Betrachters, der dieser schönen Sache, der wir dienen möchten, milde und kluge Worte widmet: der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Von einer Jungenfreundschaft zwischen einem schwarzen Burschen und einem weißen prächtigen gefühlvollen Jungen erzählt *Hans Leip* (Der Nigger auf Scharhörn /Hamburg, Gebrüder Enoch/). Leip ist ein frischer Erzähler, auch wenn es ihm, wie diesmal, nur um kleine lebenswürdige Dinge geht.

Unter dem Titel *Die zerbrochene Erde* /Berlin, Martin Wasservogel/ erzählt *Michael Osten* kleine Geschichten: witzig ausgedachte Anekdoten mit gutem Anlauf, wenn auch der Pfeffer und das Salz des Phantasten zuweilen vermißt werden.

Totenliste

Am 29. März starb *Hanns von Gumppenberg*, 62 Jahre alt, in München. Er hat mehrere ernste Dramen verfaßt, wie *Thorwald*, *Messias* und die lange Reihe der Königsdramen sowie die Romane *Der Fünfte Prophet* und *Das Dritte Testament*. Aber was von seinen Werken am lebendigsten wirkt, sind seine Parodieensammlung *Das deutsche Dichterroß* sowie die Stücke, die er für die *Elf Scharfrichter* in München schrieb. Er muß zu den ernsthaften lyrischen Künstlern gerechnet werden, denn er feilte außerordentlich sorgfältig an den Versen, die äußerlich so ganz improvisiert schienen.

Im Alter von 74 Jahren wurde *François de Curel* in Paris, an seinem Schreibtisch sitzend, von einem Herzschlag dahingerafft. Er galt als der französische Dramatiker des stark moralisierenden Theatersstücks. Von seinen Dramen seien die folgenden genannt: *La figurante*, *L'envers d'une Sainte*, *Les fossiles*, *L'amour brode*, *Danse devant le miroir*. Er war so ernst, daß er hinter den vielgeliebten, die europäischen Theatermärkte überschwemmenden Routiniers zurückstehen mußte. Nur durch Geduld erlangte er es, daß er schließlich dennoch in die Akademie der Unsterblichen aufgenommen wurde.

Am 29. April erlag in Zürich, 62 Jahre alt, *Heinrich Federer* einer Herzschwäche infolge einer Blinddarmoperation. Er erzählte am schönsten sorgfältig stilisierte Kostümnovellen aus der Renaissance. Für sein Buch *Papst und Kaiser im Dorf* erhielt er den Gottfried-Keller-Preis.

Nach einem langen Leiden starb in Travemünde am 13. Mai *Ida Boy-Ed*, kurz nach Vollendung ihres 76. Lebensjahrs. Sie war eine Schriftstellerin des bürgerlichen Hauses, stand aber hoch über den schreibenden Dilettantinnen, die heute sentimental oder sexuell die Familienliteratur pflegen.

Ein journalistischer Dichter war *Victor Auburtin*, der, 60 Jahre alt, am 28. Juni in Garmisch-Partenkirchen starb. Er hatte den Geist eines Menschen, der dem Tag nacheilen muß und trotzdem die Ewigkeit erreichen möchte. Solche bittersüßen kleinen Betrachtungen schrieb zum erstenmal *Charles Baudelaire* auf. Auburtin gehörte zu dieser Familie. Seine Satire war artig, sie biß niemals so schneidig wie wenn *Heinrich Heine* zupackte, den die nicht sehr scharfsinnigen Nekrologe des gütigen, lebenswürdigen Mannes als Geistesurvater Auburtins ausgegeben hatten. Und doch schrieb er vor dem Krieg das Drama der mit einem Stern zusammenstoßenden Erde: ein Stück, das, wenigstens in seinen Nebendingen, merkwürdig auf den Kern der Dinge geht. Dieser Zeitungsmitarbeiter war also von Ahnungen bewegt, die über die Sorgen der Tagesneuheiten in eine Welt führten, in der der Tag selbst ein anderes Gesicht bekam.

Kurze Chronik Den Brüsseler *Internationalen Kunst- und Literaturpreis* erhielt *Richard Huelssenbeck*, der ehemalige Dadaistenführer und jetzige Weltfahrer, für seine Komödie. Hauptsache ist. ◊ Der gesamte sehr umfangreiche *Nachlaß Victor Hugos*, der bisher noch von dem Testamentsvollstrecker zurückgehalten worden war, wurde nunmehr in die Nationalbibliothek überführt, wo er Interessenten zugänglich gemacht wird. ◊ Eine von dem belgischen Bildhauer *Louis Mascré* geschaffene *Büste Emile Verhaerens*, der ersten zu seinem Gedächtnis, wurde in dem schönen Park *Josaphat* in der Gemeinde *Schaerbeek* bei Brüssel enthüllt.

Literatur

Eine deutsche Literaturgeschichte schrieb *Alfred Kleinberg* (Die deutsche Dichtung /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/). Er will die Geschichte der deutschen Dichtung in ihren sozialen, zeit- und geistesgeschichtlichen Bedingungen ergründen und leitet das ganze Werk ein, in dem er theoretisch auseinandersetzt, daß Geistesgeschichte nicht von Wirtschaftsgeschichte zu trennen ist. Er isoliert nicht mehr das dichtende Subjekt

als eine außerordentliche Individualität sondern charakterisiert die schöpferische Persönlichkeit als höchste Blüte der sozialen Gruppe. Daß bei solcher Betrachtung durchaus nicht das Individuelle verkürzt werden muß, zeigt sich gerade in diesem Buch. Kleinbergs Werk ist für die arbeitende Klasse aller Schichten bestimmt, in einem ruhigen, jede Absonderlichkeit vermeidenden Stil geschrieben und darum durchaus der Volkstümlichkeit würdig, die man dem Buch wünscht.

◇ Ein Literaturbetrachter, der sich manchmal in allzu spitzfindige Rassenbetrachtung verliert, ist *Josef Hofmiller*. Er liebt aber die deutsche Dichtung, über deren Einzelpersönlichkeiten er ja schon viele gute Betrachtungen veröffentlichte. Wenn er über den »Umgang mit Büchern« plaudert (München, Albert Langen), so tut er es als ein sehr unterrichteter Mann. Von der Edda bis zum Urfaust, von Eckermann bis zu Jean Paul und Gottfried Keller ist sein Interesse gespannt.

◇ Wenn Frank Harris es unternimmt die soziale und private Persönlichkeit Shakespeares zu erfassen (Shakespeare der Mensch und seine tragische Lebensgeschichte, übertragen von Antonina Valentin /Berlin, S. Fischer/), dann wagt sich kein dilettantischer oder geschraubter Philologe an diese sehr wichtige und schwierige Arbeit. Harris erläutert Shakespeare, indem er ihn als einen tragisch Ringenden, innerhalb seiner Umgebung ziemlich vereinsamten Kämpfer darstellt. Er scheut sich nicht auch die Spitzbubenseite des Genies richtig zu betrachten. Aus dem Dunkelindividuum funkelt die Unsterblichkeit. Und wenn Harris die Shakespeareschen Blankverse liest, dann füllen sie sich überall mit Winken, um die Biographie des größten Briten tiefgründig zu lesen.

◇ Adolf Kippenberg veröffentlicht das 7. Jahrbuch seiner Sammlung /Leipzig, Inselverlag/, das hauptsächlich dem Genie und dem Kreis Goethes gewidmet ist. Das Hauptstück ist eine Studie Romain Rollands über Goethe und Beethoven. Der Antagonismus zwischen dem Olympier und dem mächtigen Romantiker enthüllt sich wie eine Tragödie, in der die stärksten Anreger des deutschen Geistes aufeinanderhämmern. Wer schließlich Sieger bleibt, ist kaum zu entscheiden. Man weiß, daß Rolland die Passionen im Menschen und auch im künstlerischen Schöpfer höher schätzt als die unzerstörbare Harmonie. So zerbröckelt er wohl ein wenig die weimarische Würde, damit die Wucht des Beethovenschen Kampfes den Betrachter desto härter niederdrückt.

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Klempereroper Das große tragische Theater scheint sich in die Oper geflüchtet zu haben. Jedenfalls sah man jetzt kein modernes Werk, das sich dem Opernatorium Igor Strawinskijs *Oedipus rex* vergleichen ließe. Der Text des gewaltigen Sophokleischen Dramas wurde von Jean Cocteau zu einer modernen knappen Dichtung zusammengerafft, die den schicksalhaft tragischen Kampf des Ödipus mit den Mächten als eine Sache erscheinen läßt, die uns heute in gleicher Weise angeht wie die Athener vor 3000 Jahren. Jeder menschliche Subjektivismus ist verbannt. Die Übertragung ins Lateinische schafft neben einem international gültigen Text einen Monumentalrahmen, in dem sich die Musik ganz objektiviert. Das Abgerundete, Starre der lateinischen Sprache gibt den Chören, die die Hauptstellung in dem Werk einnehmen, eine ungeheure Wucht. Die Musik Strawinskijs, die uns die »neue Form des Epos« bringt (siehe die Rundschau Musik, 1928 I Seite 270 und folgende) geht auf einem Weg, der in die Zukunft führt. Die Berliner Aufführung, musikalisch wie szenisch von Otto Klemperer geleitet, war ein ungewöhnlich bedeutendes Ereignis. Ewald Dülberg schuf eine erhabene, gewaltige Szene aus Quadern, Stufen und Licht und eindrucksvollen Kostümen dazu. Von den darstellenden Sängern hatte Sabine Kalter das große Format, und vor ihr der Teiresias des stets gewaltigen Emanuel List. Carl Koch, als Ödipus auf beträchtlicher Höhe, mußte wegen eines stimmlichen Mißgeschicks die Rolle an Hans Fidesser abgeben, der, trotz seinem schönen Tenor, nicht männlich genug gerade hierfür war. Den vermittelnden Sprecher, eine ebenso notwendige wie glückliche Einrichtung, gab Heinrich Schnitzler mit Anstand, aber nicht ganz richtig, zu bewegt, nicht objektiv referierend (Und warum dieses Kompromißkostüm? Fehlte die Courage zu dem vom Autor vorgeschriebenen Frack?)

Nach der bedeutenden Tat der Ödipusaufführung kann man von der Klempereroper am Platz der Republik Erhebliches und, was das Wichtigste wäre, Neues im kommenden Winter erwarten. Sie hatte bis jetzt schon das nicht kleine Verdienst den Spielplan in seiner Gesamtheit vom gewöhnlichen Schema der Opernhäuser entfernt zu haben. Sie brachte nicht nur hier und da ein Ungewohntes, sondern sie vermied das Gewohnte. Was sie an Opern neu hervorholte, war fast immer das, was

man sonst nirgends hörte, und immer von einem feinen Willen und guten Gefühl bestimmt; so Smetanas Kuß, Verdis Luisa Miller, auch Puccinis Triptychon, und dann die uns entzückende französische Spieloper (wie viel steckt doch in ihr!), Aubers Schwarzer Domino und Gounods Arzt wider Willen. Dem Plus der Werkeauswahl stand als ein Minus das mittelmäßige Sängersenemble gegenüber. Es zeigte sich, daß ein vom Intellekt genährter Niveauwahn nur zum Provinzialismus führt. Man wird von solchem Darstellungsschema, das so schnell veraltete, jetzt vermutlich abkommen, dem Geist in der Bestimmung des Spielplans aber hoffentlich auch weiter folgen. Dann wird die Klempereroper eine besondere Aufgabe erfüllen, die bis jetzt noch nicht in Angriff genommen war.

Berlin: Städtische Oper Von den 3 Berliner Opernhäusern hat in der Spielzeit 1927-1928 die Städtische Oper den Hörern das meiste gegeben. Freilich, wir empfinden in ihr immer noch die Inhomogenität, die daraus kommt, daß der Repertoirebestand des Deutschen Opernhauses gewissermaßen als Fundus übernommen wurde, um den eingesessenen Abonnenten das Gewohnte zu bieten. Von einer vollen Kunstleistung der Städtischen Oper wird man erst dann sprechen können, wenn diese Residuen verschwunden sein werden. Einstweilen kann man nur von Einzeltaten berichten, von diesen mit hoher Genugtuung. Was die Städtische Oper unter ihrer neuen Leitung wirklich geleistet hat, besteht noch nicht in einer produktiven Förderung der Opernmoderne. Kreneks *Jonny spielt auf* blieb bis jetzt das einzige Werk unserer Tage, das durch sie nach Berlin gekommen ist. Diese Einstudierung ist sehr hoch einzuschätzen. Ihre wirkliche Bedeutung aber wird sie nur im Zusammenhang des neuen Schaffens überhaupt bekommen. Ankündigungen für die kommende Spielzeit lassen in diesem Punkt manches erhoffen. Das eigentliche Verdienst der Städtischen Oper bestand in diesem Winter darin, daß wesentliche Werke, die zwar in einer nahen Vergangenheit entstanden sind, aber ihre richtige Gegenwart noch nicht gehabt haben, hier zu wirklichem Leben erweckt worden sind. Vor Jahren schon wurde hier in der Rundschau Musik die Neuaufführung von *Pelleas und Melisande* verlangt. Dieses Werk, das eine neue Epoche der Opernmusik eingeleitet hat, ist in seiner scheuen Zartheit, die vor jeder Enthüllung des Selbst, vor jeder

lauten Deutlichkeit zurückschrickt, sehr schwer auf einer Bühne darzustellen, da in jeder Szene schon die Andeutung fast ein Zuviel ist. Und gar in diesem großen Haus der Städtischen Oper schien solches Beginnen fast unmöglich. Und doch ist es Bruno Walter in einem so hohen Maß gelungen, daß man sich, ungeachtet aller technischen Widerstände, der leise zwingenden, niemals zupackenden Gewalt dieses Werkes hingeben konnte, mußte. Das Orchester wie die Sänger schufen eine Welt der Unwirklichkeit, in der uns keine Wahrheit gezeigt, in der jede Wahrheit geahnt wird. Das gilt schon für Hans Fidesser und Lotte Schöne. Das gilt vor allem aber für Ludwig Hofmann. Wie dieser Golo am Schluß der 1. Szene die Worte »Weiß ich es selbst ... Ich verlor meinen Weg ...« in sich hinein singt; das war das ganze Werk, so lebt es in uns.

Danach dann ein anderes Werk, das nur wenige Jahre vorher entstanden war: Hugo Wolfs *Corregidor*. Über das von Wagner Beeinflusste in ihm müssen wir heute hinweghören. Aber wir können es auch. Denn das Eigene ist stark, erfüllt uns bald durch so tiefes Gefühl, daß man sich von diesen Menschen und ihrem so einfachen und so bunten Leben gar nicht trennen möchte. Man weiß schließlich auch nicht, was an ihren Wünschen und Taten gut oder verwerflich ist, so sehr wird alles mit gleicher Sympathie umfassen. Alles gehört zusammen, und man möchte nicht, daß eines davon nicht wäre. Es ist allerdings schon die wundervolle Dichtung Rosa Mayreders, die diese Stimmung schafft. Mit ihrer tiefen Menschlichkeit und ihrer geistigen Überlegenheit, die aber doch nie drübersteht sondern immer mitten drin, weil man auf Menschen nicht von oben sehen soll, bewirkt sie, daß das durchtriebene Faktotum Repela uns ebenso nahesteht wie der noble Müller, und daß wir von der späten Entflammtheit des Corregidors ergriffen, ja in einem Moment erschüttert werden, wenngleich wir natürlich auch bereit sind über ihn zu lachen; dies aber nur so wie über alle anderen auch. Die musikalische Leitung dieser Aufführung war dem Werk völlig gleichwertig. Von Karl Erb konnte man das annehmen, bei Maria Rajdl war man überrascht; eine so reizvolle Gestalt ist selten auf der Bühne gesehen worden. Wilhelm Guttman als Tio Lucas war in seiner Gesamtleistung auf der Höhe seines nicht geringen Könnens. Erstaunlich aber war Ludwig Hofmann als Repela. (Es ist überhaupt an der Zeit zu sagen, daß dieser

Künstler der Operndarstellung etwas ganz Ungewöhnliches gibt und vielleicht noch mehr verspricht. Er ist das, was Michael Bohnen hätte sein können, wenn er seine Gaben nicht durch komödiantische Effekte verdorben hätte. Hofmann gestaltet original, ohne originell sein zu wollen. Bei ihm ergibt sich immer alles von selbst. Sein Jonny hat wohl alle überrascht und bezwungen, so daß sein Spiritual im 2. Akt, mit stimmlicher Urgewalt vorgetragen, uns gar keine Spur als Prahlerei erschien sondern nur eine überzeugende Feststellung war. Was diese Gestaltung bedeutet, merkte man so recht, als einmal ein anderer Vertreter dieser Rolle austrat. Auch er war recht gut. Aber an die Stelle einer Elementarkraft war ein tüchtiger Darsteller getreten.) Dieser Debussy und dieser Wolf bildeten das Eigentliche des Schaffens der Städtischen Oper und auch das wirklich Bleibende, mögen diese Werke sich allerdings auch, wie die Erfordernisse der Hörer nun einmal sind, in dem Spielplan nicht halten können. Was sonst noch gegeben wurde, war freilich auch nicht gering: neben den Mozartopern der *Orpheus*, freilich durch eine unglückliche szenische Gestaltung in seiner Wirkung gehemmt. Diese Einschränkung gilt noch mehr für die Aufführung des Händelschen *Ezio*. Mit solchen bloß ausgedachten Prinzipien, wie bei diesem Werk Regie geführt wurde, kann man einem Händel nicht beikommen. Aber hoffentlich wird man sich dadurch nicht abschrecken lassen weitere Händelopern zu geben. Die Große Volksoper hat gezeigt, wie unmittelbar Händel gerade zu den Heutigen spricht. Man kann nur dringend wünschen, daß die Leitung der Städtischen Oper sich nicht durch die Zeitungsphrase von dem angeblichen Versagen der Händelrenaissance irremachen läßt. Seine volle Wirkung wird Händel erst noch haben. Nur muß man mit rein sachlicher Hingegebenheit ohne Aspiration eigener Stilisierungskunst an die Wiedergabe seiner Werke herangehen. Eine besonders schöne Tat war dann noch die Aufführung der *Djamileh*. Der unendliche Stimmungsreiz dieses Werks, der uns gleich am Anfang in dem Gesang der Nilschiffer (hört man, träumt man ihn?) gefangen nimmt, wurde freilich nicht ganz getroffen. Die große Künstlerin Sigrid Onegin ist gerade für die *Djamileh* nicht geschaffen. (Es gäbe heute nur eine ideale Verkörperung dieser rührenden Gestalt: Elfriede Marherr). Aber dieses Werk Bizets darf nun nicht wieder von der Bühne verschwinden,

Nach diesen großen Dingen soll man nun aber nicht die Aufführung der *Manon* vergessen: trotz dem (ach so gestrigen) Snobismus, der über Massenentwegsehen zu können glaubt, weil ihm für diese graziöse Musik von leise melancholischer Heiterkeit das Organ fehlt. Dieses nun besaßen die beiden Hauptdarsteller in der Städtischen Oper in hohem Maß. Carl Martin Ohman war als Des Grieux eine Gestalt, die seinem so bedeutend angelegten Hermann aus der *Pikdame* nicht nachstand. Und für die *Manon* hat Maria Ivogün gerade jene reizvolle Gesangkunst, die mit ihrer stets natürlich bewegten und bewegenden Bühnendarstellung ein Ganzes bildet. Fügt man noch hinzu, daß nach all diesen sorgfältig und liebevoll betreuten Neueinstudierungen kurz vor Saison-schluß Wolf-Ferraris *Neugierige Frauen* hervorgeholt und mit einer Frische und Beweglichkeit gegeben wurden, als ob man nicht am Ende so langer Schaffensmonate stände, so kann man dem kommenden Winter mit starker Erwartung entgegensehen. Was uns zuversichtlich machen kann, ist auch die Tatsache, daß Fritz Stiedry für die Städtische Oper, wenn vorerst auch nur als Gastdirigent, gewonnen wurde. Daß dieser wirklich moderne, universelle Dirigent eine Reihe von Jahren Berlin vorenthalten blieb, ist eine kaum gutzumachende Unterlassungssünde. Daß er jetzt nicht nur Repertoireopern dirigieren sondern auch unbekannte Werke einstudieren soll, ist eine Tatsache, die dem Berliner Opernleben einen neuen Antrieb geben kann.

Berlin: Staats-theater

Als eine völlig verfehlte Aufführung sollte sich Arnolt Bronnens *Katalaunische Schlacht* auf der Bühne des Staatstheaters erweisen. Übermäßige Striche und eine unzulängliche Besetzung der Hauptrolle vor allem konnten kaum das Skelett des Stückes vermitteln, so daß den Zuschauern eine unverständliche Kinosa-ache vorgesetzt wurde. Dieses Stück, dessen ganzer Wert in der sprachlichen Linienführung zum Ausdruck kommt, wurde fast gänzlich der Worte entkleidet und dadurch zu einer bloßen Konstruktion eines Geschehens. Jenen Geisterkampf noch in den Lüften, der über den Tod hinaus gekämpft wird, die Tragödie der letzten Frau, die zugrunde gehen muß, weil sie keinen Partner mehr findet, konnten Regie und Darstellung, mit einer Ausnahme, uns nicht ins Bewußtsein bringen; es sollte den wenigen Takten der Bühnenmusik Kurt Weills

vorbehalten sein die wahre Grundstimmung des Werkes wenigstens durchklingen zu lassen. Neben dem Musiker hielt nur noch Walter Franck als Carl in anzuerkennender Weise stand, auf ausichtslosem Posten, der Rolle wie der Aufführung. Lothar Mütthels Bemühungen um den Kenned blieben in einer äußern Haltung stecken, und das Triumvirat der anderen Männer spielte gänzlich abwegig und in keinem Zusammenhang mit der ihnen im Stück zuerteilten Aufgabe. Das letzte Versagen aber lag bei dem Regisseur Heinz Hilpert, der von allen Beteiligten die geringsten Beziehungen zu dem Drama hatte.

Diesen Mißerfolg der Staatsbühne konnte kurz darauf Jürgen Fehling durch eine besonders schöne Inszenierung des *Clavigo* ausgleichen. Es war überraschend, wie frisch und lebendig dieses von den Literaturhistorikern nicht sonderlich geschätzte Jugendwerk Goethes dank der hervorragenden Ensembleleistung auf uns heute wirkte. Was uns unbedingt besticht, ist die jugendliche Gründlichkeit, auch die unerhörte Offenheit der dichterischen Gestaltung dieses immer aktuellen Themas. Lothar Mütthel konnte den Schwung und die Problematik des *Clavigo* überzeugend entfalten, und Walter Franck bot mit seinem menschlich-mannhaften Carlos eine Leistung größten Ausmaßes. Äußerst sympathisch war Günther Hadank als Beaumarchais, und Grete Jacobsens rührende Stimme brachte uns die Maria Beaumarchais recht nahe.

Am Ende der Saison spielte das Staatstheater seinen besten Trumpf aus mit den »3 Akten englischer Kolonialgeschichte« *Kalkutta, 4. Mai* von Lion Feuchtwanger, und errang in der glänzenden Inszenierung Erich Engels und dem hinreißenden Spiel Rudolf Forsters damit den entscheidenden Erfolg der Spielzeit. Feuchtwangers kluges politisches Stück ist das beste solcher Art, das uns in jüngster Zeit vorgespielt wurde. Es war der geeignete Rahmen für die Kunst Forsters, des außerordentlichen Darstellers eines modernen Heroismus. Nie war Forster so Mensch der neuen Zeit wie hier als der Generalgouverneur Indiens Sir Warren Hastings. Diese Aufführung, schon im Sommer, schenkte uns auch den Forster verwandten großen Bühnenbildner Caspar Neher wieder, dessen szenische Gestaltung allein jedesmal ein Schauspiel für sich ist. In Walter Franck, Lothar Mütthel, Aribert Wäscher fanden sich auch in den Gegenspielern würdige Partner, die diesen Abend zu einem der großen machten.

Internationaler Schauspielerskongress Der 2. Internationale Kongress der Welttheatervereinigungen unter dem Vorsitz

Firmin Gémiers, der im Juni in Paris tagte, erörterte eine ganze Reihe sehr wichtiger Probleme des Theaterlebens. In einer Sitzung der Sektion Schauspieler und Vortragskünstler wurde der Beschluß gefaßt die Lizenzerteilung an Theaterdirektoren allgemein zu regeln, und zwar in dem Sinn, daß von jedem, der ein Theater errichten oder übernehmen will, bestimmte Garantien, sowohl künstlerischer wie moralischer, vor allem auch finanzieller Art, gefordert werden. In Deutschland, Österreich, Italien und Polen ist dies bereits in bestimmten Grenzen der Fall; jetzt soll auch in Frankreich ein Gesetz geschaffen werden, das solches bestimmt.

Ferner fordert der Welttheaterbund das Recht alle Gastspiele von Theatergesellschaften im Ausland zu kontrollieren, damit vermieden werde, daß schlechte und unwürdige Ensembles ein Land im Ausland diskreditieren. Ein höchst vernünftiger Vorsatz, dessen Verwirklichung nationaler Selbstgefälligkeit, wie sie sich leicht beim Anblick des Fremden einstellt (wir kennen sie in Berlin zur Genüge), steuern könnte. Es sollen in Zukunft Zertifikate des Welttheaterbunds über die künstlerischen Qualitäten der Theater ausgestellt werden.

In der Frage der Theateragenturen fordert der Bund die Regelung der Stellenvermittlung nach einheitlichen Gesichtspunkten, vor allem staatliche an Stelle der privaten Agenturen, und zwar auf paritätischer Grundlage. Albert Thomas stellt in Aussicht, daß diese Frage durch das Internationale Arbeitsamt in Genf geregelt werden wird.

Die Sektion Volkstheater und Feste schlug vor jedes Jahr in Genf ein Internationales Friedensfest zu feiern.

Kurze Chronik Ein kleines, 500 Plätze fassendes neuerbautes Theater wurde am 2. Juni in Neustrelitz als *Mecklenburgisch-Strelitzsches Landes theater* eingeweiht, das an Stelle des 1924 abgebrannten Theaters treten soll. Es ist von Littmann erbaut und, wie Littmanns frühere Theaterbauten, ohne Logen, mit amphitheatralisch ansteigendem Parkett. Die Einweihung brachte eine Aufführung von Così fan tutte. Der Staatsminister Curt von Reibnitz hielt eine Ansprache. ♦ In Düsseldorf wurde von einer jungen Schauspielerinnen, Margrit Bicheroux, eine Schauspielertruppe, die Neue Bühne, gegründet, die,

von *katholischem Geist* getragen, ihre Aufgabe ganz im Sinn eines Gemeinschaftsspiels, nicht als Schaustellung einzelner, auffaßt. Als 1. Stück führte sie Paul Claudels *Bürgen* auf. ◊ Bei der 16. Internationalen Kunstausstellung in Venedig fand zugleich eine *Ausstellung für Bühnenausstattung* statt, zu der 12 Künstler besonders eingeladen waren, unter anderen aus Berlin Ewald Dülberg und Traugott Müller und aus Wien O. Strnad. ◊ Vom 1. März 1929 an wurde *Louis Graveure*, jetzt Tenor, für die Berliner Städtische Oper engagiert. Graveure hatte in der abgelaufenen Opernsaison sehr erfolgreich als Don José gastiert, in einer Aufführung, die leider unter einer unmöglichen Carmen litt.

Literatur

Mein Werden nennt *Fjodor Schaljapin* autobiographische Aufzeichnungen, die

kürzlich auch deutsch im Adlerverlag in Berlin erschienen. Man erfährt aus diesen wenn auch primitiv, so doch lebendig und interessant geschriebenen Erzählungen des größten Sängers und Darstellers der Opernbühne unserer Tage (der uns jetzt auch in Berlin als Zar Boris und als Don Quixote wieder gezeigt hat, wie wirkliche Größe aussieht) den wunderbaren Aufstieg eines Berufenen aus Not, Elend, Verbrechen, Barbarei. Diese ungemein sympathischen menschlichen Ergänzungen, die zugleich einen tiefen Einblick in das russische Leben vor dem Krieg geben, werden allen denen, die wissen, was der Name Schaljapin in der Geschichte der Opernkunst bedeutet, viel geben. ◊ Mit solcher Gründlichkeit wie von *Hans Brandenburg* (Das neue Theater: Erlebnisse, Forschungen, Forderungen / Leipzig, E. Haessel/) ist lange nicht über alle Fragen des Theaters diskutiert worden. Brandenburg setzt sich in Form einer geistigen Autobiographie mit tiefem Ernst und großer Sachlichkeit mit sämtlichen Problemen des Bühnenbetriebs und der dramatischen Literatur auseinander und bietet damit allein schon ein umfangreiches Bildungsmaterial. Die Kritik der heutigen Zustände des Theaters und der Dichtung ist durchaus berechtigt und die Forderung nach einem neuen, von einer Gemeinschaft getragenen »tragischen« Theater kann man gern unterstützen, wie denn der Wille zu diesem großen Theater das wirklich Positive dieses mit leidenschaftlicher Hingabe geschriebenen Buches ausmacht. Ideologische Konstruktion bleiben aber die Richtlinien, die Brandenburg für das neue, das »tänzerische« Theater gibt.

KULTUR

Verkehr / Otto Schmidt

Nordpolflog

Der mit so viel Hoffnung und Mut unternommene Polarflug Umberto Nobiles mit dem Luftschiff *Italia* (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 462) hat ein tragisches Ende genommen. Am 24. Mai meldete Nobile, der nach mehreren Flügen von seiner Operationsbasis Kingsbay abgeflogen war, die geglückte Überquerung des Pols und den Antritt der Rückfahrt. Dann war plötzlich die Verbindung mit dem Luftschiff unterbrochen, und nach längerer Zeit, nachdem bereits von verschiedenen Seiten Nachforschungen angestellt worden waren, erfuhr man durch Funknachrichten, daß das Luftschiff abgestürzt, und die Besatzung im Polareis eingeschlossen war. Nur schwer gelang es allmählich den genauen Aufenthalt der Schiffbrüchigen im Eis festzustellen. Der größte Teil der Besatzung war mit Nobile zusammen, eine Gruppe war bei der abgestürzten Ballonhülle geblieben, während 3 Männer, darunter der schwedische Forscher Finn Malmgren, versucht hatten zu Fuß das Land zu erreichen. Der italienische Chefmechaniker des Luftschiffs, Vincenzo Pomella, war beim Aufstoßen des Luftschiffs auf das Eis tödlich verunglückt. Mit Flugzeugen versuchten zunächst Piloten der verschiedensten Nationalitäten die Luftschiffbesatzung zu entsetzen. Roald Amundsen, der mit Nobile bereits 1926 den Nordpol im Luftschiff überflogen hatte, versuchte selbst im Flugzeug die Besatzung aufzufinden, blieb aber seither verschollen. Dem schwedischen Piloten Lundborg gelang es schließlich nach mehreren Versuchen in tollkühner Weise bei der Hauptgruppe auf dem Eis zu landen und Nobile als ersten zu befreien. Bei seinem weiteren Versuch verunglückte Lundborgs Apparat beim Landen, so daß der schwedische Flieger gleichfalls längere Zeit auf dem Eis zurückbleiben mußte, bis er von einem andern Piloten zurückgeholt wurde. Da eine Befreiung der wegen der ungünstigen Eisverhältnisse und Nahrungsmittelnot immer mehr in Bedrängnis kommenden Luftschiffbesatzung durch das Flugzeug kaum möglich schien, wurde der russische Eisbrecher *Krassin* unter der Leitung des Forschers Samojlowitsch angesetzt, dem es, durch Flugzeugorientierung unterstützt, in bewunderungswürdiger Ausdauer gelang die Hauptmannschaft des Luftschiffs an Bord zu nehmen sowie auch die beiden italienischen

Begleiter Malmgrens zu erreichen, die durch den russischen Piloten Tschuchnowskij gesichtet worden waren. Malmgren war nicht bei ihnen sondern nach ihren Aussagen auf seinen Wunsch von ihnen verlassen worden, da er zu gebrechlich war, um die Wanderung über das Eis fortsetzen zu können. Der junge schwedische Forscher, von dem bisher keine Spur zu finden war, wird kurze Zeit nach der Trennung von seinen Gefährten gestorben sein. Nicht aufgefunden ist bisher auch die Gruppe bei der Ballonhülle, die allerdings mit Nahrungsmitteln reichlich versehen sein soll, aber keine Nachricht über ihre Lage geben kann. Man hofft bei dieser Gruppe auch Amundsen zu finden. Die Versuche den Rest der Luftschiffbesatzung und Amundsen zu retten werden von dem Eisbrecher und verschiedenen Flugzeugen mit den größten Anstrengungen fortgesetzt. Dieser traurige Ausgang des Polarflugs hat nun der öffentlichen Meinung, die sich nicht genug tun konnte die doch nur halb geglückte Ozeanüberquerung durch Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice mit übertriebener Begeisterung zu feiern, Veranlassung gegeben sich in einseitiger und vielfach geradezu widerwärtiger Weise mit dieser Expedition und insbesondere ihrem Führer Nobile zu befassen. Vor allem die Tagespresse hat geradezu gewetteifert den Flug nachträglich in seiner Organisation und Durchführung zu diskreditieren und Nobile Effekthascherei, Eitelkeit und Unfähigkeit, ja sogar persönliche Feigheit und Unehrenhaftigkeit vorzuwerfen. Dieses Vorgehen, gegen das sich kaum eine Stimme erhoben hat, ist um so verantwortungsloser, als über die Gründe des Absturzes der Italia sowie die Verhältnisse auf dem Luftschiff vorher respektive der Mannschaft später auf dem Eis Tatsächliches bisher überhaupt kaum oder nur äußerst unvollkommen bekannt geworden ist. Alle sensationell gebrachten Nachrichten stützen sich nur auf Vermutungen oder Berichte vom Hörensagen und sind dann einseitig gegen Nobile ausgestaltet worden. Von Nobile selbst liegen authentische Berichte der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht vor. Die Gründe dieser Stellungnahme gegen Nobile sind allerdings sehr durchsichtig. Man will gar nicht den General und sein Unternehmen treffen sondern den Fascismus, als dessen Vertreter man Nobile ansieht. Diese Stellung entspricht so recht der Auffassung, die gegenüber allen Unternehmen dieser Art in letzter Zeit immer wieder zum Ausdruck gebracht wor-

den ist. Man kann nicht begreifen, daß es sich, ebenso wie bei den Ozeanflügen nach Amerika, um eine allgemeineuropäische Angelegenheit handelt, an der alle Länder unseres Kontinents in gleichem Maß interessiert sein sollten. Die Erforschung der Arktis ist schließlich kein Monopol für Italien sondern wird in ihren Früchten, zum Beispiel als gesicherte Flugroute Europa - Nordpol - Asien, ganz Europa zugute kommen. Lächerlich ist es daher bei solchen Leistungen, wie sie der Italiaflug auch heute noch darstellt, den Mut der Besatzung nach Nationalitäten zu trennen. Alle Männer auf der Italia sahen, ohne Unterschied, dem Tod dauernd ins Auge, dem die tapfer schmälenden Zeitungsmitarbeiter schließlich nicht ausgesetzt waren, und der Schwede Malmgren starb wie der Italiener Pomella für eine europäische Idee, als Europäer. Wenn auch der Erfolg allgemein entscheidet, so ist doch die Geschichte der Technik und Entdeckungen reich an mißlungenen Versuchen, denen erst nach mehrmaligem, erneutem Wagen der Erfolg beschieden war. Für Nobile und die Seinen ist der Absturz der Italia ein bitteres Los. Man nützt zukünftigen Versuchen dieser Art nicht damit, daß man Nobile, statt sein Unternehmen sachlich zu beurteilen, mit Schmutz bewirft. Es wird an der Zeit sein den Flug der Italia und seine Ergebnisse kritisch zu beurteilen, sobald genaue Ergebnisse darüber vorliegen.

Transozeanflug Nach dem französischen Weltflug und dem deutschen Europa - Amerika - Flug (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 460 und folgende) ist die bedeutendste flugtechnische Leistung dieses Jahres bisher die Überquerung des Stillen Ozeans durch die Australier Charles Ulm, Kingsford Smith, zusammen mit den Amerikanern Harry Lyons und James Warner. Die 4 Piloten überflogen in einem 3motorigen, mit einer Radiostation ausgerüsteten Flugzeug den Stillen Ozean von San Francisco bis Suwa auf den Fidschiinseln mit einer Zwischenlandung in Honolulu und legten die Strecke Honolulu-Suwa, etwa 4700 Kilometer, in 35½ Stunde zurück. Die Überquerung des Stillen Ozeans ist bekanntlich bereits im vorigen Jahr von einem amerikanischen Flugzeuggeschwader versucht worden, wobei jedoch nur 2 von 8 Flugzeugen das Ziel erreichten. Flüge über den Atlantischen Ozean werden von den verschiedensten Seiten weiterhin versucht. Den Italienern Arturo

Ferrari und del Prete gelang ein Flug von Rom ohne Zwischenlandung bis nach Brasilien. Sie brauchten für die von ihnen zurückgelegte Flugstrecke von 4600 Meilen 47 Stunden. Andere Flüge, so der von Neufundland nach Irland, an dem auch eine Frau als Passagierin teilnahm, konnten wohl sportlichen Ehrgeiz befriedigen, sind aber praktisch ohne jede Bedeutung. Weitere Ozeanflugpläne werden von spanischen, polnischen und französischen Fliegern gehegt, darunter auch von Costes und Le Brix, die diesmal im Gegensatz zu ihrem gemeinsamen Weltflug getrennt fliegen wollen. Die Flugrouten verlaufen zum Teil über den nördlichen, zum Teil über den südlichen Teil des Ozeans. Von deutscher Seite wird an weiteren Ozeanüberquerungen ebenfalls gearbeitet. Als Flugzeug wird hierbei dem kürzlich fertiggestellten Rohrbachwasserflugboot, das das größte Wasserflugzeug der Welt ist, große Bedeutung zukommen. Das Flugboot vermag außer der Besatzung 12 Personen zu fassen, ist mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet und besitzt einen Aktionsradius von 4000 Kilometer. In Amerika hat sich kürzlich ein Syndikat gebildet, das nach den Plänen des Ingenieurs Armstrong Flugstützpunkte auf dem Atlantischen Ozean für eine regelmäßige Flugverbindung zwischen Amerika und Europa schaffen will. Die ersten Seestationen dieser Art für Flugzeuge sollen etwa 650 Kilometer östlich von Norfolk geschaffen werden, weitere Stationen sind in Richtung der Azoren geplant, jeweils in einer Entfernung von 600 bis 700 Kilometer. Die technische Ausgestaltung dieser Stationen ist im einzelnen noch nicht bekanntgegeben und dürfte auch mit Rücksicht auf die erheblichen Meerestiefen nicht ohne Schwierigkeiten sein. Den Junkersfliegern Walter Zimmermann und Johannes Risticz gelang Anfang Juli ein Dauerflug in Höhe von 65 Stunden.

Nachrichtenverkehr

Neben dem Luftverkehr hat im letzten Jahrzehnt der Nachrichtenverkehr die größten technischen Fortschritte zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist, wenn man besonders an das Funkwesen denkt, noch bei weitem nicht abgeschlossen. Der weitere Ausbau des Nachrichtenverkehrs ist nicht nur mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden, die in der Hauptsache in der Ermöglichung einer einwandfreien Verständigung von Erdteil zu Erdteil liegen, sondern er muß auch durchaus politisch bewertet werden. Wie der Flugverkehr ist auch der Nachrichtenverkehr

ein wertvolles Mittel zur Annäherung der Völker, insbesondere des Zusammenschlusses unseres Kontinents, und seine weitere Vervollkommnung wird diesem Ziel immer stärker dienen können.

Im einzelnen stellen sich die Fortschritte im Nachrichtenverkehr in den letzten Jahren wie folgt dar.

Die *Telephonnetze* sind in allen Ländern der Welt weiter ausgebaut worden. Besonders das europäische Netz hat einen hohen Dichtigkeitsgrad erhalten. Deutschland steht mit 7600 Kilometer Netzlänge für den Fernsprechweitverkehr an 1. Stelle aller europäischen Länder. Fast sämtliche Hauptstädte sind in Deutschland heute unter einander mit Telephonleitungen verbunden. Im Fernsprechverkehr steht Deutschland mit Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die längste Strecke für den Fernsprechweitverkehr in Europa ist diejenige von London nach Stockholm, die über Deutschland geleitet wird: fast 2500 Kilometer. Während im Stadtverkehr die Verbesserung der Fernsprechtechnik hauptsächlich durch den Ersatz der Handämter durch Selbstanschlußämter fortgeführt wird (über 28% aller deutschen Fernsprechteilnehmer haben bereits Selbstanschlußapparate), wird sie im Fernsprechweitverkehr durch Vervollkommnung der Kabeltechnik und den Ausbau der Verstärkerämter erstrebt. Zurzeit sind auf der Welt etwas über 30 Millionen Sprechstellen vorhanden, wovon zirka 20 Millionen allein auf die Vereinigten Staaten von Amerika entfallen.

Auf dem Gebiet der *Telegraphie* ist das Seekabelnetz durch die Inbetriebnahme neuer Strecken weiter ausgedehnt worden. Hier ist vor allem die Aufnahme des direkten Telegrammverkehrs zwischen Nordamerika und Deutschland auf dem neuen Kabel Emden-Azoren zu nennen. Auch die Bildtelegraphie, die zuerst auf der Strecke Berlin-Wien öffentlich in Betrieb genommen wurde, bietet dem Telegraphenwesen neue Möglichkeiten. Da in fast allen europäischen Ländern die Wirtschaftlichkeit der Telegraphie nur sehr gering ist, ist man bestrebt durch Rationalisierungsmaßnahmen den Ertrag zu erhöhen und damit auch die finanzielle Grundlage für den weiteren Ausbau des Netzes zu schaffen. Ganz neue Wege sind dem Nachrichtenwesen durch den *Funkverkehr* erschlossen. Hier bietet vor allem die Kurz-

wellentechnik noch große Möglichkeiten für die Zukunft. Im Verkehr mit Nord- und Südamerika werden heute bereits fast ausschließlich kurze Wellen benutzt. Sonst steht Deutschland im drahtlosen Verkehr noch dauernd mit Asien, Japan und den Philippinen. Die Fortschritte in der drahtlosen Telephonie haben bereits zu einwandfreien Versuchsgesprächen zwischen Berlin mit New York, Buenos Aires und Rio de Janeiro geführt. Im Februar dieses Jahres wurden einige deutsche Städte auch an die Funktelephonverbindung England-Vereinigte Staaten angeschlossen, mit der im übrigen auch Belgien, Frankreich, Holland und Schweden verbunden sind. Die französische Postverwaltung baut mit Energie ihre überseeischen Telephonverbindungen aus. Sie hat jetzt eine Verbindung von Paris bis Java hergestellt, die bis Amsterdam durch Draht, von dort aus drahtlos geleitet wird. Auch auf der Strecke von Paris nach New York wird jetzt schon viel gesprochen. Welche Bedeutung die drahtlose Nachrichtenübermittlung haben kann, hat deutlich die Rettung der Mannschaft des verunglückten Polarschiffs Italia bewiesen. Ohne die ausgezeichnete Zusammenarbeit der Funkstationen mit Schiff und Flugzeug sowie die dauernde Funkverbindung mit den im Eis Eingeschlossenen wäre kaum ein so schnelles Auffinden der Besatzung möglich gewesen. Der *Rundfunk* ist zu einem besonders Teil des Nachrichtenverkehrs geworden und breitet sich in allen Ländern immer mehr aus. In Deutschland ist er im Jahr 1927 bis auf 2 Millionen Teilnehmer gestiegen und damit im letzten Jahr um 50% gewachsen. Die Übertragungstechnik und die Reichweite werden ständig verbessert. Der neue Sender in Zeesen bei Königswusterhausen ist zurzeit der stärkste Sender in Europa.

Die folgenden Zahlen geben ein Bild von der Stärke des deutschen *Postverkehrs* im Jahr 1927: Aufgelieferte Pakete aller Art 299,1 Millionen, 33,69 Millionen Briefsendungen und Päckchen ausschließlich Zeitungen je Tag, 37,7 Millionen Telegramme, 1972,8 Millionen Ortsgespräche, 33,3 Millionen Vorort- und Bezirksgespräche, 231,9 Millionen Inlandsferngespräche und 2,4 Millionen Auslandsferngespräche. Die Anzahl der Fernsprechanschlüsse betrug Anfang 1928 etwa 2,7 Millionen. Der Postverkehr hat im vorigen Jahr auf fast allen Gebieten zugenommen; besonders stark gestiegen sind die Auslandsferngespräche und die Ortsgespräche, diese um 10%.

Finanzierung Auf der Hauptversammlung der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau, am 21. Juni in Dresden, befaßte sich der ehemalige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Julius Hirsch ausführlich mit den Problemen der Finanzierung des deutschen Verkehrs, einem Thema, das auf derartigen Kongressen wie überhaupt nur äußerst selten und unvollkommen behandelt wird. Er kam zu folgenden Ergebnissen: Bei den Erörterungen über die Kapitalbeschaffung für Verkehrsmittel vergißt man häufig, daß die Verkehrsmittel zwar Kapitalaufwand erfordern, aber selbst in ihrer Wirksamkeit in unverhältnismäßig großem Ausmaß wieder zusätzlich Kapital durch ihre Leistung schaffen. Die Kapitalbildung Deutschlands in den Anlagewerten an Reichsbahn, Schiffen, Häfen, Kraftfahrzeugen und Landstraßen kann auf über 53 Milliarden Mark geschätzt werden. Die Ausgaben für Betriebsanlagen erreichen jährlich über $7\frac{1}{2}$ Milliarden Mark und die Neuanlage von Verkehrsmitteln über den notwendigen Ersatz hinaus jährlich fast 3 Milliarden Mark. Etwa ein Sechstel des deutschen Volksvermögens dient somit dem Verkehr. Pro Kopf eines Deutschen sind fast 900 Mark in Verkehrsmitteln für Personen- und Güterverkehr angelegt, während jährlich etwa 120 Mark für Verkehrsleistungen ausgegeben und 50 Mark für Neuanlage von Verkehrsmitteln zusätzlich neu investiert werden. Diese Zahlen geben ein klares Bild von der Bedeutung des Verkehrswesens im Wirtschaftsleben. Es zeigt sich immer wieder, daß sich der Wachstumsdrang der modernen Wirtschaft vor allem bei den Verkehrsmitteln äußert. Das Kennzeichen der neuesten Entwicklung ist das Wiederaufleben der Landstraße. Deutschland wird in den nächsten Jahren noch weit stärker automobilisiert werden als bisher, und diesem neuen Kraftwagenverkehr muß rechtzeitig durch den Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen werden. Der Ausbau des deutschen Straßennetzes für die kommende Verkehrsbelastung wird Aufwendungen in Höhe von etwa 4 Milliarden Mark erfordern, die selbstverständlich auf eine Reihe von Jahren verteilt werden müssen. Es ist nun die Frage aufgetaucht, ob die Hilfe des Auslandskapitals für den Ausbau des Straßennetzes herangezogen werden soll. Die Reichsbank als die maßgebende Instanz hat im Verfolg ihrer Devisenpolitik Auslandsmittel für den Wegebau verweigert. Julius Hirsch hält hingegen

die Hilfe des Auslandskapitals für unbedenklich, da der Ausbau des Straßennetzes durchaus produktiv sei, und die Produktivität des Automobilverkehrs für die Steigerung der Volksleistung wohl überall anerkannt wird. Die Finanzierung des Verkehrswesens geschieht in Deutschland überhaupt allgemein in viel zu geringem Teil durch Beschaffung auf dem Kapitalmarkt, zum größeren Teil aber aus dem Preis und aus der Steuer. Ein besonders deutlicher Beweis hierfür übrigens ist die Finanzierung der Schnellbahnbauten in Berlin und Hamburg aus den Betriebseinnahmen, und es ist daher mit Recht schon darauf hingewiesen worden, daß die Mittel für die Tunnelbauten in nächster Zeit von den Städten selbst getragen respektive durch Anleihen aufgebracht werden müssen, damit der Verkehr auf die Dauer nicht unnötig verteuert wird. Durch Anleihen, von denen nur Zins und Tilgung im Preis (das heißt in den Tarifen) zum Ausdruck kommen, könnte die Leistungskraft des deutschen Verkehrswesen weit erhöht werden.

Literatur

Von dem ausgezeichneten Werk Peter Franz Stubmanns über *Ballin* (Ballin: Leben und Werk eines deutschen Reeders /Berlin, Hermann Klemm/) liegt jetzt die 2., ergänzte Auflage vor. Stubmann, der 10 Jahre mit Ballin eng zusammengearbeitet hat, war zur Darstellung dieses deutschen Reederschicksals besonders berufen. Er gibt auf der Grundlage von Bernhard Huldermanns Werk die persönliche Entwicklung Ballins, die zugleich auch die Geschichte der Hamburg-Amerika-Linie war, in den Hauptzügen. In äußerst fesselnder Darstellung wird auch vor allem die politische Stellung Ballins in den Jahren 1914 bis 1918, die in ihren Beweggründen vielfach verkannt worden ist, geschildert. Es wirkt immer wieder tragisch, wenn man feststellt, daß bei der Armut an Führernaturen in jenen Jahren hier ein Mann übersehen worden ist, der bei rechtzeitiger Einsetzung an richtiger Stelle vielleicht manches Schlimme verhindert hätte. ♦ Da uns durch den Krieg die Verbindung mit dem Verkehrswesen des Auslands lange genommen war, ist die vor 2 Jahren unternommene Weltreise *Wilhelm Teuberts* mit dem ausgesprochenen Zweck das Verkehrswesen des Auslands zu studieren um so mehr zu begrüßen. Das Ergebnis seiner Reise ist ein äußerst umfangreiches, reich illustriertes Werk *Die Welt im Querschnitt des Verkehrs* /Berlin, Kurt Vowinkel/. Es unterscheidet sich von den üblichen und in letzter Zeit sehr zahlreichen Reisebeschreibungen erfreulicherweise durch eine glückliche Verbindung anschaulicher Schilderungen mit eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen. Wenn auch der Titel nicht ganz dem Inhalt entspricht, da der Verfasser in der Hauptsache Südamerika und Nordamerika bereist, Japan, China, die Philippinen, Indien und das Rote Meer nur gestreift und Afrika, Australien, Rußland, ganz abgesehen von den europäischen Staaten, gar nicht besucht hat, so bringt das Buch dennoch eine Fülle bisher unbekannter verkehrswissenschaftlicher Ergebnisse. Besonders die sehr eingehenden Darstellungen der südamerikanischen Verkehrsverhältnisse und hierbei auch der deutschen und österreichischen Siedlungen in Argentinien und Brasilien sind hervorzuheben. Sein Hauptaugenmerk richtete Teubert seiner Einstellung entsprechend fast überall auf die Binnenschifffahrt. Seine Untersuchungen über die südamerikanischen Binnenschifffahrtsprobleme sowie die Hafenbauten stellen wohl das Bestzusammenfassende und in dieser

Kurze Chronik Der nächste *Internationale Straßenkongreß* wird Anfang Oktober 1930 in Washington stattfinden. An ihm werden auch deutsche Straßenbaufachleute teilnehmen, nachdem sich Deutschland kürzlich in Paris wieder an den Sitzungen der *Commission Internationale Permanente des Congrès de la Route* beteiligt hat. ♦ Im Lauf des August werden voraussichtlich die beiden *Turbinenschnelldampfer* Bremen und Europa des Norddeutschen Lloyd vom Stapel laufen. Diese beiden größten Schnelldampfer der deutschen Handelsflotte sollen dann im Frühjahr auf der Linie Bremen-New York in Dienst gestellt werden. Sie besitzen einen Raumgehalt von etwa 46 000 Bruttoregistertonnen und übertreffen damit den Columbus des Norddeutschen Lloyd, das seinerzeit größte Schiff unserer Handelsflotte, um 14 000 Tonnen. Die erhöhte Geschwindigkeit der neuen Dampfer wird eine Überreise von Bremen nach New York in 6 Tagen und von dem Kanal nach New York in 5 Tagen ermöglichen. ♦ Die Verbindung von Schiff mit Flugzeug bei größeren Reisen ermöglicht eine erhebliche Verkürzung der sonst notwendigen Reisedauer. So gelang es 2 Amerikanern von New York aus eine *Weltreise* in 23 Tagen und 15 Stunden durchzuführen und hierbei eine Gesamtstrecke von 19 725 Meilen zurückzulegen. Sie wurde in 15 Schiffstagen und 8 Flugtagen über dem Festland bewältigt.

Form Umfangreichste dar, was hierüber zurzeit in Deutschland vorliegt. Auch wirtschaftspolitische und soziale Betrachtungen sind eingeflochten, und selbst bei der knappsten Schilderung der asiatischen Verkehrsverhältnisse bleibt das Buch immer anschaulich und interessant. Dies gilt auch besonders von den beigegebenen Abbildungen und Plänen, so daß das Werk in seiner Gesamtheit jedem einen tiefen Einblick in die Verkehrsverhältnisse der außereuropäischen Länder bieten wird. Von seiner Reise stellt der Verfasser im übrigen einen Film in Aussicht. $\diamond$ Die Luftschiffahrt hat nach dem Krieg in Deutschland vielfach weder bei den zuständigen Behörden noch in der breiten Öffentlichkeit sonderliches Verständnis gefunden. Von einer planmäßigen und bewußten Weiterarbeit sind wir im Gegensatz zu anderen Ländern noch weit entfernt. Vielfach bestehen auch über die Möglichkeiten der Luftschiffahrt überhaupt völlig irrige Anschauungen. Aus diesem Grund ist das Buch *Dietrich Engberdings* Luftschiff und Luftschiffahrt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft /Berlin, Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure/ als Aufklärungs- und Werbeschrift zu begrüßen. In anschaulicher Fassung behandelt hier einer unserer hervorragendsten Luftschiffachverständigen die Handhabung und Verwendung des Luftschiffs und seine Typenentwicklung. Von besonderer Bedeutung sind die klaren Ausführungen über die Verwendung des Luftschiffs als Kriegswaffe und Verkehrsmittel. Während das Luftschiff als Waffe für Deutschland in Zukunft grundsätzlich wertlos sein wird und allgemein auch höchstens als Marineluftschiff Möglichkeiten in sich birgt, sind seine Aussichten als Weltverkehrsmittel der Zukunft unbegrenzt, und Deutschland ist hier durch seine zentrale Lage besonders begünstigt. $\diamond$ Über den Personenverkehr Kölns legt *Richard Hammacher* in einer Dissertation genauere Angaben vor /Köln, Oskar Müller/. Die Arbeit bringt umfangreiche Unterlagen über die Entwicklung der Kölner Personenverkehrsmittel seit ihrem Bestehen bis zum Jahr 1926. $\diamond$ Schließlich sei auf 2 wertvolle Aufsätze über *Großstadtverkehrsprobleme* in Zeitschriften hingewiesen: 1. Über den wirtschaftlichen Geltungsbereich der verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel, von Wilhelm Stein, in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure vom 26. Mai 1928, 2. Rationalisierung der Berliner Verkehrsbedienung, von Ernst Reuter, in der Verkehrstechnik vom 29. Juni 1928.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Internationales Komitee für Neues Bauen Am 1. Oktober 1927 fanden sich zum erstenmal die Architekten der neuen Bewegung in Stuttgart anlässlich der Werkbundausstellung Die Wohnung zwanglos zusammen. Dabei wurde beschlossen eine solche Zusammenkunft zu wiederholen. Sie fand in diesem Jahr vom 25. bis zum 29. Juni in der Schweiz, in La Sarraz /Waadtland/, statt und wurde von Vertretern Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Hollands, Italiens, der Schweiz und Spanien besucht. An den Sitzungen nahm auch der Vorsitzende der Abteilung für Künstlerische Beziehungen am Institut für Geistige Zusammenarbeit teil. Die Teilnehmer bekundeten einstimmig ihre Zusammengehörigkeit durch nachstehende Erklärung: »Die unterzeichneten Architekten stellen unter sich eine grundlegende Übereinstimmung ihrer Auffassungen vom Bauen sowie ihrer beruflichen Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft fest und betonen hierbei im einzelnen, daß sie unter Bauen eine ganz elementare Tätigkeit des Menschen verstehen, die in ihrem ganzen Umfang und in ihrer ganzen Tiefe an der gestalterischen Entfaltung unseres Lebens beteiligt ist. Die Aufgabe der Architekten ist es deshalb sich in Übereinstimmung zu bringen mit den großen Tatsachen der Zeit und den großen Zielen der Gesellschaft, der sie angehören, und ihre Werke darnach zu gestalten. Sie lehnen es infolgedessen ab gestalterische Prinzipien früherer Epochen und vergangener Gesellschaftsstrukturen auf ihre Werke zu übertragen sondern fordern eine jeweils neue Erfassung einer Bauaufgabe und eine schöpferische Erfüllung aller sachlichen und geistigen Ansprüche an sie. Sie sind sich bewußt, daß die Strukturveränderungen, die sich in der Gesellschaft vollziehen, sich auch im Bauen vollziehen, und daß die Veränderung der konstitutiven Ordnungsbegriffe unseres gesamten geistigen Lebens sich auch auf die konstitutiven Begriffe des Baus bezieht. So wird es ihnen eine Selbstverständlichkeit, daß sie ihre besondere Aufmerksamkeit auf neue Baustoffe, neue Konstruktionen und neue Produktionsmethoden richten, und daß sie ihre Sorgen allen Fragen im Bereiche ihres Berufes zuwenden, die eine Förderung ihrer Arbeit in Aussicht stellen. Sie haben beschlossen sich in Zukunft über die Grenzen ihrer Länder hinaus gegenseitig in ihren Arbeiten zu unterstützen.«

Im Anschluß an diese Erklärung wurde beschlossen ein Internationales Komitee für Neues Bauen zu gründen, das Comité International pour la Réalisation de l'Architecture Moderne heißen wird. Aufgabe dieser Organisation ist es die Idee des neuen Bauens zu vertreten und ihr in den Kreisen der Wirtschaft, Industrie und Verwaltung Geltung zu verschaffen. Das Komitee besteht aus einem Arbeitskomitee von Architekten, zusammengesetzt aus je 2 Vertretern eines jeden Landes, ferner aus einer Gruppe von Vertretern der Wirtschaft, der Industrie und der Verwaltung. Gleichzeitig wurde ein Ehrenkomitee von Architekten, die als Vorkämpfer der Bewegung angesehen werden, ernannt. In dieses wählte man Peter Behrens, H. P. Berlage, Tony Garnier, Joseph Hoffmann, Adolf Loos, E. Saarinen, Henry van de Velde und Frank Lloyd Wright. Der Sitz des Komitees ist zunächst Zürich; Vorsitzender ist Karl Moser /Zürich/.

Kleinstwohnungen

Über nichts herrscht größere Unklarheit als über die Größe einer Wohnung. Traditionell ist man gewohnt durch die übliche Zimmerteilung die Größe einer Wohnung nach der Anzahl der Zimmer zu bestimmen. So gibt es 1-, 1½-, 2-, 2½-, 3-, 3½- usw.-Zimmer-Wohnungen. Nichts aber ist falscher als mit solchen dehnbaren Begriffen wie Zimmer und ihre Anzahl Größe und Art einer Wohnung zu bezeichnen. Darum ist man heute dazu übergegangen die Wohnungsgröße nach der Größe der Wohnfläche zu bestimmen. So sollen nach den neuesten Bestimmungen der Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft Kleinstwohnungen eine Fläche von 48, 54, 62 Quadratmeter haben, wobei 48 Quadratmeter einer 1½-Zimmer-Wohnung, 54 Quadratmeter einer 2-Zimmer-Wohnung, 62 Quadratmeter einer 2½-Zimmer-Wohnung entsprechen. Daraus geht hervor, daß diese Flächenbemessung, genau wie die Bemessung nach Zimmern, von traditionellen Gewohnheiten abhängig ist. Damit ist aber für eine freiere Grundrißgestaltung, die auf die wirklichen Bedürfnisse der Bewohner eingeht, noch keine Basis geschaffen. Die an sich richtige Methode die Größe nach der Fläche zu bemessen scheitert an der traditionellen Annahme dieser Fläche, die auf der alten Zimmerteilung beruht. Die erste Überlegung bei Festlegung der Flächengröße für eine Wohnung muß die sein, wieviel Personen darin unterzubringen, und wie die einzelnen Räu-

me zu bemessen und auf der zur Verfügung stehenden Fläche zu verteilen sind. Zu ermitteln ist die Wohnungsgröße für 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. Personen, wobei zu berücksichtigen ist, daß jede Wohnung, für wieviel Personen sie gedacht ist, außer dem notwendigen Wohn- und Schlafrum, Bad und Kochraum haben muß. Bei Wohnungen, in denen auch Kinder untergebracht werden sollen, müssen für Kinder verschiedenen Geschlechts getrennte Schlafzimmer vorgesehen werden.

Betrachtet man unter diesen Voraussetzungen die Kleinstwohnungsgrundrisse, die als 1. Sonderheft der Veröffentlichungen der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen in Berlin erschienen sind, so fällt zunächst auf, daß auch diese Grundrisse über die traditionellen Gewohnheiten nicht hinausgehen, keine wirklich neuartigen, den veränderten Bedürfnissen entsprechenden Lösungen zeigen. Charakteristisch für diese Grundrisse ist ein unsicheres Tasten. Es liegt ihnen ein innerer Widerspruch zugrunde, ein Widerspruch zwischen dem Neuen, das die Konvention durchbrechen, und der Konvention, die das Neue vergewaltigen möchte. Auffallend ist auch, daß in den verschiedenen Grundrissen, die meist keine Typen sondern nur Maßabwandlungen sind, die Abmessungen der Betten außerordentlich schwankend sind. Das erweckt den Eindruck, als ob man die Betten den Räumen und nicht die Räume den Betten angepaßt hat.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und im Interesse der zahlungsschwachen Mieter hat man im Gegensatz zu der Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft die Wohnungsgröße auf ein Minimum von 28 Quadratmeter herabgesetzt und im Maximum auf 47 Quadratmeter beschränkt. Das sind Flächen, die Wohnungen für 1 bis 4 Personen ermöglichen, aber eine Schlafzimmertrennung für Kinder verschiedenen Geschlechts nicht mehr zulassen; es sei denn, man macht auch den übrigbleibenden kleinen Wohnraum zum Schlafrum, was ebenso wie das Zusammenschlafen von Eltern und Kindern (der andere Ausweg) vermieden werden sollte.

Haus als organisches Gebilde Der Akademismus hinderte im Bauwesen die Nutzbarmachung der Ergebnisse der Naturwissenschaften. Der Hausbau ist Steinbau geblieben. Erst die Forderungen der Hygiene haben manches an

festgefügten Organismus des Hauses geändert, besonders durch Anordnung großer Fenster, die allerdings, weil den Traditionen des Klassizismus widerstrebend, als proportionsstörend empfunden werden. Siegfried Ebeling macht in seinem Buch *Der Raum als Membran* /Dessau, C. Dünnhaupt/ auf die für den Hausbau noch fast ungenutzten biologischen und klimatologischen Voraussetzungen aufmerksam, auf die »feinen Ströme der atmenden Erde und des strahlenden Himmelsraums«. Das Haus soll nicht nur ein Obdach, ein Schutz vor dem Außen, sondern mit diesem Außen organisch verbunden sein; nicht anders als die Epidermis, die den Menschen nicht gegen das Außen isoliert sondern ihn als organisches atmendes Gebilde mit dem Außen verbindet. So wird heute schon an Stelle des für Fensterscheiben gebräuchlichen Kalknatronglases, das die für den Organismus wesentlichen ultravioletten Strahlen absorbiert, Glas hergestellt, das diese ultravioletten Strahlen durchläßt. Aufgabe der Zukunft wird es sein ein Baumaterial zu finden, das nicht mehr wie jetzt beim Steinbau eine fast undurchdringliche Mauer zwischen Mensch und Natur zieht sondern die menschliche Behausung zu einem organischen Gebilde gestaltet.

Ebeling will keine Lösungen sondern Richtungen geben. Diese müssen notgedrungen ganz allgemeiner Natur sein. Daher werden die »Stilforderungen«, die er an den Hausbau knüpft, unklar und verschwommen. Biologisches und Ästhetisches geht vielfach durcheinander. Trotzdem sind die Hinweise auf die für den Hausbau bisher nie durchdachten Möglichkeiten interessant und wertvoll. Sie schaffen neue Voraussetzungen für künftige architektonische Gestaltung.

Kugelhaus Für die Jahresschau Die Technische Stadt in Dresden errichtete der Münchener Architekt *Peter Birkenholz* ein Kugelhaus. Er ist der Meinung damit einen alten Traum der Menschheit verwirklicht zu haben. Birkenholz geht von der Tatsache aus, daß eine Kugel bei einem Minimum von Außenfläche ein Maximum von Raum umschließt. Er vergißt aber, daß dieser Raum nicht so zu nutzen ist wie etwa der Raum eines Würfels gleichen Inhalts. Denn die allseitig gekrümmte Kugeloberfläche ist dem Bewohner ein Hemmnis. So sind eigentlich nur die Mittelgeschosse wirklich benutzbar, während die oben und

unten liegenden Geschosse, was ihre Nutzungsfähigkeit anlangt, in keinem Verhältnis zu ihrem Raum und Konstruktionsaufwand stehen, also alles eher als rationell sind. Ebenso widersinnig wie die Behauptung von der größeren Nutzungsmöglichkeit eines Kugelhauses im Vergleich zu einem üblichen Haus sind auch die Behauptungen Birkenholz' über die städtebaulichen Vorteile solcher Kugelhäuser. Höfe können auch ohne Kugelhäuser fortfallen. Und Verkehrsschwierigkeiten werden auch durch den Bau von Kugelhäusern nicht beseitigt. Verkehrsschwierigkeiten sind weniger von der Hausform als von dem gesamten Stadtorganismus und der Funktion seiner Teile abhängig. Sie werden daher von solchen Vorschlägen wie das Kugelhaus in ihrem Wesen nicht berührt.

So ist dieses Kugelhaus nichts anderes als eine Ausstellungattraktion. Es berührt eher den Bereich des Lunaparks als den unserer Stadt- und Bauprobleme.

Graphische Berufsschule

Die Graphische Berufsschule der Stadt München ist weder eine Kunstschule noch eine Kunstgewerbeschule sondern eine berufliche Fachschule für die Angehörigen der graphischen Berufe: Lehrlinge, Gehilfen und Meister. Sie ist ein Teil des von Kerschensteiner begründeten Münchener Gewerbeschulwesens, das von seinem Nachfolger Baier weiter ausgebaut wird. Künstlerische Anlagen sind bei den Schülern so weit vorhanden als die vom Staat und vom Gewerbe gemeinsam mit der Schule unternommene Berufsberatung und Eignungsprüfung den graphischen Gewerben tauglichen Nachwuchs bringen.

Die Graphische Berufsschule gliedert sich in Pflichtabteilungen und Freie Abteilungen. Die Pflichtabteilung muß von allen Lehrlingen der graphischen Berufe besucht werden, und zwar während der gesamten Lehrzeit, die gewöhnlich, je nach dem Beruf, $3\frac{1}{2}$ bis 4 Jahre dauert. Die wichtigste Freie Abteilung, die Buchdruckermeisterschule, ist ein gemeinsames Unternehmen der Stadt München und des Deutschen Buchdruckervereins. Diese Abteilung wurde am 1. Februar 1927 eröffnet, dient zur Ausbildung von Betriebsleitern und ist die einzige offizielle Schule des Deutschen Buchdruckervereins. Eine andere soll später in Leipzig errichtet werden. Der Ausbildungsgang dauert vorläufig 3 Semester, soll aber später auf 4 erhöht werden. Die beiden ersten Semester sind

vorläufig dem Satz, das 3. dem Druck gewidmet; das 4. soll dann die Flach- und Tiefdruck- sowie die Reproduktionsverfahren besonders pflegen. Das Wertvolle dieser Anstalt ist die Verlegung der erweiterten beruflichen Erziehung unmittelbar in die Werkstätte. Die Schüler lernen mit ihrem Arbeitsmaterial nicht nur seine Technik sondern auch seine ästhetischen Gesetze kennen, ohne den meist verhängnisvollen Umweg über die sogenannte kunstgewerbliche Ausbildung beschreiten zu müssen, der in der Regel weder der Kunst noch dem Gewerbe dient.

Tagungen

Auf dem Internationalen Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau, im

Juli in Paris, hat sich eine Neuorganisation vollzogen. Die Wohnungsreformer, die schon vor 2 Jahren eine gesonderte Zusammenfassung innerhalb des Verbandes gefordert haben, mit dieser Forderung aber stets auf den Widerstand der englischen Verbandsleitung stießen, beschlossen einen besondern Internationalen Verband für Wohnungsreform zu gründen. Die belgischen und die holländischen Delegierten schlugen als Sitz dieser Organisation Deutschland vor. Das Internationale Arbeitsamt wünscht seine Zentralisierung in Genf. Man wird wohl die Aufteilung derart vornehmen, daß die wissenschaftliche und statistische Arbeit nach Genf kommt, während das mit der aktiven und propagandistischen Tätigkeit betraute Bureau seinen Sitz in Deutschland, und zwar entweder in Berlin oder in Frankfurt, erhält. Der Verband Deutscher Reklamefachleute veranstaltete seine 3. *Werbeunterrichtliche Woche* vom 18. bis zum 22. Juni in Wiesbaden. Aufgabe war Werbefachleuten und Werbelehrern Gelegenheit zu geben gemeinsam mit Vertretern der Schulverwaltung und des genannten Verbands über die vielerlei Fragen der sachlichen Ausbildung von Werbefachleuten Klarheit zu schaffen.

Kurze Chronik Im Mai wurde in Brüssel ein Bau eröffnet, der, schon lange geplant, jetzt endlich durch private Initiative errichtet werden konnte; das Palais des Beaux-Arts, Raumverteilung und Belichtung sind für seine Zwecke besonders geeignet. Es enthält 40 Säle; bis zum Herbst sollen auch Konzertsäle abgeschlossen werden. $\diamond$ Der Maler Johannes Molzahn wurde als Lehrer an die

Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe zu Breslau berufen, und zwar als Nachfolger Konrad von Kardorffs, der an die Berliner Vereinigten Hochschulen ging. Molzahn war seit 1923 an der Magdeburger Kunstgewerbeschule tätig; er wurde namentlich durch Arbeiten auf praktisch graphischem Gebiet bekannt. $\diamond$ Als Lehrer für Gebrauchsgraphik an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Magdeburg wurde der Werbefachmann und Gebrauchsgraphiker Walter Dexel aus Jena berufen.

Literatur

Mit einer Schrift *Moderne Architektur und Tradition* /Zürich, H. Girshberger & Cie./ bemüht sich Peter Meyer um Festlegung objektiver Maßstäbe zur Beurteilung von Werken der Baukunst. Er leistet damit eine wertvolle pädagogische Arbeit. Er analysiert die architektonische Aufgabe und ihre Lösungsversuche, die Arbeit des Ingenieurs und des Architekten, ihr Nebeneinander, die Schätzung des Technischen und Zweckmäßigen. Aber nicht, »ob eine Form wirklich die technisch zweckmäßigste ist, entscheidet, sondern ob sie die Leistung glaubhaft macht«, ob es ihr gelingt das innere Gesetz sichtbar zu machen. $\diamond$ Saaleck, Bilder von meinem Haus und Garten in der Thüringer Landschaft nennt Paul Schultze-Naumburg eine Publikation /Berlin, Verlag der Gartenschönheit/. Als Schultze-Naumburg vor 25 Jahren nach Saaleck ging und mit dem Bau seines Hauses und der Anlage seines Gartens begann, war die Stellung diesen Dingen gegenüber völlig anders als heute. Nicht nur er hat in der Zwischenzeit, in der die Arbeit an Haus und Garten ständig fortgesetzt wurde, eine andere Richtung bekommen. Auch das Urteil der Betrachter hat sich wesentlich geändert. Bei den architektonischen Problemen, die heute im Vordergrund des Interesses stehen, können Historizismus und Landschaftsidyll notgedrungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. $\diamond$ Von Hans Reichow erschien ein Buch *Alte bürgerliche Gartenkunst* /Berlin, Verlag der Gartenschönheit/. Es ist ein Dokument der Kulturhöhe des deutschen Bürgerhauses der Vergangenheit. Im Gegensatz zu den fürlichen Parkanlagen, die ihre Wirkungen mit großen Achsen, Alleen, Fontänen, Tempeln, Grotten, Statuen zu erzielen suchten, gelangte das Bürgertum zu einer intimen Ausgestaltung des Gartens. Reiches Illustrationsmaterial, alte Pläne und Stiche

sowie Rekonstruktionen alter Gartenanlagen zeigen die reiche Mannigfaltigkeit dieser Schöpfungen. Die Bevölkerungsschicht, die sich den bescheidenen Luxus eines Gartens gestatten konnte, schwindet mehr und mehr, so daß dieses Stück bürgerlicher Kultur bereits historisch geworden ist. Es wäre eine interessante Aufgabe für den Verlag, dessen wertvolle Publikationen der Gartenkunst dienen, einmal das Thema des Volksparks zu behandeln. Dessen gärtnerische Anlage und Ausgestaltung spielen heute eine weit größere Rolle als der Privatgarten.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Afrika Es gibt einen recht weit gezogenen Leserkreis in Deutschland, der immer mit einem unmittelbaren Interesse ein neues Werk von *Colin Roß*, dem Weitergeisten, zur Hand nehmen wird. Wer seine früheren Veröffentlichungen, etwa *Das Meer der Entscheidungen* oder *Südamerika, die aufsteigende Welt*, gelesen hat, hat dort bereits den Eindruck gewonnen, daß es Roß' besondere Gabe ist schnell und scharf zu beobachten, daß er also auch bei dem verhältnismäßig schnellen Tempo des modern mit Schnellschiff und Automobil Reisenden rasch eine Menge wesentlicher Dinge erfaßt, die er in der lockern Form eines Bündels Skizzen zu einem immerhin geschlossenen Bild desjenigen Raums zusammenzufassen versteht, den er gerade das Glück hatte zu durchreisen. Sein neuestes Buch handelt von Afrika (*Die erwachende Sphinx* / Leipzig, F. A. Brockhaus/). Es überrascht wiederum durch die treffsichere Art der Gesamtanschauung. Eine der Grundideen des Buches ist, daß das Schicksal Afrikas bis zur Gegenwart, im engern sein Schicksal seit der Begegnung mit den weißen Kolonisten, von der ungemein wichtigen Tatsache bestimmt sei, daß der Norden des Kontinents von Tanger bis Alexandria bis auf den heutigen Tag eine Art Schildwehr gegenüber dem eindringenden Europäertum gebildet habe, während der eigentliche Einbruch des weißen Mannes nicht an der Nordsondern an der Südfront erfolgt sei, nämlich in der Kapkolonie. Für die Gegenwart ist dieser Tatbestand von großer Bedeutung, da bei der im Grunde ungebrochenen Widerstandskraft vor allem des ägyptischen Volks eine große afrikanische Bewegung in den Volksbildun-

gen des Nordens nicht nur politische Führung finden kann sondern auch noch Reste alter afrikanischer Kulturen, deren Triebkräfte vielleicht noch nicht erloschen sind, und in Zukunft eine Verschmelzung autochthoner Kulturelemente mit europäischen Zivilisationskräften ermöglichen. Colin Roß stellt hier die Schicksalsfrage für Afrika, nämlich daß alles davon abhängt, ob ihm diese Verbindung gelinge, die er für Japan und China als in der Wurzel bereits gegeben voraussetzt. Die Hoffnung auf diese afrikanische Kultur der Zukunft ist der Tenor des ganzen Buchs. Die gegenwärtige Situation läßt freilich noch wenig konkrete Anhaltspunkte für den künftigen Gang der Dinge erkennen. Denn kulturkritisch betrachtet ist heute Afrika ein Trümmerfeld oder noch weniger, von dem westlichen Sudan und den nördlichen Randgebieten abgesehen, und über die kulturelle Brache des Kontinents legt sich wie Staub eine wertlose Decke mechanisch übernommenen schlechtesten europäischen Zivilisationsguts. Diese Entzauberung Afrikas für unser Bewußtsein, das heute noch fast durchweg von den Schilderungen der Jagdexpeditionen vor 10, 20, 30 Jahren bestimmt ist, hat sich Roß zur Aufgabe gesetzt. Wir sollen Afrika so nüchtern sehen wie es sich heute darstellt, vor allem das östliche mit seinen Automobilstraßen, Flugplätzen, seinen modernen Plantagenanlagen und das südliche mit seinem schnell entfalteten Bergbau. Colin Roß hat sowohl die nördlichen Randgebiete Marokko, Ägypten besucht wie auch das Farm- und Minenland im Süden und Südwesten, das Kupfergebiet am Kongo, die Siedlungsdistrikte im ehemaligen Deutsch Ostafrika, auch die portugiesischen Gebiete im Osten, die Inseln Sansibar und Mozambique, nicht zuletzt Uganda mit seinen schnell aufsteigenden Negerstämmen, die sich mehr und mehr die Plantagenkultur der Weißen aneignen, wo das Problem einer künftigen Arbeitsteilung zwischen weißem und schwarzem Mann bereits vorgebildet wird. Besonders aufschlußreich sind die Kapitel über die Gebiete der Südafrikanischen Union, wo heute die breite Grundlage des Negervolks bereits stark in das junge und schnell aufsteigende Wirtschaftsgebilde hineinwächst. Das leicht und flüssig geschriebene Buch, das durch eine große Anzahl von Photographieen günstig illustriert ist, sollte von jedem weltwirtschaftlich und weltpolitisch Interessierten gelesen und durchdacht werden.

Adolf Reichwein